



universität
wien

MASTERARBEIT

TITEL DER MASTERARBEIT

**Entstehung und Entwicklung der politischen
Parteien in der Türkei**

Eine Modernisierungsgeschichte

VERFASSERIN

Ayca Nur Atakli BA

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2015

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt: Master Studium Politikwissenschaft

Betreuer: Doz. Dr. Johann Wimmer

Inhaltsverzeichnis

Danksagung.....	5
Einleitung.....	6
1 Erster Teil: Politische Ideologien.....	8
1.1 Definition des Begriffs politischer Ideologie.....	8
1.2 Populäre politische Ideologien	11
1.2.1 Konservatismus.....	12
1.2.2 Liberalismus	14
1.2.3 Sozialismus.....	16
1.2.4 Kommunismus und Nationalsozialismus	18
Zusammenfassung	19
2 Zweite Teil: Politische Parteien.....	21
2.1 Entstehung der Parteien	21
2.2 Entwicklung der Parteien.....	23
2.3 Funktionen der Parteien	24
3 Dritter Teil: Politische Parteien in der Türkei.....	28
3.1 Entstehung der politischen Parteien in der Türkei	32
3.1.1 Vorparlamentarische Periode im Osmanischen Reich	33
3.1.2 Übergang zur konstitutionellen Monarchie und die Anfänge des Parlamentarismus	34
3.1.3 Atatürk-Ära	36
3.1.4 Entstehung des Mehrparteiensystems.....	41
4 Vierter Teil: Politische Parteien in dem Jahren 1960 bis 1980	46
4.1 Die Ursachen des Machtwechsels	46
4.2 Der Putsch des Militärs – die Situation in den 60er-Jahren.....	47

4.3 Die Entwicklung in den 70er-Jahren – die zweite militärische Einmischung	49
5 Fünfter Teil: Die Entwicklung der Parteien in der Türkei nach 1980 bis heute:.....	54
5.1 „Neokemalistisches“ Wende und die Doktrin der türkisch-islamischen Synthese.....	54
5.2 Die Parteien in der Periode von Özal	56
5.3 Die politische Situation in den 90er-Jahren.....	60
5.4 Die parteipolitische Landschaft der Türkei im 21. Jahrhundert	73
6 Politische Parteien im Parlament im Jahr 2013	81
6.1 Sitzverteilung nach Parteien im Parlament	81
6.2 Politische Parteien im Jahr 2013 in die Türkei.....	82
Adalet ve Kalkinma Partisi (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung):	82
Cumhuriyet Halk Partisi (Republikanische Volkspartei)	84
Milletçi Hareket Partisi (Partei der Nationalistischen Bewegung).....	86
Barış ve Demokrasi Partisi (Partei des Friedens und der Demokratie).....	87
Schlussfolgerungen.....	89
Literaturverzeichnis	96
Abstract (Deutsch).....	99
Abstract (English)	100
LEBENS LAUF	102

Danksagung

Mein aufrichtiger Dank gilt Dr. Johann Wimmer für seine wertvolle Betreuung, Beratung, Ermutigung und die ständige Unterstützung bei der Vorbereitung dieser Arbeit.

Diese Arbeit hätte ich nicht ohne die moralische Unterstützung meiner Familie und meiner Freunde schreiben können, ich danke ihnen für ihren Beistand und ihre Liebe.

Diese Arbeit ist meiner Familie gewidmet, vor allem meinen Großvätern.

Ayca Nur Atakli BA

Wien, am 2015

Einleitung

Meine Diplomarbeit behandelt das Thema politische Parteien und im Speziellen die Parteien in der Türkei. Insofern halte ich es für wichtig, im ersten Teil zu erklären, was unter politischen Ideologien zu verstehen ist. Das Thema mag manchen nicht sonderlich aktuell erscheinen, denn die meisten Menschen assoziieren mit dem Begriff „Ideologie“ das 20. Jahrhundert und die politischen Ost-West-Konfrontationen sowie die Schrecken des Nationalsozialismus und des Kommunismus. Die wichtigsten Ideen und Prinzipien dieser Ideologien sind jedoch nach wie vor aktuell, es sind die klassischen Werte, und obwohl sich die Welt und somit auch unsere Weltanschauung jeden Tag ändern, werden diese politisch-sozialen Ideen nie alt und lassen keinen Menschen gleichgültig.

Der zweite Teil dieser Arbeit ist den politischen Parteien gewidmet. Dieses Thema bleibt aktuell, auf jeden Fall solange Demokratien existieren. Im Verlauf dieses Teils wird untersucht, wie es zu der Entstehung von politischen Parteien gekommen ist, wie sie sich mit der Zeit entwickelt haben, wie die Parteien sich finanzieren und schließlich, welche Aufgaben und Funktionen die politischen Parteien in der modernen Welt gegenüber der Öffentlichkeit und ihren Wählern erfüllen.

Im dritten Teil meiner Arbeit stehen die Parteien der Türkei im Fokus. Der Prozess ihrer Entwicklung, die Ursachen und Treibkräfte ihrer Entstehung sind die Themen dieser Arbeit. In diesem Teil werde ich versuchen zu erklären, wie die politischen Parteien in der Türkei entstanden sind (Osmanisches Reich, Entstehung der Republik, Herrschaft des Einparteiensystems). In diesem Teil werden das Osmanische Reich, der Übergang zur konstitutionellen Monarchie, weiteres der Parlamentarismus und die Anfänge des Parteiensystems behandelt.

Im vierten Teil geht es vor allem um die Jahre zwischen 1960 und 1980. Diese Zeit kann man als instabile Periode bezeichnen. Behandelt werden die politische Situation und die politischen Parteien dieser Jahre. Diese Jahre waren sehr wichtig für das türkische politische Leben. Durch die häufigen Einmischungen der Streitkräfte in die Politik wurde der schwierige Übergang zu einem echten Mehrparteiensystem gebahnt.

Der fünfte und letzte Teil dieser Arbeit umfasst die Entwicklung der Parteien in der Türkei nach 1980 bis heute. In diesem Abschnitt wird versucht, die Besonderheiten der modernen

Parteien sowie das Antlitz der Türkei mit diesem Parteisystem auf der politischen Weltbühne zu skizzieren.

Am Ende dieser Arbeit werden alle bedeutenden Erkenntnisse noch einmal zusammengefasst, um zu einer Schlussfolgerung zu kommen, welche Rolle Ideologien und Parteien als wichtigste Ideenleiter und Vertreter im modernen Leben noch spielen und ob, und wenn ja, welche Orientierung diese jungen Leuten geben können.

Diese Arbeit ist sehr aktuell, die Diskussionen über den Platz der Türkei in der Geopolitik hören nicht auf. Die Entwicklung der politischen Parteien kann dabei eine Vorstellung über die Grundlagen der türkischen Nation, ihre Mentalität, Probleme und Richtlinien vermitteln. Damit leistet diese Arbeit einen Beitrag zur besseren Analyse der Bereitschaft der Türkei, sich völlig in die europäischen Strukturen zu integrieren.

Diese Arbeit wirft beim Leser Fragen auf wie: Inwiefern ist die Türkei demokratisch? Wie kann sich die Türkei weiterentwickeln mit Rücksicht auf den schon durchlaufenen Weg? Lohnt es sich, dieses Land bei seinen europäischen Bemühungen zu unterstützen? Welche Lehre können die Übergangsländer in der ganzen Welt sowie die schon etablierten entwickelten europäischen Staaten aus diesem Entwicklungsweg ziehen? Diese Fragen stellen kein zusätzliches Ziel der Arbeit auf. Aber sie entstehen logisch aus dieser Forschungsarbeit.

1 Erster Teil: Politische Ideologien

1.1 Definition des Begriffs politischer Ideologie

Kaum ein Thema wurde in den politischen Wissenschaften so oft untersucht und analysiert wie die Entstehung und die Rolle von politischen Ideologien. Politische Ideologien konzentrieren sich auf politische Ideen, Theorien und Interessen. Jede politische Ideologie repräsentiert ein bestimmtes Konzept von Weltverständnis und die Auslegung des politischen Lebens und sämtlicher politischer Ereignisse aus der Sicht der Interessen und Ziele bestimmter politischer Eliten. Jedoch werden Ideologien in verschiedenen Quellen unterschiedlich interpretiert, eine einheitliche Definition existiert nicht.¹

Die Idee von Ideologie ist viel älter als der Begriff selber und stammt noch aus der Antike.² Der Begriff „Ideologie“ als Ideenlehre entstand Ende des 18. Jahrhunderts in Frankreich. Die Autorschaft wird einem berühmten Philosophen, Politiker und Volkswirt seinerzeit, Destutt de Tracy, zugeschrieben. Er bezeichnete „Ideologie“ im sensualistischen affirmativen Sinn als „science des idées“ (Wissenschaft von den Ideen) und verfolgte in seiner Schrift *Éléments d'idéologie* von 1801 die Theorie, dass sämtliche Ideen ihren Ursprung in der Sinnlichkeit der Menschen haben, so dass durch die Untersuchung von Wahrnehmungen und Empfindungen auch der Ursprung von Ideen ermittelt werden könne. Somit stellt die „Ideologie“ nach Destutt de Tracy eine Wissenschaft vom Menschen dar. Die theoretischen Erkenntnisse der Ideologie sollten die Erkenntnis bringen, wie und mit welchen Mitteln eine vernünftige, rationale, sozial-politische Ordnung hergestellt werden kann.³

Jedoch hat der Begriff nur wenige Jahre nach seiner Entstehung diese unschuldige positive Bedeutung verloren. Napoleon Bonaparte, der sich bereits von Beginn an für Ideologie interessierte, erkannte nach kurzer Zeit die wahre Bedeutung und das gefährliche Potenzial dieser ursprünglich rein philosophischen Disziplin und diskreditierte den Begriff. „Ideologien“ seien der Realität fern und daher schädlich, die Ideologie selbst sei „das Produkt eines theoretischen Verhaltens, das (...) mit der Wirklichkeit und zwar mit der politisch-gesellschaftlichen Realität“ nichts Gemeinsames habe. Diese Sinneswandlung ist relativ leicht zu erklären, wenn man die Veränderungen, die Napoleon selbst innerhalb dieser Jahren gemacht hat, verfolgt. Mit der Erweiterung des Machtanspruchs und der immer

¹ Vgl. Wimmer 2000, S. 529.(8,3,1)

² Vgl. Ermacora 1979, S. 32.

³ Vgl. Tepe 2012, S. 31-32.

weiteren Distanzierung von revolutionären demokratischen Ideen interessierte sich Napoleon zunehmend für Ideen und Instrumente, die ihm helfen würden, seine Macht zu erhalten. Die Anhänger von „Ideologie“ mit ihrem Rationalismus und liberalen Ideen rund um Erziehung und Aufklärung der Gesellschaft waren für die Machtambitionen Napoleons unbrauchbar und für seine „Realpolitik“ sogar gefährlich. Die napoleonische Interpretation des Begriffes „Ideologie“ war in den nachfolgenden Jahren nicht minder verbreitet als die ursprüngliche Bedeutung des Wortes. Und wenn die Auffassung von Destutt de Tracy eher für die theoretischen Forschungen von Bedeutung ist, ist die Ideologie von Napoleon als verfälschte und gefährliche Bewusstseitsverzerrung mehr in der Praxis, vor allem im Parteikampf und in der politischen Auseinandersetzung verbreitet.⁴

Weiterentwickelt wurde der Begriff der „Ideologie“ in den Werken von dem vermutlich bedeutendsten Theoretiker des 19. Jahrhunderts, von Karl Marx. Der Begriff der Ideologie tendiert in seinen Schriften vom „entfremdeten Bewusstsein“ in jüngeren Jahren hin zum „falschen Bewusstsein“ in den reifen Jahren. Die verzerrte Darstellung der gesellschaftlichen Konflikte, wobei nur eine einseitige Interessendarstellung wirklich aufgefasst und vertreten werden kann, ist die Funktion von Ideologie bei Marx. Somit wird den Ideologien eine weitere Eigenschaft, nämlich jener der „Klassenbedingtheit“ und der soziologischen Blindheit, nachgesagt.⁵ „Ideologie dient zur Absicherung des einmal Gewordenen gegenüber dem neu Werdenden“ und spiegelt nicht das reale sozialökonomische Machtverhältnis wider, sondern ist nur darum bemüht, die Interessen der Herrschaftsklasse zu vertreten und zu rechtfertigen. Dieses „notwendig falsche Bewusstsein“ ist jedoch nicht im Kern falsch und lässt sich unter gewissen Umständen sogar verwirklichen. Dafür müssen die Ursachen von Fälschung und Selbsttäuschung bei den Ideologien aufgeführt, analysiert und (mittels Revolution) behoben werden. In der Realität bedeutet das, dass nicht die Ideologie, sondern die diese Ideologie erzeugende Gesellschaft geändert werden muss. Da das Bürgertum sich in der vorteilhaften Lage befindet und folglich nicht in der Lage ist, das ideologische Falsch zu erkennen und dementsprechend nicht dagegen kämpfen wird, sollte diese Aufgabe von dem Proletariat übernommen werden.⁶ Dieses Ideologiebild wie auch ideologiekritische Positionen galten lange Zeit als ziemlich überzeugend, so blieb diese Auffassung vom Begriff der Ideologie über ein Jahrhundert lang aktuell und fand viele Nachfolger, vor allem unter den Sozialwissenschaftlern und in spätkapitalistischen Gesellschaften. Obwohl seit Jahren behauptet wird, dass die Zeit der Ideologien vorbei ist und jetzt die Realität Orientierung und Marktgesetze regieren, scheinen die klassischen

⁴ Vgl. Tepe 2012, S. 32-34.

⁵ Vgl. Wimmer 2000, S. 530-531. (8,3,1)

⁶ Vgl. Tepe 2012, S. 146-149.

Ideologielehren dennoch eine tiefe Spur in der Mentalität und in der Weltanschauung der Menschen hinterlassen zu haben. Manche Forscher behaupten sogar, dass die modernen Werte sich auf die alten Ideen stützen und Legitimationen für Entscheidungen und Handlungen bei den alten Ideologien gesucht werden, die zum Teil zwar als dogmatisch, aber dennoch richtungsweisende Axiome gelten: „Ideologien sind (...) Landkarten für problemgeladene gesellschaftliche Realitäten“ und können zur Neuorientierung der Gesellschaft dienen, wenn die alten Regeln, Werte und Normen nicht mehr standhalten.⁷

Es lassen sich nach den Forschungsergebnissen in Bezug auf Ideologien mehrere Thesen aufstellen, jede davon zeichnet ein eigenes Bild von Ideologie und betrachtet diese aus verschiedenen Blickwinkeln. Demnach ist Ideologie:

- ❖ ein utopisch-abstraktes, realitätsfernes theoretisches Konstruktionsmodell der Gesellschaft (nach Napoleon);
- ❖ eine Ersatzreligion bzw. eine „weltliche“ Religion (nach Goldie);
- ❖ eine Waffe im Klassenkampf (nach Marx);
- ❖ alle Aspekte des Wissens in einer Kultur, „totale Ideologie“ (nach Mannheim);
- ❖ eine Herrschaftslegitimation (nach Neomarxisten);
- ❖ ein totaler Schein (nach Adorno);
- ❖ eine instrumentelle Vernunft (nach Horkheimer) oder Sozialtechnologie (nach Habermas) usw.⁸

Einige dieser Thesen gehen davon aus, dass Ideologien in dieser oder einer anderen Form bereits zur Zeit des Alten Ägyptens und der Azteken existierten, jedoch waren dies lediglich die Vorläufer der wirklich großen politischen Ideen, die die Mentalität vieler Generationen im 19. und 20. Jahrhundert geprägt haben und die Welt wie keine anderen politischen oder philosophischen Ideen davor verändert haben. Die politischen Ideen der Moderne sind viel mehr als nur eine Ersatzreligion oder eine Argumentationslinie zur Herrschaftslegitimation,

⁷ Vgl. Wimmer 2000, S. 530-533.

⁸ Vgl. Wimmer 2000, S. 536.

sie bringen die Gesellschaft auf eine ganz neue Ebene der Entwicklung, ermöglichen den Fortschritt, entweder radikal oder evolutionär mithilfe von Reformen.⁹

Nach der Theorie von Talcott Parson haben Ideologien die größte Chance, bei der Entwicklung der Gesellschaft mitzuwirken, wenn das Vertrauen und Interesse für die alten Orientierungsmuster, z.B. infolge eines sozialen Wandels oder infolge von Krisen und Kriegen, verlorengehen. Die Menschen als soziale Wesen haben immer ein Bedürfnis nach Orientierung und Lebensregeln, und wenn ihnen eine logische und plausible Erklärung für ihre Probleme gegeben wird und eventuell auch ein rationaler Weg zur Lösung ihrer Probleme vorgeschlagen wird, tendieren sie oft dazu, diese Option anzunehmen, ihr die nötige Legitimation zu geben und diesen „neuen“ Weg auszuprobieren.¹⁰ Nicht selten kam es in der Geschichte vor, dass Wege dieser Art in eine Sackgasse führten, aber dann traten an die Stelle der alten Ideologien neue, und die Geschichte durchlief einen neuen Kreislauf. In welche großen Richtungen sich die Ideologien entwickelt haben, welche Maximen sie proklamierten und welche Potenziale sie bargen, welche Formen sie annahmen und wie die Ideologietheorien in der modernen Welt behandelt werden, wird in den folgenden Kapiteln anhand einiger klassischer Ideologien betrachtet.

1.2 Populäre politische Ideologien

Ende des 18. bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts markiert den Zeitabschnitt, in dem die drei großen politischen Ideologien entwickelt wurden. Diese Zeitperiode ist aufgrund zahlreicher europäischer Umbrüche und Revolutionen hinlänglich bekannt, in dieser Zeit wurden vermutlich auch die Voraussetzungen und notwendigen Rahmenbedingungen zur Entfaltung von ideologischen Denkrichtungen geschaffen. Die drei Ideologien – Konservatismus, Liberalismus und Sozialismus – konnten sich nach nur kurzer Zeit zu Gemeinschaftsideologien entwickeln. Die Gesellschaft erlebte eine Identitätskrise und wurde reif für neue Perspektiven.¹¹

Im 19. Jahrhundert entwickelten sich diese Ideen noch weiter, sodass zur Jahrhundertwende über vier politische Ideenkreise gesprochen werden kann. Diese sind:

- ❖ Konservatismus oder (eher) „progressiver Konservatismus“
- ❖ Liberalismus
- ❖ Sozialismus/Sozialdemokratie

⁹ Vgl. Wimmer 2000, S. 537-539

¹⁰ Vgl. Wimmer 2000, S.532.

¹¹ Vgl. Wimmer 2000, S.569.

❖ Kommunismus und Nationalsozialismus

Manche Ideologien sind bis heute populär und aktuell, andere haben sich stark diskreditiert, wurden missbraucht und gelten heutzutage als gefährliche Täuschungen, die mit einem modernen rationalen Wertverständnis unvereinbar sind.

1.2.1 Konservatismus

„Konservatismus ist eine politische Weltanschauung, die die Stärken der Tradition hervorhebt, die herrschende politische Ordnung bewahrt bzw. stärkt und die vorgegebene Verteilung von Macht und Reichtum vor Kritik schützt“¹², so das Politiklexikon.

Der Konservatismus gilt als die älteste politische ideologische Strömung, er ist als Reaktion auf „die Schrecken des Französisch Revolution“ entstanden. Diese und weitere kritische Anmerkungen und Bezeichnungen stammen aus der Schrift von Edmund Burke „Reflections on the Revolution in France“, die als erste schriftliche Zusammenfassung von konservativen Ideen gilt und die die Ideen der Revolution heftig kritisierte. Die Schrift von Thomas Paine „The Rights of Man“ wurde nur einige Zeit später rausgebracht und enthielt Großteils progressiv-kritische Antworten auf die Aussagen von Burke. Beide Schriften wurden veröffentlicht und erreichten somit große Teile der Bevölkerung. Diese Aufmerksamkeit seitens der Öffentlichkeit trug viel zur Popularität von Ideologien bei, sodass nach Meinung von Johannes Wimmer die Entstehung politischer Ideologien als Ergebnis der Entwicklung von Massenmedien gesehen werden kann. Die regelmäßige Veröffentlichung von Zeitungen machte die politische Kommunikation erst sichtbar und nicht nur für den engen Kreis der Beteiligten zugänglich, sondern auch für die breitere Massen, die bei der Diskussion eine der Seiten einnahm.¹³

Der Vertreter des Konservatismus, Burke, betonte in seinen Werken die traditionalistischen Werte sowohl im sozialen Bereich als auch in der Politik sehr stark. Nach ihm wird die Vergangenheit auf die Gegenwart projiziert und umgekehrt, sodass die Gegenwart als die letzte Etappe der Vergangenheit gedeutet wird.¹⁴ Die Revolutionen seien katastrophale Entwicklungen mit verheerenden Folgen gewesen. Ein Neubeginn mit einem theoretischen Nullpunkt würde die historischen Entwicklungen mit ihren Erfahrungen und Traditionen zunichtemachen. Seinen Untersuchungen zufolge sind Revolutionen, sowohl in ihren

¹² Schubert, Klein 2011, o. S.

¹³ Vgl. Wimmer 2000, S. 539-540.

¹⁴ Vgl. Wimmer 2000, S. 556-557.

Absichten wie auch im Verlauf dekonstruktiv, deshalb sei auch das Ende der Französischen Revolution von 1789, gemeint war der Revolutionsterror, vorhersagbar gewesen. Die sozialen und politischen Bedingungen innerhalb der Gesellschaft sowie der Staat selbst sind nach Burke eine historische Gegebenheit. Der Staat sei eine „Gemeinschaft zwischen denen, welche leben, denen, welche gelebt haben, und denen, welche noch leben sollen“ und kann daher durch „menschliche Willensakte“ von einem Tag auf den anderen nicht geändert werden. Und wenn dies passiert, dann entsteht dadurch für das Gemeinwesen erhebliche Schaden.¹⁵

Trotzt der Entwicklungen, die der Konservatismus in den letzten 200 Jahren machen musste, blieb das konservative Denken in seiner Struktur und in den wesentlichen Maximen nahezu unverändert. Die wichtigsten Vorstellungen bezüglich der Transzendenz, der Ordnung (göttliche oder weltliche) und der historischen Entwicklung wurden noch von Platon formuliert und innerhalb von vielen Jahrhunderten kontinuierlich verfolgt. Als wichtigste Maximen gelten Identität, Sicherheit und Kontinuität und der Staat, der alle diese Maximen verkörpern und gewährleisten muss. Die Machtverhältnisse und gesellschaftlichen Verhältnisse sollten nach der Ansicht der Konservativen stabil bleiben. Die Religion und Kirche als Institut des Glaubens dürfen nicht von Staat und Gesellschaft getrennt sein, weil die Religion die gesellschaftliche Moral vorschreibt und ihr eine normative Kraft gibt.¹⁶ Diese Ideologie schließt keineswegs Veränderungen aus, jedoch plädiert eine Seite für die allgemeine Zustimmung und die andere Seite für die Vorsicht bei der Umsetzung dieser Veränderungen, die man eher als „Modifikationen“ bezeichnen sollte. Abhängig von der Rollenverteilung zwischen Staat und Individuum wird zwischen kontinental-europäischen und dem angloamerikanischen Konservatismus unterschieden.¹⁷

Die Ideen basieren auf der Bewahrung nationaler Authentizität, sozialem Konsens, Gemeinschaftswohl und Wahrung der Interessen der Bürger als den wichtigsten Stakeholdern des Staates. Konservatismus erlaubt es den Bürgern, an dem bereits erreichten Gut teilzuhaben und gleichzeitig die künftigen Vorhaben mitzubestimmen, jedoch sind die Menschen ungleich und so leiten sich die Rechte der Bürger aus deren Pflichten, aber auch aus deren Klassen, Randordnungen und Gruppen ab.¹⁸ Dies impliziert wiederum eine gewisse Verantwortung der Bürger gegenüber den Vorfahren und den nächsten Generationen. Deshalb sollte bei der Entwicklung ein evolutionärer Weg in gewisser

¹⁵ Vgl. Dirsch 2012, S. 38-41.

¹⁶ Vgl. Wimmer 2000, S. 559.

¹⁷ Vgl. Schubert, Klein 2011, o. S.

¹⁸ Vgl. Wimmer 2000, S. 560-561.

Annäherung an Traditionen gewählt werden. Die starke Zentralgewalt wird jedoch entschieden abgelehnt, die Politik soll von den lokalen Institutionen und Organen mitbestimmt werden, wobei das einfache Volk von der Politik ferngehalten werden sollte.¹⁹

Der kontinental-europäische Konservatismus unterscheidet sich von dem angloamerikanischen in erster Linie durch die starke Hervorhebung der Rolle des Staates. Der Staat ist eine natürliche Institution, die die Verantwortung für alle Bereiche des Lebens übernimmt und auch die Aufgabe hat, die bestehende Ordnung zu sichern. Dieser Konservatismus ist radikal ausgerichtet und schließt bei den Methoden sogar die Monarchie oder zumindest eine autoritäre Herrschaft nicht aus.²⁰

1.2.2 Liberalismus

Der Liberalismus stellt neben dem Konservatismus ein weiteres grundlegendes klassisches ideologisches Konzept dar. „Liberalismus ist eine politische Weltanschauung, die die Freiheiten des einzelnen Menschen in den Vordergrund stellt und jede Form des geistigen, sozialen, politischen oder staatlichen Zwangs ablehnt“²¹, so die klassische Definition des Politiklexikons. Diese Ideologie galt im Vergleich zu dem Anfang des 19. Jahrhunderts prävalierten Konservatismus als eine „linke“ Verfassungsbewegung, weil deren Anhänger die umfassenden Reformen, die nah an der Reorganisation des Staates lagen, forderten. Die liberale Verfassung sollte die Gesetze des Staates ändern und allen Bürgern bis dahin nicht denkbare Rechte und Freiheiten ermöglichen. Das moderne Wahlrecht sollte die repräsentative Beteiligung der Bürger bei den Wahlen ermöglichen und das Parlament sollte den neuen Verfassungsstaat verfestigen.²²

Als ideenpolitische Richtung entstand der Liberalismus in England Ende des 17. Jahrhunderts zurzeit der Glorious Revolution; er entfaltete sich fast zur gleichen Zeit wie der Konservatismus. Es ist interessant, dass der Konservatismus-Theoretiker Edmund Burke zugleich liberalistische Ideen vertrat, er galt neben A. Smith, D. Hume und später A. Tocqueville, I. Kant und vielen anderen als bedeutendster liberaler Autor seiner Zeiten. Seine Kritik der Revolution in Frankreich war sehr treffend, jedoch hat er eher an die Entwicklung und Folgen der Revolution gedacht, wo es „anstatt Beschränkungen der Regierungsgewalt (...)“ zu einer „unbeschränkten Gewalt der Mehrheit“ kam. Also kritisiert Burke nicht die liberalen Ideen, die ihm sehr nah standen, sondern die Theoretiker der

¹⁹ Vgl. Wimmer 2000, S. 561.

²⁰ Vgl. Schubert, Klein 2011, o. S.

²¹ Schubert, Klein 2011, o. S.

²² Vgl. Wimmer 2000, S. 540-542.

Französischen Revolution, die aus heutiger Perspektive als Vordenker des Sozialismus gelten.²³

Die bürgerliche Emanzipation des Staates ist eine der wichtigsten Maximen des Liberalismus, diese besagt, dass das Individuum von Zwängen und Bindungen des Staates und der Gesellschaft befreit wird, es übernimmt jedoch auch selbst die Verantwortung für das eigene Leben und für die Ergebnisse seiner Handlungen. Der Staat ist, sowohl ökonomisch wie auch politisch, machtbegrenzt und übernimmt lediglich die Ordnungsfunktion, dementsprechend wird im Kontext von Liberalismus von „Wirtschaftsliberalismus“ bei der Trennung von Staat und Markt und von „Individualismus“ bei Trennung vom Staat und Individuum gesprochen.²⁴

Obwohl die Prinzipien des Liberalismus Freiheit und Gleichheit proklamierten, waren hierbei in erste Linie über die „Gleichheit von dem Recht“, eventuell gleiche Verhaltensregeln, die den Bereich der erlaubten Handlungen abgrenzen, und „Gewissenfreiheit“ gemeint. Keinesfalls sollte dieser liberalistische Slogan so interpretiert werden, dass alle Menschen von Geburt an den gleichen Status bzw. die gleichen Fähigkeiten, Vorrechte und Privilegien besitzen. Die Menschen sind demnach schon von Natur aus nicht gleich und bleiben ungleich, aber sie sollten vor dem Gesetz gleich behandelt werden. Es müssen zumindest die Rahmenbedingungen geschaffen werden, wobei man mit den gleichen Leistungen dasselbe erreichen kann.²⁵ Die Idee von absoluter sozialer Gleichheit wurde erst von den Sozialliberalen und dann von den Sozialisten in vollem Umfang entfaltet, wobei beide die gleichen Ziele verfolgten, sie jedoch unterschiedliche Mittel befürworteten. Als vernünftig-rationale Ideenströmung erkennt der Liberalismus die gesellschaftsbedingte Ungleichheiten, die infolge der privilegierten Geburt, ökonomischer (materiellen) Vorteile oder besserer Bildung entstehen.²⁶ Das angestrebte Gemeinwohl entsteht somit nur in friedlicher Zusammenarbeit mit allen Gesellschaftsmitgliedern, wobei es zum wechselseitigen Nutzen kommt.²⁷

Interessant ist in diesem Kontext auch die skeptische Stellung von Altliberalen in Bezug auf Demokratie. Die Vertreter des Liberalismus waren überzeugt, dass die Gesetzgebung und Regierungsgewalt nur von den „elitären“ Bürgern ausgeübt werden kann. Daher wird von

²³ Vgl. Hayek 2002, S. 69-70.

²⁴ Vgl. Wimmer 2000, S. 543.

²⁵ Vgl. Mises 2010, S. 24-26.

²⁶ Vgl. Wimmer 2000, S. 545.

²⁷ Vgl. Hayek 2002, S. 72.

alten liberalen Denkern die demokratische Regierungsform als „Herrschaft der Mittelmäßigen“ oder als „Herrschaft der Vermögenslosen“ eher negativ beurteilt.²⁸

Grundsätzlich werden von liberalen Denkern jegliche Hinderungen oder Einmischungen seitens der Kirche abgelehnt. Liberalismus, der sich als Ideologie der materiellen Wohlfahrt versteht, ist ausgesprochen irdischer Natur. Die metaphysischen und seelischen Bedürfnisse der Menschen werden bei der liberalen Lehre nicht berücksichtigt, aber auch nicht abgelehnt. Liberalismus und Religion können durchaus parallel, „ohne dass ihre Kreise sich berühren“ existieren. Daher fordern die Liberalismus-Vertreter eine starke Trennung zwischen Religion und Staat. Erstere sei für die seelischen und moralischen Angelegenheiten des Individuums verantwortlich, der Staat schaffe die Rahmenbedingungen für den materiellen Wohlstand.²⁹ Diese Emanzipationsförderung ist die Erklärung dafür, dass Liberalismus, vor allem in Europa, im Laufe des 19. Jahrhunderts immer wieder von der Kirche scharf kritisiert wurde und sich in den Ländern, wo die Kirche historisch eine starke Position hatte, nicht durchsetzen konnte.³⁰

1.2.3 Sozialismus

„Sozialismus ist eine politische Weltanschauung, die darauf abzielt, eine solidarische Gesellschaft zu schaffen, in der die Grundwerte Freiheit und Gleichheit verwirklicht werden“³¹ – aus dieser Definition ist bereits ersichtlich, dass der Sozialismus als politische Strömung eher zukunftsorientiert ist und in seinen Bestrebungen viel weiter als der Liberalismus geht. Die zentrale Idee des Sozialismus ist die „Abschaffung der Herrschaft von Menschen über Menschen“, wobei die Klassengesellschaft infolge der Reformen als solche jedenfalls abgeschafft werden sollte.³²

Die „Geburt“ des Sozialismus fällt in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die vom Sozialismus vertretenen Maximen wie Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität wirken theoretisch zwar attraktiv, sind in der Realität aber nicht so leicht umsetzbar, deshalb wird der Sozialismus nicht selten als utopischer Gesellschaftsentwurf bezeichnet. Mit der Verbreitung sozialistischer Ideen spaltete sich diese Ideologie in zwei Richtungen. Die Vertreter von radikalen, härteren bis hin zu revolutionären Methoden zur Erreichung von „Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ wurden zu Kommunisten; die Sozialdemokraten

²⁸ Wimmer 2000, S. 545.

²⁹ Vgl. Mises 2010, S. 48-49.

³⁰ Vgl. Wimmer 2000, S. 544.

³¹ Schubert, Klein 2011, o. S.

³² Schubert, Klein 2011, o. S.

wählten dagegen den sanfteren Weg der Reformen, Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft.³³

Die gemäßigten Sozialdemokraten wurden bei ihren Anregungen zur schrittweise Veränderung der gegebenen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse von Gewerkschaften unterstützt, die „links“ ausgerichteten Sozialisten planten einen radikalen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Neuanfang in einer klassenlosen Gesellschaft, wobei sie mithilfe von zwei deutschen Gesellschaftstheoretikern – Karl Marx und Friedrich Engels – ein „Gespenst des Kommunismus“ freigelassen hatten.³⁴ Der Kommunismus wurde zu einer eigenständigen politischen Ideologie, er wird deshalb separat im nächsten Unterkapitel näher beschrieben.

Zu den bekannten Frühtheoretikern des Sozialismus gehören R. Owen, H. Saint-Simon, C. Fourier, F. Lassalle und andere. Obwohl sich alle einig waren, dass es um die egalitäre Gerechtigkeitsordnung geht, kam es bereits Mitte des 19. Jahrhunderts zu heftigen Debatten rund um den Begriff, die Ziele und die Mittel des Sozialismus. Diese Auseinandersetzungen führten dazu, dass bis heute keine klar abgrenzbare Definition von Sozialismus existiert.³⁵

Im Sozialismus gehören Begriffe wie persönliche Individualität und Freiheit zu den Grundbegriffen, dagegen wurden der uneingeschränkte Privatbesitz von Produktionsmitteln und soziale Einschränkungen als Ungerechtigkeiten stark kritisiert. Der Staat sollte Regulationsmechanismen entwickeln, die es erlaubten, die Verteilungsprozesse besser zu organisieren und somit auch die bisher benachteiligten sozialen Schichten (Arbeiterklasse oder Proletariat) an diesen Prozessen teilhaben zu lassen, wodurch der gesamte Wirtschaftsprozess nur gewinnen würde.³⁶

Soziale „linke“ Ideen und dementsprechend auch die Parteien sind sehr populär in den meisten modernen Demokratien, da die Idee von sozialer Gleichheit heutzutage, wo der Unterschied zwischen Reichen und Armen nach wie vor groß ist, aktuell bleibt, diese Ideen sprechen somit breite Schichten der Bevölkerung an.

³³ Vgl. Wimmer 2000, S. 550.

³⁴ Vgl. Wimmer 2000, S. 551.

³⁵ Vgl. Mayer 2008, S. 24-28.

³⁶ Vgl. Mayer 2008, S. 29.

1.2.4 Kommunismus und Nationalsozialismus

Marx, der ursprünglich dem sozialistischen Ideenkreis entstammte, wählte in seinen Schriften den Begriff „Kommunismus“, nachdem er dem „Sozialismus“ die viel zu schwache Form von gesellschaftlicher Solidarität vorgeworfen hatte.³⁷ Die Klassengesellschaft war nach der Ansicht von Marx das Resultat der Geschichtsentwicklung bzw. das negative und unfaire Ergebnis dieser Entwicklung. Daher sei die konsequente Schlussfolgerung, dass diese Gesellschaft als solche beseitigt werden müsse, um anstelle von dieser eine klassenlose Gesellschaft aufzubauen. Diese Überwindung von Gegensätzen zwischen Bourgeoisie und Proletariat „sei die letzte Stufe der Entwicklung“ und die Initiative zu diesem letzten Kampf sollte von dem Proletariat ausgehen. Das Proletariat sollte sich dafür in einer Solidargemeinschaft vereinigen, um gemeinsam gegen die Klassenfeinde mithilfe des Einsatzes von Gewaltmaßnahmen zu kämpfen.³⁸ Die Erklärung dafür, dass sich die Gesellschaft früher anderes entwickelt hatte, lag nach Ansicht der zwei prominenten Theoretiker des Kommunismus, Marx und Engels, in den begrenzten ökonomischen Bedingungen bzw. in der ungenügend entwickelten Produktion. Infolge der industriellen Revolution hatten sich die ökonomischen Bedingungen geändert, daher sollte sich auch die Gesellschaft der neuen Situation anpassen. Das Ziel bestünde darin, dass die Ausbeutung ein Ende findet, „das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum“, so F. Engels. Die Staatsgewalt würde am Ende des Prozesses überflüssig und reduziere sich auf eine reine Verwaltungsfunktion (Verteilung von Produktionsmitteln und Leitung des Produktionsprozesses).³⁹

Fanden diese Ideen, die in den zwei Hauptschriften „Manifest der Kommunistischen Partei“ und „Kapital“ ausführlich diskutiert wurden, am Anfang noch wenig Unterstützung und wurden sie eher als theoretische Idee der „Vergemeinschaftlichung“ verstanden, wurden sie spätestens nach der Übernahme der Ideen von den neuen russischen Partei „Bolschewiki“ und deren Ideologieführer Lenin als wahre Zukunftsvisionen betrachtet. Nach der russischen Oktoberrevolution wurde Kommunismus zum Ziel und zur zukünftigen Gesellschaftsordnung erklärt. Sozialismus wurde in diesem Kontext zu einem Übergangstadium, wobei im Laufe der Zeit die Ideen und Methoden der Sozialdemokraten immer heftiger kritisiert wurden, bis sie schließlich zur Gänze zur feindlichen Ideologie erklärt wurde.⁴⁰

³⁷ Vgl. Mayer 2008, S. 12.

³⁸ Vgl. Wimmer 2000, S. 552-553.

³⁹ Vgl. Engels 1992, S. 41-44.

⁴⁰ Vgl. Straßner 1987, S. 100-101.

Auch wenn der Nationalsozialismus gewissermaßen mit allen großen Ideologien verwandt ist und auch manche Merkmale des Klassenkampfes beinhaltet, entwickelte er sich von einer populistischen Ideologie Ende des 19. Jahrhunderts zu einer prominenten und zugleich zur zerstörerischen Ideologie des 20. Jahrhunderts.

Der Nationalsozialismus vereinte zwei wichtige Ideenströmungen, die Anfang des letzten Jahrhunderts fast überall in Europa populär wurden – den Nationalismus und den Sozialismus. Dass er sich ausgerechnet in Deutschland entwickelte, ist jedoch nicht zufällig. Die Nationalisten appellierten an die breiten Massen (nicht nur an das Proletariat), die sich zum einen durch die Folgen des Ersten Weltkrieges zusammengeschlagen fühlten und zum anderen unzufrieden mit den Verhältnissen in der Weimarer Republik waren. Im Nationalsozialismus waren auch die nationalen Ideen und Ideale nicht unbedeutend, weshalb es sich nach Aussage von Pechau beim Nationalsozialismus um eine Bewegung, die von „kraftvoll organisierten Partei“ initiiert, organisiert, unterstützt und vollbracht wurde, handelte. Dieser Appell an das Volk blieb nicht ungehört, so wurde der Nationalsozialismus zur wichtigsten Ideologie in Deutschland, und die nationalsozialistische Partei wurde dank geschickter Propaganda zur Massenpartei.⁴¹

Die verheerenden Folgen des Nationalsozialismus-Regimes wurden von vielen Forschern aus verschiedenen Perspektiven untersucht, dennoch sind auch in der modernen Welt mit allen Globalisierungs- und Integrationstendenzen die Ideen von Nationalsozialismus nicht ganz ausgestorben.

Zusammenfassung

Seit der Entstehung prägen Ideologien stark das Bewusstsein der Menschen. Das 20. Jahrhundert kann als ein Jahrhundert der Ideologien bezeichnet werden. Das Links-Rechts-Schema hat noch nie so viele Ereignisse verursacht und noch nie so viel Schaden hinterlassen. Dies ist vermutlich der Grund für den Verlust des Interesses der breiten Masse der Bevölkerung an politischen Ideen und Idealen, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zahlreiche Gesellschaftsumbrüche und sogar Kriege verursachten.

Jede Ideologie liefert ihre Erklärung für den Verlauf der politischen und sozial-ökonomischen Entwicklung der Gesellschaft und entwickelt dementsprechend ihre Methoden und Mittel zur Lösung der Probleme der Gesellschaft. Daher besteht

⁴¹ Vgl. Straßner 1987, S.167-170.

wahrscheinlich die wichtigste Funktion der politischen Ideologie darin, das öffentliche Bewusstsein zu beeinflussen. Manche Ideologien haben sich nicht bewährt, andere dagegen sehr, keine davon blieb jedoch unbemerkt, und alle davon haben auf die eine oder andere Weise die Mentalität der Menschen geprägt. In diesem Sinne erfüllen Ideologien ihre wahre Funktion, die auch vom „Ideologie-Vater“ Destutt de Tracy proklamiert wurde – die Erziehung und Aufklärung der Gesellschaft.

In letzter Zeit spricht man von einer gewissen Politikverdrossenheit junger Leute, aber auch ältere glauben nicht mehr an Ideologien, auch nicht an die Politik im Allgemeinen. Die meisten Geschehnisse in der Gesellschaft werden rational, wenn nicht sogar zynisch mit ökonomischen Motiven erklärt. Ob dies weiter so bleibt, ist fraglich, jedoch gibt es nur eine wirksame Kraft, die in der Lage ist, diese Tendenz zu ändern. Diese Kraft sind die Parteien. Parteien waren schon immer die Leiter, die Vermittler von Ideologien in der Öffentlichkeit. Das sollte auch den modernen Parteien-Leadern bewusst sein. Nur die Parteien sind in der Lage, die Menschen zu motivieren und zu integrieren und ihnen Mut zu machen, ihre Zukunft selbst zu gestalten.

2 Zweite Teil: Politische Parteien

Der Begriff „Partei“ stammt aus dem Lateinischen, wo „pars“ „Teil“ oder „Richtung“ bedeutet. Die Vorläufer moderner politischen Parteien gab es bereits in der Antike, auch wenn sie damals anders genannt wurden.⁴²

„Politische Parteien sind die formalen Organisationen, die auf der Grundlage ideologisch geprägter Programme in kompetitiven Wahlen Wahlerfolge anstreben“⁴³, so lautet die Definition vom Wimmer, wobei er einräumt, dass das Objekt der Untersuchung in der Realität viel komplizierter ist und zum Teil ganz unterschiedlich auf der politischen Arena agiert. Deshalb ist es von großer Relevanz, den Weg eines Zusammenschlusses von Individuen zu einer Partei zu untersuchen und die Willensbildung, die Wahlmethoden und die Ziele verschiedener Parteien zu diskutieren.

2.1 Entstehung der Parteien

Politische Parteien entstanden noch Ende des 17. Jahrhunderts in England. Nach dem Bürgerkrieg und dem Sieg der Glorious Revolution bildeten die Whigs und Tories das britische Parlament mit einem Zwei-Parteiensystem. Whigs waren eine Country Party und nach deren Ansichten eher liberaler Natur, die Tories war eine Court Party, die eher konservativ war und den Hof unterstützte. Die Grenzen dieser Differenzierung sowie die Unterschiede in den politischen und ideologischen Ausrichtungen der Parteien waren jedoch lange Zeit verschwommen.⁴⁴ Die „asymmetrische Verteilung von Akzenten“ wird von David Hume so beschrieben:

„A Tory, therefore, since the Revolution, may be defined, in a few words to be a lover of monarchy, though without abandoning liberty, and a partisan of the family of Stuart; as a Whig may be defined to be a lover of liberty, though without renouncing monarchy and a friend to the settlement in the Protestant line“.⁴⁵

Parallel zu Hume erkannte auch Edmund Burke die Voraussetzungen für die Handlungsfähigkeit der Parteien und der Regierung und die Bedeutung der beiden Parteien und des Parlaments als funktionales legislatives Organ. Das Parlament wird funktions- und entscheidungsfähig, wenn die Parteien innerhalb des Parlaments konstruktiv agieren können

⁴² Vgl. Pelinka 2004, S. 93.

⁴³ Wimmer 2000, S. 617.

⁴⁴ Vgl. Jäger 1971, S. 235-237.

⁴⁵ Jäger 1971, S. 237.

und der Regierung ihren Willen artikulieren. Die Funktionsfähigkeit und Kraft der Regierung beruht auf dem starken und entscheidungsfähigen Parlament. Die Abgeordneten der Parteien sollten nach Burke ebenfalls verstehen, dass nur in der Einheit innerhalb der Partei bzw. in der Bildung einer „Zweck- und Ideengemeinschaft“ der Schlüssel zur Durchsetzung ihrer Interessen liegt.⁴⁶

Im 19. Jahrhundert, als sich die Ideologien völlig entfaltet hatten, kam es zu gewissen Veränderungen und Umorientierungen im Sinne des Zeitgeistes. Die Whigs und die gemäßigten Tories bildeten die liberale Partei und die radikalen Tories die konservative Partei, allerdings konnte man sowohl bei den Whigs wie auch bei den Tories immer noch nicht als Parteien im modernen Verständnis reden. Das Wahlrecht war zu dieser Zeit noch begrenzt, deshalb ging es bei den beiden um die Wahlvereine, wo die prominenten Abgeordneten meistens aus ökonomischen Gründen wichtigere Rolle spielten als die Mehrheit der Mitglieder, solche Verhältnisse werden heutzutage als Honoratiorenpartei bezeichnen⁴⁷.

Mit der Erweiterung des Wahlrechts am Ende des 19. Jahrhunderts konnten bereits weitere Teile der Bevölkerung aus breiteren Schichten an den Wahlen teilnehmen, als Folge dieser Entwicklungen kam es zu Formierung von Massenparteien mit der kontinuierlichen Ausbildung von allen organisatorischen Einheiten, die die Funktionsfähigkeit der Parteien während und zwischen den Wahlen gewährleisten. Zur gleichen Zeit wurden auch die ständige Parteimitgliedschaft und die Position des Parteisekretärs eingeführt. Die Honoratiorenparteien wurden von den reichen und privilegierten Gesellschaftsschichten unterstützt, deren Interessen diese wiederum im Parlament vertraten. Die Massenparteien hatten dagegen schon viel mehr Mitglieder aus verschiedenen Schichten, einen großen Funktionsapparat und dementsprechend mussten sie zusätzliche Finanzierungswege suchen, so entstanden die Mitgliedsbeiträge. Innerhalb der Massenpartei gab es eine weitere Differenzierung, die von der Mitgliederanzahl abhängig war. Die Parteien mit hoher Organisationsdichte und entsprechend vielen Mitgliedern wurden als Mitgliederparteien bezeichnet, Parteien mit wenigen Mitgliedern im Verhältnis zur Anzahl der Wähler wurden als Wählerpartei bezeichnet.⁴⁸

⁴⁶ Vgl. Jäger 1971, S. 17-18.

⁴⁷ Vgl. Naßmacher, S. 100-101.

⁴⁸ Vgl. Pelinka 2004, S. 95-96

2.2 Entwicklung der Parteien

In den modernen Demokratien beschäftigen die Parteien einen umfangreichen Organisationsapparat, der sämtliche Verwaltungsfunktionen übernimmt. Die Parteiforschung besagt, dass die meisten europäischen Parteien aus sozialen Bewegungen hervorgegangen sind. Die Grundidee lag darin, die Interessen und Wertvorstellungen verschiedener Klassen der Bevölkerung in der Öffentlichkeit zu artikulieren und durchzusetzen. Die Zahl der Parteien vergrößerte sich und so mussten die Parteien sich gut organisieren, um konkurrenzfähig zu bleiben. Vor allem die Massenparteien sorgten deshalb als Erste für starke Organisationsstrukturen. Im Laufe der Zeit haben sich zumindest die bereits etablierten Parteien einander angepasst, und so sind z.B. die Unterschiede in den Finanzierungswegen und in der Anwerbung von neuen Mitgliedern in den Honoratioren- und Massenparteien nicht so groß, primäres Ziel bleibt, möglichst viel Anhänger für sich zu gewinnen, um mehr Bedeutung zu bekommen.⁴⁹

Wimmer deutet jedoch noch auf einen weiteren Aspekt hin, der unmittelbar mit der Ausrichtung, den Programmen und den Handlungen der Parteien verbunden ist. Dieser Aspekt ist die Information, genau genommen die unzureichende Information sowohl seitens der Parteieliten wie auch seitens der potenziellen Wählerschaft. Den Parteien ist es unmöglich, auf dem Weg der Integration von Wählerschaft genau vorherzusehen, welche Präferenzen die Wähler haben und wie sich diese Präferenzen im Verlauf des Wahlkampfes und unmittelbar im Verlauf der Wahlen entwickeln werden. Eines ist sicher – es ist unmöglich, alle Wähler gleichzeitig anzusprechen und für bestimmte Ideen zu begeistern. Deshalb kommt es nicht selten dazu, dass es bei der Artikulation von Parteiprogrammen zu allgemeinen, richtungsweisenden Aussagen kommt und keine konkreten Maßnahmen genannt werden. Andererseits gelingt es nur sehr wenigen Wählern, die reichhaltige Information über alle politischen Parteien und ihre Programmen zu bekommen, diese zu vergleichen, um so die perfekte Partei, die alle ihre Bedürfnisse berücksichtigt, zu wählen. Hier kommt die von der Partei proklamierte und für diese Partei traditionell etablierte Ideologie ins Spiel. Die Wähler orientieren sich an den allgemeinen Wertvorstellungen, die für die jeweilige Ideologie typisch sind, und treffen eine entsprechende Entscheidung.⁵⁰

⁴⁹ Vgl. Naßmacher, S. 100-101.

⁵⁰ Vgl. Wimmer 2000, S. 534.

Im Verlauf der Entwicklung von Parteiensystemen wurden mehrere Wege zur Finanzierung von Parteien ausgearbeitet, wobei grundsätzlich zwischen Eigenfinanzierung und Fremdfinanzierung unterschieden werden kann. Die Quellen der Eigenfinanzierung liegen, wie der Name schon sagt, in den inneren Kapazitäten der Partei, sie erfolgt durch Mitgliederbeträge, Parteisteuern und Einnahmen aus den Parteibetrieben. Zu den fremden Quellen zählen vornehmlich kollektive und individuelle Spenden und staatliche Finanzierung aus den Steuern. Das Geld wird verwendet für die Organisation von Wahlen und für sämtliche Verwaltungsausgaben.⁵¹

Die Wandlungsprozesse von Parteiensystemen verlaufen kontinuierlich. Zum einen ist, wie schon erwähnt wurde, die Konkurrenz immer noch groß, zum anderen haben viele Parteien im Kampf um neue Mitglieder ihre persönlichen Eigenschaften und somit das Vertrauen der traditionellen Wähler und Mitglieder verloren. Nicht selten spalten sich die großen Parteien, wobei ein Teil der Mitglieder verlorenght und die Partei an Bedeutung verliert. Deshalb ist es oft wichtig, wie die Parteien, die im Parlament tätig sind, miteinander agieren. So besteht z.B. nicht selten als Kompromisslösung die Möglichkeit, eine Koalition zu bilden und somit die gemeinsamen Interessen durchzusetzen.⁵²

2.3 Funktionen der Parteien

Die Funktionen von Parteien nach außen kann man nach ihren Aufgaben differenzieren. Pelinka schlägt folgende Einteilung vor:

- ❖ Integration von verschiedenen Interessengruppen und einzelnen Individuen mit dem Zweck, die gemeinsamen Interessen in der Öffentlichkeit und im Parlament zu artikulieren. Dabei gilt die Grundregel: „möglichst viele ein- und möglichst wenige ausschließen“;
- ❖ Rekrutierung von Personen, sogenannte „Entscheidungseliten“⁵³, die die Fähigkeiten besitzen, entsprechende Entscheidungen im Parlament und ggfs. in der Regierung durchzusetzen und den Vollzug der Entscheidungen zu kontrollieren. Die Personen werden als Kandidaten für die Wahlen ausgesucht und die gewählten Vertreter der Parteien bilden zusammen die politische Führungskraft;

⁵¹ Vgl. Pelinka 2004, S. 101-102.

⁵² Vgl. Naßmacher, S. 107-108.

⁵³ Naßmacher, S. 97.

❖ die Legitimation von Machtansprüchen und von politischen Prozessen in der Öffentlichkeit ist in der Demokratie ebenfalls mit dem Wahlverfahren, also mit den Funktionen der Parteien, verbunden.⁵⁴

Die Parteien streben danach, die Interessen von möglichst breiten Schichten der Bevölkerung zu vertreten, damit unterscheiden sie sich von den Verbänden und Interessengruppen. Die meisten Parteien bieten zur Orientierung der Wählerschaft klare Parteiprogramme. So bestehen die wichtigsten Aufgaben der Parteien in der Aggregation, Transformation und Artikulation der Ziele und Bedürfnisse der Wähler. Sie spielen sozusagen den Vermittler zwischen dem Volk und dem Staat bzw. den Staatsorganen. Ein weiterer Unterschied zu z.B. Verbänden und Vereinen besteht in den Methoden. Die Parteien beeinflussen die Willensbildung direkt, daher wird versucht, infolge der Wahlen möglichst viele Parteienvertreter in den Regierungsämtern zu integrieren. Dies macht die Parteien zu einem wesentlichen Grundelement des Staates und der Politik. Deren Rolle, Funktionen und Status werden in den meisten europäischen Verfassungen festgelegt.⁵⁵

Abhängig vom Staatssystem wird zwischen Ein-, Zwei-, Mehr- und Vielparteisystemen unterschieden, wobei das Einparteiensystem, das ohne Konkurrenz und demzufolge ohne Opposition funktioniert, ein eindeutiges Zeichen für eine Diktatur ist. Eine solche Partei besitzt die dominante Kraft im Land, prägt das politische, soziale und kulturelle Leben im Lande und stützt die Regierung.⁵⁶ Wichtig ist es, zu verstehen, dass unter Ein-, Zwei-, Mehr- und Vielparteisystemen die Zahl der real bedeutenden Parteien gemeint ist, also jener, die an dem politischen Geschehen mitwirken. So wird das Parteiensystem in Großbritannien weiterhin als klassisches Zweiparteiensystem wahrgenommen, obwohl in Großbritannien seit den Zeiten der Whigs und Tories oder der Liberale-Konservative-Opposition viel neue Parteien dazugekommen sind, die an den Wahlen regelmäßig, aber ohne bedeutenden Erfolg teilnehmen.⁵⁷

Jedoch wird sogar in den stabilen Zwei- und Mehrheitsparteiensystemen eine Entwicklungen der Großparteien in Richtung Volksparteien beobachtet. Diese Entwicklung kann jedoch nur unter zwei wichtigen Bedingungen erfolgen: Wenn das System eine Mehrheitswahl ermöglicht und wenn das System keine zu große Polarisierung (s. unten) aufweist.⁵⁸ Für die

⁵⁴ Vgl. Pelinka 2004, S. 94-95.

⁵⁵ Vgl. Naßmacher, S. 97-98.

⁵⁶ Vgl. Naßmacher, S. 107.

⁵⁷ Vgl. Pelinka 2004, S. 104.

⁵⁸ Vgl. Pelinka 2004, S. 97.

Charakteristik von Parteiensystemen werden vier Kriterien ausgearbeitet, diese Kriterien zeigen zugleich auch die Entwicklungstendenzen innerhalb des Systems. Diese sind:

- ❖ das Format bzw. die Zahl der real funktionierenden Parteien;
- ❖ die Fragmentierung der Struktur, die je nach den Größenverhältnissen der Parteien steigen oder sinken und in manchen Fällen als Asymmetrie bezeichnet werden kann;
- ❖ die Volatilität, die mehrere Begriffe wie (In-)Stabilität, Mobilität und Zerfall von Wahlverhaltensmustern in sich vereint;
- ❖ die Polarisierung bzw. die ideologische Distanz zwischen den Parteien.⁵⁹

Die Charakteristika von Parteiensystemen nach innen stellen nicht mindere Interessen dar, wobei es sich hier in erster Linie um Konflikte und Krisen innerhalb der Parteien und zwischen den Parteien handelt. Diese Konflikte sind primär durch die ideologischen Unterschiede innerhalb und zwischen den Parteien bedingt. Die ideologischen Konflikte äußern sich heutzutage meistens in der Artikulation und Diskussion über vier gesellschaftliche Konfliktlinien:

- ❖ der Klassenkonflikt zwischen Kapitalisten und der Arbeiterklasse;
- ❖ der Stadt-Land-Konflikt, wobei Industrie- und Agrarinteressen aufeinanderprallen;
- ❖ der Kirche-Staat-Konflikt, wobei es um den Umfang des jeweiligen Machteinflusses geht;
- ❖ der Zentrum-Peripherie-Konflikt zwischen dominierenden Elitengruppierungen und Minderheiten.⁶⁰

In Bezug auf die innerparteiliche Demokratie etablierten sich zwei Grundformen:

- ❖ Die Mitgliederorientierung: Eine solche liegt vor, wenn die Parteimitglieder wie die Parteibürger behandelt werden und dementsprechend als wichtigste Stakeholder an allen Entscheidungen teilnehmen können. Dies impliziert allerdings innerparteiliche Diskussionen,

⁵⁹ Vgl. Naßmacher, S. 108.

⁶⁰ Vgl. Niedermayer 2013, S. 89-90.

die auf den Parteitagen stattfinden. Diese Form gilt als wenig pragmatisch, weil der Wahlerfolg einer Partei weniger von den innerparteilichen Entscheidungen als von den Stimmen der Grenzwählerschaft abhängt, und diese wird in einer mitgliederorientierten Partei vernachlässigt.

❖ Die Wählerorientierung: In diesem Fall übernehmen die Wähler die Hauptrolle im Entscheidungsprozess. Das Entscheidungsrecht von draußen verlangt eine effiziente Organisation und flexible Programme und inhaltliche Kompromissbereitschaft, um sich an die Wählerschaft anzupassen und gleichzeitig die Wählerschaft zwischen den Alternativen entscheiden zu lassen.⁶¹

Die von den Parteien verfolgten Ziele und prioritären Wertvorstellungen werden in den Parteiprogrammen veröffentlicht. Dabei wird nach der Zeitwirkung zwischen kurzfristigen (Aktionsprogramme) und langfristigen (Grundsatzprogramme) Parteiprogrammen unterschieden. Mittels der Programme wird versucht, einerseits Ziele und Vorhaben der Parteien für die Öffentlichkeit zu artikulieren (Schaufensterfunktion), und andererseits sollten die Programme eine Integrationsfunktion innerhalb der Partei erfüllen, sodass sich möglichst alle Teile der Partei mit dem Programm identifizieren.⁶²

⁶¹ Vgl. Pelinka 2004, S. 97-98.

⁶² Vgl. Pelinka 2004, S. 100.

3 Dritter Teil: Politische Parteien in der Türkei

Kleinasien war immer ein besonderer Platz auf der Weltkarte. Historisch hat es sich so entwickelt, dass die hier existierenden Staaten eine Schlüsselrolle in der Region und sogar in der ganzen Welt spielten. Die durch das Land durchgehenden Handelsrouten, der Zugang zum Schwarzen Meer und zum Mittelmeer und die Kontrolle über den Bosphorus waren besondere Trümpfe der einheimischen Herrscher seit dem grauen Altertum: Hatti, Perser, Römer, Seldschuken, Byzanz und vieler anderer kleinerer Staaten sowie endlich des Osmanischen Reichs.

Die Türkei als Nachfolgerin des Osmanischen Reichs genießt diese Vorteile auch noch heute. Das Land hat zirka 73,640 Mio. Einwohner⁶³ und eine Fläche von 769.630 km⁶⁴. Verglichen mit anderen europäischen Ländern ist die Türkei sehr groß. Dank des starken Zuwachses schätzt man, dass die Bevölkerungszahl in 20 Jahren im Bereich zwischen 85 und 95 Mio. liegen wird. Und bis 2050 prognostiziert man rund 100 Mio. Einwohnern.⁶⁵

Die Türkei liegt nicht nur an der Kreuzung der wichtigen Meerhandelsstraßen, sondern ist außerdem ein sehr bedeutsames Transitland für die Ölpipelines aus dem Bassin des Kaspischen Meers und des Nahen Ostens. Neben dem perfekten Zugang zu den wichtigen Wasserstraßen reicht das Territorium der Türkei bis zum Kaukasus im Osten. Die Türkei ist von wichtigen Partnern umgeben, wie etwa der Ukraine oder Russland (durch das Schwarzes Meer), Georgien, Armenien, Aserbaidshan und Iran im Osten sowie Syrien und Irak im Süden. Diese geografische Lage macht das Land tatsächlich offen für die ganze Welt.

In den letzten Jahrzehnten ist es der Türkei gelungen, einen großen Sprung in der Wirtschaft zu machen. Sie nimmt nun Platz 17 unter den größten Volkswirtschaften der Platanen⁶⁶ und Platz 6 unter den europäischen Ländern ein.⁶⁷ Neben der Bevölkerungszahl stieg auch die Wirtschaftsleistung pro Kopf. Das heutige durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen beträgt 10.410 US-Dollar pro Jahr.⁶⁸ Die oben erwähnte günstige geografische Lage, das große Territorium und die stark wachsende Einwohnerzahl sowie das rasche Wirtschaftswachstum machen die Türkei zu einem bedeutsamen Spieler in der Geopolitik, und das Gewicht des Landes wächst.

⁶³ <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Internationales/Land/Europa/Tuerkei.html>

⁶⁴ Ebd.

⁶⁵ http://welttrends.de/res/uploads/2012/04/WT62_Statistik.pdf

⁶⁶ <http://www.bpb.de/izpb/77051/wirtschaft-und-gesellschaft>

⁶⁷ http://www.kas.de/wf/doc/kas_19452-544-1-30.pdf?100427150927, S.86

⁶⁸ <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Internationales/Land/Europa/Tuerkei.html>

Das südosteuropäische Land ist in Wirklichkeit asiatisch, weil 97 % des Landes in Asien liegen, und nur 3 % in Europa. Diese Tatsache stört nicht, die Türkei als einen Teil des europäischen Kontinents zu betrachten. Sie ist Mitglied der NATO, des Europarats, der Europäischen Bank für Wiederaufbau- und Entwicklungshilfe, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und anderer Weltorganisationen. Die Türkei ist auch Mitglied G-20.

Darüber hinaus hat die Türkei den Status eines EU-Beitrittskandidaten. Obwohl die türkische Regierung den Antrag auf Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union bereits im Jahr 1987 eingereicht hat, kann aufgrund zahlreicher Hindernisse mit einem EU-Beitritt nicht sehr bald gerechnet werden. Zu den Hauptmängeln der Türkei, die den EU-Beitritt vereiteln, zählt man die Nichteinhaltung der Meinungs-, Presse- und Religionsfreiheit sowie der Minderheitenrechte. Dazu kann man auch den Konflikt mit einem anderen EU-Mitglied – Zypern – rechnen. Doch die dauernden Verhandlungen werden fortgesetzt und lassen auf eine positive Entscheidung seitens der EU-Staaten hoffen. Der Beitritt der Türkei in die EU ist ein wichtiger Punkt in der politischen Diskussion in der EU. Das Thema des Verhaltens gegenüber der Türkei führt oft zu Auseinandersetzungen zwischen den europäischen Parteien sowie auch innerhalb dieser Parteien.

Die Türkei agiert anders als andere islamische Länder. Sie ist seit Anfang des 20. Jahrhunderts kein streng muslimischer Staat, sondern ein säkularer oder genauer gesagt laizistischer Staat. Das unterscheidet sie wesentlich von den anderen Staaten, deren Bevölkerung an Allah glaubt. Der Islam ist in der Türkei vorwiegend sunnitisch. Die meisten Bürger gehören zu dieser Religionsgruppe (99,8 %).

Außerdem leben in der Türkei unterschiedliche ethnische Gruppen. Die größte ethnische Gruppe sind die Kurden. Ihre Zahl ist schwer festzustellen. Nach verschiedenen Angaben schätzt man, dass zirka 10 bis 15 Mio. Menschen kurdischer Abstammung in der Türkei leben. Also ist Türkei nicht nur das Land der Türken, sondern auch der Kurden. Der Einfluss dieser ethnischen Gruppe auf das politische Bild des Staates war und bleibt gravierend und wird in dieser Arbeit noch betrachtet.

Man kann sagen, dass die Türkei zwischen unterschiedlichen Welten liegt und als Tor/Ausgang in beide Richtungen gilt. Und die Frage, in welche Richtung, bildlich gesagt, die Türkei lenken wird, bleibt offen.

Nachdem die mittelalterlichen Selbstherrschaften und Despotien der Vergangenheit verschwunden waren und die Verwaltungsformen der meisten entwickelten Staaten vorwiegend demokratisch geworden waren, wurde Politik zum Instrument der Befriedigung der Bedürfnisse der Bürger. Das politische System eines Staates spiegelte schon immer das Wesen eines Staates wider, die Charakteristik seiner Ziele und Bestrebungen. Es ist die Struktur, das Gerippe des Staates, das seine Philosophie äußert.

Die Enzyklopädie Britannica formuliert folgende Definition des politischen Systems: „Das politische System ist die Vielfalt der formalen rechtlichen Institutionen, die eine ‚Regierung‘ oder einen ‚Staat‘ bilden. Eine umfassendere Definition versteht den Begriff als vorgeschriebene Formen des politischen Verhaltens, nicht nur die rechtliche Organisation des Staates, sondern auch die Realität, wie der Staat funktioniert. Das politische System wird betrachtet als eine Reihe von ‚Prozessen der Interaktion‘ oder als das Subsystem des sozialen Systems der Interaktion mit anderen unpolitischen Subsystemen, wie zum Beispiel das ökonomische System.“⁶⁹

Die Parteien erweisen sich als die wichtigsten Akteure des politischen Systems. Die Tätigkeit der politischen Parteien bestimmt den Zustand der Demokratie im Land und charakterisiert das Volk oder die Völkergruppen.

„Partei bezeichnet eine auf Dauer angelegte Organisation politisch gleichgesinnter Menschen. Parteien verfolgen bestimmte wirtschaftliche, gesellschaftliche etc. Vorstellungen, die (i. d. R.) in Parteiprogrammen festgeschrieben sind, sowie das Ziel, Regierungsverantwortung zu übernehmen“⁷⁰

Eine weitere Definition klärt diesen Begriff noch besser: „Politische Parteien sind organisierte Zusammenschlüsse gleichgesinnter Staatsbürger zur Förderung gemeinsamer politischer Anliegen in Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen über öffentliche Angelegenheiten.“⁷¹

Die Parteien sind die wichtigsten Verbindungsglieder zwischen den Bürgern und dem demokratischen Staat. Diese vermittelnden Organisationen können durch keine andere gleichwertige Alternative ersetzt werden.⁷²

⁶⁹ <http://www.britannica.com/EBchecked/topic/467746/political-system>

⁷⁰ <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17992/partei>

⁷¹ http://www.ipw.unibe.ch/unibe/wiso/ipw/content/e2425/e2426/e93619/e95082/files101684/Armingeon-ParteienundVerbnde_ger.pdf, S.1

⁷² Ebd.

Die politischen Parteien kämpfen in Wahlen um ihre Macht und setzen ihre Ziele in der Praxis im Parlament um. Sie sind Vereinigungen von Bürgern mit ähnlichen politischen Zielen. Die durchschnittlichen Parteien erfüllen solche wichtigen Funktionen.⁷³

❖ Erstens suchen die Parteien die Menschen aus, die in ihrem Auftrag in den Parlamenten und staatlichen Organen Entscheidungen treffen. Man kann sagen, dass sie das Personal rekrutieren. Deswegen spricht man von *Rekrutierungsfunktion*.⁷⁴

❖ Zweitens sammeln die Parteien verschiedene Interessen/Bedürfnisse der Bürger und leiten sie weiter, damit diese Interessen durch die politischen Mittel realisiert werden können. Im Lateinischen heißt „sammeln“ oder „anhäufen“ „aggregare“, deswegen wird diese Funktion als *Aggregationsfunktion* bezeichnet.

❖ Drittens sorgen die Parteien dafür, dass die Macht in einem Staat rechtmäßig ausgeübt wird, und sie kümmern sich um die Akzeptanz der politischen Ordnung. Darin besteht ihre dritte Funktion: Sie legitimieren die Machtausübung (*Legitimationsfunktion*).

Außerdem stellten einige Wissenschaftler noch weitere Funktionen der Parteien für die Bürger und den Staat fest. Unter anderem kann man folgende zusätzliche Funktionen nennen:⁷⁵

❖ Informative und sozialisierende Funktion (die Parteien informieren die Bürger über die aktuellsten Fragen in der Gesellschaft).

❖ Der Einfluss der Parteien gibt den Bürgern die Möglichkeit, ihre Identität in einer sozio-kulturellen Gruppe zu identifizieren. Auf solche Weise wird die kollektive Identität gebildet.

❖ Mobilisierungsfunktion: Sie kommt besonders deutlich bei den Wahlen zum Vorschein.

⁷³ <http://www.politik-lexikon.at/politische-partei/>

⁷⁴ Ebd.

⁷⁵ http://www.ipw.unibe.ch/unibe/wiso/ipw/content/e2425/e2426/e93619/e95082/files101684/Armingeon-ParteienundVerbnde_ger.pdf, S.4

- ❖ Regierungsbildende Funktion: Diese besteht darin, dass ohne die Tätigkeit der Parteien (Arbeit der Opposition/Koalition) keine stabile arbeitsfähige Regierung entstehen kann.
- ❖ Sozial integrierende Funktion. Normalerweise bieten die Parteien ihren Mitgliedern Geselligkeit und soziale Integration an.

Das Gefüge mehrerer Parteien und ihre Interaktionen nennt man Parteisystem.⁷⁶ Die Parteimitglieder kann man mit Wachmännern vergleichen, die die Demokratie bewachen.

Ohne politische Parteien ist eine demokratische Ordnung nicht denkbar. Die Entwicklung des Parteisystems in einem Land schildert die Qualität der Demokratie und stellt die gesellschaftlichen Bedürfnisse dar. Deswegen ist die Gestaltung eines Parteisystems für die Charakteristik eines Staates von großer Bedeutung.

Die Republik Türkei ist zurzeit eine parlamentarische Demokratie mit Mehrparteiensystem. Unter republikanischer Staatsform werden rationale, liberale, pluralistische Prinzipien verstanden.⁷⁷ Der Staat und die Religion sind voneinander getrennt, und die religiösen Gemeinschaften stehen unter der Kontrolle der staatlichen Behörden. Das ist das, was als Laizismus verstanden wird. An der Spitze des Staates steht der Staatspräsident; er wird vom Parlament – der Nationalversammlung – für fünf Jahre gewählt. Er bestimmt einen Ministerpräsidenten als Leiter der Regierung. Die Nationalversammlung ist das höchste gesetzgebende Organ, das aus 550 Sitzen besteht. Es ist ein Einkammerparlament. Die Wahlen erfolgen direkt und die Abgeordneten haben eine Amtszeit von vier Jahren.⁷⁸

Das politische System der Türkei entwickelte sich etappenweise und hat viele Änderungen erfahren. Der Weg zum modernen Staat war wirklich dornig und oft auch blutig. Dieser Werdegang geschah vorwiegend im 20. Jahrhundert, als die ersten Parteien entstanden sind. Doch auch die früheren Perioden der türkischen Geschichte haben ihre deutlichen Spuren hinterlassen und prägen noch heute die Situation im Land.

3.1 Entstehung der politischen Parteien in der Türkei

⁷⁶ Ebd., S.1

⁷⁷ <http://www.bpb.de/izpb/77033/ideologische-grundlagen-und-verfassungsrahmen>

⁷⁸ [http://www.laender-lexikon.de/Turkei_\(Politisches_System\)](http://www.laender-lexikon.de/Turkei_(Politisches_System))

Dieser Teil wurde in den vier Unterteilen bearbeitet. In jedem Teil wird mehr über das gewisse Zeitraumbesprochen. In dem Teil, in dem man wird mehr über die Geschichte der Türkei und Entstehung der politischen Parteien in der Türkei verstehen.

3.1.1 Vorparlamentarische Periode im Osmanischen Reich

Viele Jahrhunderte blühte das Osmanische Reich, und es stellte eine ständige Gefahr für Europa und viele andere Staaten in Asien und Afrika dar. Das Osmanische Reich war eine typische Monarchie, deren Prinzipien noch aus dem Mittelalter stammten. An der Spitze stand der Sultan, in dessen Hand sich die größte Macht im Reich konzentrierte. Im 19. Jahrhundert blieb das System mehr oder weniger dasselbe. Der Staat war durch und durch traditionell.⁷⁹ Damals war er sehr weit von einer modernen Gestalt eines Staates entfernt. Es war keine Rede von gleichen Rechten und Pflichten der Bevölkerung. Die Bürger wurden in zwei Klassen geteilt. Zur ersten Klasse gehörten der Hof, sein Militär, die Bürokraten, die Richter und Verwalter. Sie waren von den Steuern befreit und konnten im Namen des Sultans die Macht über ihre Untertanen ausüben.⁸⁰ Die zweite Klasse galt als Unterklasse, dazu gehörten die anderen Muslimen, die Steuer zahlen sollten. Die größten nichtmuslimischen Gruppen (Christen, Juden) bildeten die sozialen Gemeinschaften, „die Millet“ hießen. Diese Gruppen litten unter schwierigen Steuerbelastungen und wurden oft vernachlässigt. Doch diese Gesellschaftsordnung konnte sich nicht lange halten. Die Zeit drängte und der Staat war gefordert, seine Strukturen zu modernisieren und sich an die Forderungen der Epoche anzupassen. 1843 wurde die Todesstrafe für den Abfall vom Islam abgeschafft.⁸¹ 1850 wurden am Hof des Sultans und an den Sitzen der Provinzgouverneure die beratenden Vertretungen der Untertanen gegründet. Damals wurden auch die Türkische Akademie und im Jahr 1854 die erste Universität gegründet.⁸² Der Staat reorganisierte sich allmählich, träge aber kontinuierlich. Man betrachtete die Geschichte des Osmanischen Reiches und seine Position in der Welt neu. Später entstand eine Gruppe, die Neuosmanen hieß. Die Angehörigen plädierten für keine islamische, sondern eine osmanische Nation. Die Angehörigkeit zu dieser Nation erforderte keinen Glauben, maßgeblich war nur die Anerkennung des osmanischen Vaterlands als Heimat. Auf diese Weise wurde die Idee eines territorialen Staates geboren. Diese Idee lag schon der Republik zugrunde.⁸³ Obwohl diese Gruppe vernichtet und aus dem Land vertrieben wurde, hat sie eine Rolle für die qualitativen

⁷⁹ Günter Seufert/Christopher Kubaseck 2006. Die Türkei. Politik, Geschichte, Kultur. 2. durchgesehene aktualisierte Auflage. Verlag C.H.Beck oHG, München 2006, S.69

⁸⁰ Günter Seufert/Christopher Kubaseck 2006. Die Türkei. Politik, Geschichte, Kultur. 2. durchgesehene aktualisierte Auflage. Verlag C.H.Beck oHG, München 2006, S.69

⁸¹ Ebd., S.70

⁸² Ebd., S.70

⁸³ Ebd., S.74

Änderungen im Reich gespielt. Als zum Beispiel 1876 der osmanische Staat unter dem Druck der europäischen Länder wegen der Aufstände der Balkanen stand, entstand eine sehr heikle Situation. Damals versammelten sich 40.000 Studenten in Istanbul.⁸⁴ Das waren schon kleine Schritte in Richtung Republik und Demokratie. Tatsächlich haben diese Geschehnisse den Ruck in eine neue Etappe – der konstitutionellen Monarchie – gegeben.

3.1.2 Übergang zur konstitutionellen Monarchie und die Anfänge des Parlamentarismus

1876 bestieg Sultan Abdülhamit II den Thron. Im September jenes Jahres berief er einen Beratungsausschuss (Meclis-i Mahsusa) ein, der aus 28 Mitgliedern bestand. Dieser Ausschuss arbeitete an einem Entwurf einer ersten Verfassung. Diese trat am 23. Dezember 1876 mit Zustimmung des Sultans in Kraft.⁸⁵ Das erste Parlament in der Geschichte des Osmanischen Reiches hieß Meclis-i Umumi und begann seine Arbeit am 19. März 1877. Es handelte sich um ein Zweikammerparlament. Die erste Kammer war das Abgeordnetenhaus, dessen Mitglieder wurden durch Wahlen gewählt. Interessant ist die Tatsache, dass bereits das erste Parlament zu zwei Fünfteln aus Nichtmuslimen bestand.⁸⁶ Die zweite Kammer des Senats wurde vom Sultan bestimmt. Die Senatsmitglieder nahmen ihre Ämter für die ganze Lebenszeit ein.⁸⁷ Nach der Verfassung hatte das Abgeordnetenhaus das Recht, die Minister ans Hohe Gericht zu verweisen. Das wurde für einige Verantwortliche der Fall. Aber danach löste der Sultan das Parlament auf.⁸⁸ Im Januar 1878 wurde das zweite Parlament gewählt, das bis Februar 1878 funktionierte. Es ging in die Geschichte des türkischen Parlamentarismus aufgrund der Absetzung eines Großwesirs ein. Danach löste der Sultan das Parlament wieder auf unbestimmte Zeit auf.⁸⁹

Im Juli 1908 wurde die Verfassung nach dem Erlass des Sultans wieder in Kraft gesetzt. Die Ursache war der Aufstand der Mitglieder des Komitees für Einheit und Fortschritt mit Unterstützung der militärischen Einheiten in Saloniki. Danach wurde nach den Wahlen das neue Parlament im Dezember 1908 eröffnet.⁹⁰ Nach den Ergebnissen der Wahlen hatte das Komitee für Einheit und Fortschritt die Mehrheit im Parlament. Doch wegen der sozialen

⁸⁴ Ebd., S.74

⁸⁵ <http://global.tbmm.gov.tr/index.php/DE/yd/icerik/12>

⁸⁶ Günter Seufert/Christopher Kubaseck 2006. Die Türkei. Politik, Geschichte, Kultur. 2. durchgesehene aktualisierte Auflage. Verlag C.H.Beck oHG, München 2006, S.75

⁸⁷ <http://global.tbmm.gov.tr/index.php/DE/yd/icerik/12>

⁸⁸ Ebd.

⁸⁹ Ebd.

⁹⁰ Ebd.

und politischen Spannungen konnte das Parlament seine Arbeit nicht fortsetzen und wurde von Abdülhamit entlassen.⁹¹

Im August 1909 wurden vom wieder zusammengerufenen Parlament die Änderungen der Verfassung angenommen. Diese sah nun vor, dass die Regierung und die Minister gegenüber dem Parlament verantwortlich sein sollten. Das Recht des Sultans, das Parlament aufzulösen, wurde wesentlich begrenzt.⁹² Trotz der Tatsache, dass die Verfassung von 1876 im Zeitraum von 1908 bis 1918 siebenmal geändert wurde, wurde damit eine gewisse Stabilität garantiert.

Im Ersten Weltkrieg kämpfte das Osmanische Reich auf der Seite Deutschlands und verlor. Als Folge dieser Niederlage wurde am 30. Oktober 1918 der Waffenstillstand von Mudros unterschrieben und das Reich zerfiel. Der Stillstand sah auch die Aufteilung des Territoriums des Landes zwischen den Alliierten vor. Dies war der Auslöser für die Gründung separatistischer Organisationen, deren Ziel die Vorbereitung eines allgemeinen Aufstands war.⁹³ Die Patrioten in Anatolien und Thrakien gründeten die Organisation „Gesellschaft zur Verteidigung der Rechte“, die nach Befreiungsmöglichkeiten für das Land suchten und einen nationalen Widerstand organisierten.

Die Besetzung der Stadt Izmir von den Griechen am 15. Mai 1919 wurde zum Wendepunkt in der türkischen Geschichte. Mustafa Kemal, der Inspektor der neunten Armee, zog von Istanbul nach Anatolien und ankerte am 19. Mai 1919 in Samsun. Dieses Ereignis markiert den Übergang des türkischen Staates von der Monarchie zur nationalen Souveränität.⁹⁴ Den Türken wurde klar, dass die nationale Freiheit nur dann erlangt werden konnte, wenn eine Vereinigung der Nation stattfindet. Danach wurden von zivilen und militärischen Behörden Demonstrationen veranstaltet. Aufgrund der zahlreichen Kongresse der Patrioten wurde das Amasya-Protokoll angenommen. Es galt als Grundlage der Volkssouveränität.⁹⁵ Das Motto der Patrioten lautete „die Freiheit des Volkes wird durch eigene Tatkraft und Entschlossenheit gerettet“. ⁹⁶

Am Erzurum-Kongress wurde die Notwendigkeit der Vereinigung der Patrioten im Kampf gegen die Feinde sowie das Zusammenkommen des Parlaments behandelt. Man erkannte die

⁹¹ Ebd.

⁹² Ebd.

⁹³ Ebd.

⁹⁴ <http://global.tbmm.gov.tr/index.php/DE/yd/icerik/12>

⁹⁵ Ebd.

⁹⁶ Ebd.

wichtige Rolle des Parlamentes für das Treffen wirksamer Maßnahmen. Es wurde auch das exekutive Organ gebildet. Mustafa Kemal Pascha wurde zu dessen Vorsitzenden gewählt.⁹⁷

Am Sivas-Kongress 1919 wurde die Grundlage des künftigen türkischen Staates gelegt.⁹⁸ Dieser Staat sollte auf der Souveränität des Volkes basieren. Der Staat sollte untrennbar sein, und die patriotischen Kräfte der Miliz sollten den Prozess verteidigen. Auf diesem Kongress wurde ein Repräsentativkomitee gewählt. Der Sultan wurde aufgefordert, die Tagung des Abgeordnetenhauses sofort zu verlassen. Das letzte osmanische Abgeordnetenhaus nahm am 20. Januar 1920 einen Nationalpakt an.⁹⁹ Dabei handelte es sich um ein Paket wichtiger Beschlüsse über den Verfassungscharakter.

Diese Beschlüsse haben die Alliierten sehr irritiert, und am 16. März 1920 wurde Istanbul von ihnen erobert. Der Sultan löste das Abgeordnetenhaus auf. Mustafa Kemal kündigte das Parlament mit außerordentlichen Befugnissen, dies war der Beginn der nationalen Widerstandsbewegung.¹⁰⁰

3.1.3 Atatürk-Ära

Mustafa Kemal Pascha kam in Ankara an und kündigte das Zusammentreffen des Parlamentes an, was am 23. April 1920 geschah. Das erste Gebäude des Parlaments wurde eröffnet. Es gab 92 Mitglieder des Abgeordnetenhauses und 232 Mitglieder der Vertretungen der „Gesellschaft zur Verteidigung der Rechte“. Aber auf der ersten Sitzung waren nur 115 Abgeordnete anwesend.¹⁰¹

Der Beschluss Nr. 1 über die „Organisationsweise der Großen Nationalversammlung der Türkei“ hat tatsächlich das Parlament als die „Große Nationalversammlung der Türkei“ verkündet. Die Große Nationalversammlung hatte nicht nur gesetzgebende Funktionen, sondern besaß auch exekutive Befugnisse.¹⁰² Mustafa Kemal Pascha wurde zum Parlamentspräsidenten gewählt. Es wurde auch ein vorläufiger siebenköpfiger Ministerausschuss gebildet. Das Ziel der Nationalversammlung war, das Land von fremden Mächten zu befreien.¹⁰³ Die Nichteinhaltung dieses Gesetzes beurteilte man als Hochverrat.

⁹⁷ Ebd.

⁹⁸ Ebd.

⁹⁹ Ebd.

¹⁰⁰ Ebd.

¹⁰¹ Ebd.

¹⁰² Ebd.

¹⁰³ <http://global.tbmm.gov.tr/index.php/DE/yd/icerik/12>

Mit dem Gesetz über die Wahl der Mitglieder des Ministerausschusses wurde ein auf die Gewalteneinheiten basierendes „Parlamentarisches Regierungssystem“ gegründet.¹⁰⁴

Die Große Nationalversammlung begann inzwischen mit den Vorbereitungen für eine neue Verfassung. Am 20. Januar 1921 wurde die neue Verfassung von der Nationalversammlung in Kraft gesetzt. Diese Verfassung bestand aus 24 Artikeln, die ersten neun Artikel beschrieben die Grundprinzipien des Staates.¹⁰⁵ Danach war die Souveränität des Staates uneingeschränkt und gehörte bedingungslos der Nation. Die Nationalversammlung erfüllte exekutive und legislative Funktionen. Der Parlamentspräsident, der von der Generalversammlung gewählt wurde, war Vorsitzender des Parlamentes und zugleich des Ministerausschusses.¹⁰⁶

Die ersten Verträge mit den Nachbarstaaten wurden unterschrieben. Durch den Vertrag mit Sowjetrussland am 16. März 1921 wurde der neu gegründete Staat anerkannt. Der Ankara-Vertrag vom 20. Oktober mit den Franzosen markierte das Ende des Krieges für die Türkei.¹⁰⁷

Im Friedensvertrag von Lausanne von 1923 erkannten alle Alliierten die Unabhängigkeit des neuen Staates der Türkei im Rahmen der bis heute bestehenden Grenzen an.¹⁰⁸

Die Elite unter der Führung von Mustafa Kemal hatte die Chance, die Türkei zu einem modernen Nationalstaat zu machen. Nach den Wahlen im April 1923 trat das Vertrauensproblem zwischen dem Parlament und der Regierung auf. Die Regierung sollte schließlich abtreten. Um die Machtücke zu schließen, hatte Mustafa dem Parlament vorgeschlagen, eine Republik auszurufen. Das geschah am 29. Oktober 1923.¹⁰⁹ Kemal Pascha wurde zum Staatspräsidenten gewählt. Diese Situation führte zu Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern des Kalifats und des Parlamentes. Diese Konfrontation endete mit der Aufhebung des Kalifats am 3. März 1924.¹¹⁰

¹⁰⁴ Ebd.

¹⁰⁵ Ebd.

¹⁰⁶ Ebd.

¹⁰⁷ Ebd.

¹⁰⁸ http://home.muenster.net/~hag/Schueleraustausch_HAG_Lengerich-DS_Istanbul/Schuelermaterialien/geschichte_der_tuerkei.htm#II. Niedergang des osmanischen Reiches bis Beginn der Republik

¹⁰⁹ <http://global.tbmm.gov.tr/index.php/DE/yd/icerik/12>

¹¹⁰ Ebd.

Ein sehr wichtiger Punkt in der türkischen Geschichte ist die Verfassung von 1924. Sie fixierte das Staatsprinzip der Republik und verankerte die Volkssouveränität als Grundlage des Staatssystems.¹¹¹ Die Versammlung besaß immer noch die legislativen und exekutiven Befugnisse. Diese Verfassung proklamierte eine ganze Reihe an zivilen und politischen Freiheiten und Basisrechten der Menschen, zu denen zum Beispiel die Gleichheit vor dem Gesetz, die Gewissens- und Religionsfreiheit sowie die Meinungsfreiheit gehören.¹¹²

Mustafa Kemal war der Führer der am 9. September 1923 gegründeten Volkspartei (CHP).¹¹³ Sie galt als Staatspartei der Elite der Beamtenschaft und des Militärs. Dabei war Mustafa Kemal der gemeinsame Nenner.¹¹⁴ Die CHP ist die älteste aktive Partei des Landes. 1935 wurde sie in Republikanische Volkspartei umbenannt.¹¹⁵ Diese Partei war personell und inhaltlich die Nachfolgerin der Gesellschaft zur Verteidigung der Rechte von Rumelien und Anatolien, die in demselben Jahr aufgelöst wurde. Deutsche Sozialdemokraten hatte Einfluss auf die Führer dieser Bewegung.¹¹⁶ Diese Partei galt bis 1945 als einzige vollkommen funktionierende Partei.¹¹⁷

Die Partei war zur Realisierung der Politik von Mustafa Kemal gedacht. Bis heute erinnern die sechs Pfeile auf der Parteiflagge daran, sie symbolisieren die sechs Prinzipien des „Kemalismus“: Republikanismus, Nationalismus, Populismus, Etazismus, revolutionärer Reformismus und Laizismus. Diese Prinzipien wurden 1937 in die Verfassung aufgenommen.¹¹⁸

❖ Das erste Prinzip des Republikanismus meinte die Regierungsform der Republik, die Türkei sollte keine Monarchie sein.¹¹⁹ Dieses Prinzip drückte die Volkssouveränität als Basis aller politischen Entscheidungen aus. Es verkörperte auch die Absage an eine personale Herrschaft des Osmanischen Reiches, wie sie mit der Figur des Sultans verbunden war.¹²⁰ Zugleich wurde damit angedeutet, dass das Volk im politischen Prozess kein Gewicht besaß, denn im Parlament wurden alle Entscheidungen getroffen.

¹¹¹ Ebd.

¹¹² <http://global.tbmm.gov.tr/index.php/DE/yd/icerik/12>

¹¹³ http://www.chp.org.tr/en/?page_id=67

¹¹⁴ [http://www.giga-](http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/archiv/duei_arbeitspapiere/ap_14_0306.pdf)

[hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/archiv/duei_arbeitspapiere/ap_14_0306.pdf](http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/archiv/duei_arbeitspapiere/ap_14_0306.pdf), S.1

¹¹⁵ http://www.chp.org.tr/en/?page_id=67

¹¹⁶ <http://turkishpress.de/de/heute/die-republikanische-volkspartei-chp-wird-gegruendet/4834>

¹¹⁷ Ebd.

¹¹⁸ <http://global.tbmm.gov.tr/index.php/DE/yd/icerik/12>

¹¹⁹ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8946892.html>

¹²⁰ <http://www.bpb.de/izpb/77030/vom-reich-zur-republik-die-kemalistische-revolution?p=3>

- ❖ Unter Nationalismus verstand man die unteilbare Einheit von Staatsgebiet und Staatsvolk. Dieses Prinzip war Ausdruck des Gefühls der Zusammengehörigkeit der Türken.¹²¹
- ❖ Das Prinzip des Populismus sah die Gleichheit aller Menschen ohne Berücksichtigung der Rasse, Sprache oder Religion. Eine populistisch ausgerichtete Gesellschaft ließ keine Klassengegensätze zu.¹²² Atatürk schloss jedoch die Herrschaft einer Klasse über die andere nicht aus. Praktisch wurden die Minderheiten der Türkei von der autoritären Einparteienherrschaft der CHP diskriminiert.¹²³
- ❖ Der Etazismus bedeutete nach Atatürk die Konzentration der Wirtschaft in der Hand des Staates. Das Prinzip sah jedoch keine Verstaatlichung der Produktionsfaktoren vor.
- ❖ Revolutionärer Reformismus sollte ein dynamischer Prozess der Transformation des Staates und der Gesellschaft sein.¹²⁴ Es bedeutete die kontinuierliche Modernisierungspolitik.¹²⁵
- ❖ Der Laizismus (oder Säkularismus) sah die Trennung des Staates von der Religion vor. Der Begriff kommt aus Frankreich.

„Laizismus ist die Mitte des 19. Jahrhunderts in Frankreich entstandene Bezeichnung für eine politische Bewegung, die sich gegen jeden Einfluss des Klerus auf Staat, Kultur und Erziehung wendet, sich für die Trennung von Staat und Kirche ausspricht und die Kirchen in den rein sakralen Bereich zurückdrängen will.“¹²⁶

Man muss anmerken, dass die Prinzipien des Etazismus und des Revolutionismus erst im Jahr 1935 zu den anderen Basisprinzipien hinzugefügt wurden.¹²⁷ Bis dahin gab es nur vier.

Mustafa Kemal ist eine der herausragenden Figuren in der türkischen Geschichte. Er hat die Staatsstruktur grundsätzlich geändert und auf ein anderes Fundament gestellt. Die dankbare

¹²¹ Ebd.

¹²² <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8946892.html>

¹²³ <http://www.bpb.de/izpb/77030/vom-reich-zur-republik-die-kemalistische-revolution?p=3>

¹²⁴ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8946892.html>

¹²⁵ <http://www.bpb.de/izpb/77030/vom-reich-zur-republik-die-kemalistische-revolution?p=3>

¹²⁶ <http://www.wissen.de/lexikon/laizismus?keyword=Laizismus>

¹²⁷ http://www.chp.org.tr/en/?page_id=67

Nation hat ihn ab 1934, noch zu seinen Lebzeiten, als „Atatürk“ – „Vater der Türken“ verehrt.¹²⁸

Man kann erahnen, dass die Volkspartei um ihn konzentriert wurde und zur Gänze von ihm als großer Autorität abhing. Dieses Merkmal wurde auch für die anderen türkischen Parteien typisch. An dieser Stelle kann man auch herausstreichen, dass im Großen und Ganzen der personenbezogene Aufbau eine der bemerkenswerten Besonderheiten der Parteien in der Türkei in allen Entwicklungsperioden ist.¹²⁹ Eine zweite wichtige Besonderheit ist die Kontinuität trotz zahlreicher Auflösungen und Neugründungen der Parteien. Ein weiteres Merkmal ist, dass die Parteiprogramme meistens nur eine sekundäre Rolle für die Parteien spielen.¹³⁰ Die türkischen Parteien verfolgen keine langfristigen Ziele, sie handeln je nach aktueller Situation in der Gesellschaft. Sehr oft kommt es so vor, dass die Parteien mit der Person des Vorsitzenden identifiziert werden. Nicht selten werden sie auch als ihr Eigentum wahrgenommen. Es ist typisch, dass der Name des Vorsitzenden viel bedeutsamer ist als die Ideologie oder das, was im Parteiprogramm steht.¹³¹

Die Volkspartei von Atatürk (später die Republikanische Volkspartei) war die erste Staatspartei und bestimmte die ganze Politik. Ihre Rolle für die Entwicklung der Türkei ist kaum zu überschätzen. Oft wird die Politik von Kemal als „kemalistische Kulturrevolution“ bezeichnet.¹³² Sie war gekennzeichnet durch die Zerstörung alter Traditionslebensweisen; zum Beispiel wurden neue Kopfbedeckungsregeln eingeführt, alle Derwisch-Konvente wurden geschlossen, zum Neujahr 1926 wurden das internationale Kalender- und Uhrzeitsystem sowie die Jahreszählung nach Christi Geburt eingeführt, ein Zivilgesetzbuch wurde angenommen (nach dem schweizerischen Muster), Ehen mussten staatlich registriert werden, Ehen, die nur in religiöser Form geschlossen wurden, wurden nicht anerkannt, die Polygamie wurde als öffentlich-rechtliches Ehehindernis verkündet und die lateinische Schrift wurde eingeführt.¹³³

Dank der Tätigkeit der Republikanischen Volkspartei hat die Türkei, auch wenn die Partei in vielerlei Hinsicht autoritär agierte, in allen Bereichen sowie auch auf der internationalen Bühne Fortschritte gezeigt (die Entwicklung der Wirtschaft wurde beschleunigt, in der Außenpolitik wurde zum Beispiel die türkische Souveränität über die Meerengen

¹²⁸ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8946892.html>

¹²⁹ Ebd., S.3

¹³⁰ Ebd., S.3

¹³¹ Ebd., S.3

¹³² http://www.politische-bildung.de/niedersachsen/weg_tuerkei.pdf, S.10

¹³³ http://www.politische-bildung.de/niedersachsen/weg_tuerkei.pdf, S.10-11

wiederhergestellt; die sichere Haltung bezüglich der nationalen Interessen gegenüber den wichtigsten internationalen Spielern Frankreich, Großbritannien, und Russland wurde deklariert; die griechisch-türkischen Beziehungen wurden verbessert usw.)¹³⁴

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Republik Türkei aus dem nationalen Befreiungskampf und den Reformen von Atatürk als ein autoritäres politisches System mit „europäischem Aussehen“ hervorgegangen ist. Das türkische Regime unterschied sich wesentlich von den totalitären Regimen in Europa jener Zeit, es verzichtete auf eine Gleichschaltung der Gesellschaft.¹³⁵

Die Republikanische Volkspartei verschaffte der politischen Denkweise der Nation den Durchbruch und startete damit eine neue Epoche in der Geschichte der Türkei. Aber eine republikanische Staatsform verlangt früher oder später auch eine Opposition, die nun entstand.

3.1.4 Entstehung des Mehrparteiensystems

Die Anfänge des Mehrparteiensystems finden sich noch in den 20er-Jahren. Der Auslöser für dessen Entstehung war die Abschaffung des Kalifats Anfang März 1924. Infolge dessen wurden auch die islamischen Schulen geschlossen und das Ministerium für religiöse Stiftungen aufgelöst. Das alles führte zu heftigen Reaktionen. Aus Protest vereinigte sich eine Gruppe von Abgeordneten, alle ehemalige Mitglieder der Volkspartei, zu einer neuen Partei.¹³⁶ Sie nannten sich Fortschrittliche Republikanische Partei. Das Programm der ersten türkischen Oppositionspartei wurde am 18. November 1924 veröffentlicht.¹³⁷

In einigen Punkten agierte diese Partei wie eine richtige oppositionelle Partei. Zum Beispiel in Fragen der Sicherung der öffentlichen Ruhe und der Unabhängigkeitsgerichte.¹³⁸ Die Regierungspartei nutzte den Aufstand im Südosten im Frühling 1925, der kurdische Ziele verfolgte, als Anlass, die Opposition zu zerschlagen. Im Rahmen dieser Gegenreaktion wurde die Pressefreiheit begrenzt und die Fortschrittliche Republikanische Partei verboten.¹³⁹ Damit war sie die erste verbotene Partei in der Türkei.

¹³⁴ Ebd., S. 11-12

¹³⁵ <http://www.bpb.de/izpb/77030/vom-reich-zur-republik-die-kemalistische-revolution?p=2>

¹³⁶ http://www.politische-bildung.de/niedersachsen/weg_tuerkei.pdf, S.10

¹³⁷ <http://global.tbmm.gov.tr/index.php/DE/yd/icerik/12>

¹³⁸ http://www.politische-bildung.de/niedersachsen/weg_tuerkei.pdf, S.10

¹³⁹ http://www.politische-bildung.de/niedersachsen/weg_tuerkei.pdf, S.10

Der nächste parteiliche Oppositionsschimmer tauchte im August 1930 auf. Damals wurde die neue Liberale Republikanische Partei gegründet. Der Vorsitzende war der frühere Ministerpräsident Fethi Bey.¹⁴⁰ Das Ziel der Partei war es nicht, das Machtmonopol der Volkspartei zu verhindern, sondern vielmehr die steigende Unzufriedenheit des Volkes zu reduzieren.¹⁴¹ Damit bestand die Opposition zur mehr zum Schein. Im Programm der Liberalen Republikanischen Parteien fanden sich die Forderungen, die Steuern zu reduzieren, die Bedingungen für das Auslandskapital zu verbessern, den Agrarkredit zu erhöhen und öffentliche Dienste bürgernah zu machen, und sie traten gegen die Einmischung des Staates in das Wirtschaftsleben auf, während die CHP etatistischen agierte.¹⁴² Diese Partei existierte nur drei Monate. Aufgrund von Beschuldigungen lösten die Oppositionellen ihre Partei im November 1930 auf. Trotz des Todes von Atatürk im Jahr 1938 gab es bis 1945 keine weiteren Versuche, weitere Parteien zu bilden.¹⁴³

Im Zweiten Weltkrieg nahm die Türkei eine neutrale Position ein, ihre Politik war nach innen gerichtet, Wahlen fanden regelmäßig statt. Nach dem Kriegsende begann in der Türkei ein Aufschwung in Wirtschaft und Politik.

Der Sieg der demokratischen Staaten im Zweiten Weltkrieg beeinflusste auch die Türkei maßgeblich. Sogar die Führung der Türkei redete über die Vorbereitung zum Mehrparteiensystem. Davon zeugten auch die Worte des Staatschefs İnönü Anfang November 1946 über die Ablehnung der Diktatur und darüber, der kemalistischen Reformpolitik einen demokratischen Charakter zu verleihen.¹⁴⁴ Das Volk war aber mit der wirtschaftlichen Situation unzufrieden. Die Versorgungslage während des Krieges war schlecht gewesen, und es waren Zeichen der Willkür der staatlichen Organe aufgrund der Einparteienherrschaft aufgetaucht. Besonders belastet hatten sich während des Krieges die Bauern gefühlt, denn 1943 wurde eine zehntähnliche Naturalabgabe eingeführt.¹⁴⁵ Die Bürger litten auch wegen der Bürokratie. Die Lebenshaltungskosten wurden im Vergleich zu 1939 um 100% erhöht. Der Index stieg auf 320 im Jahre 1944, zur gleichen Zeit ging der Index der Reallöhne auf 50 zurück.¹⁴⁶

Im Juli 1945 wurde die Nationale Entwicklungspartei gegründet, dies führte zur Gründung weiterer über 20 Parteien. Diese Periode kann man als Phase des tatsächlichen Übergangs

¹⁴⁰ <http://global.tbmm.gov.tr/index.php/DE/ycerik/12>, S.10

¹⁴¹ Ebd., S.11

¹⁴² Ebd., S.11

¹⁴³ Ebd.

¹⁴⁴ http://www.politische-bildung.de/niedersachsen/weg_tuerkei.pdf, S.13

¹⁴⁵ Ebd., S.13

¹⁴⁶ Ebd., S.13

zum Mehrparteiensystem betrachten. Aus dem Blickwinkel der heutigen CHP war dieser Übergang dank der weiteren Demokratisierung der Türkei nach dem Zweiten Weltkrieg möglich.¹⁴⁷

Infolge der gespannten Lage im Land wurde Anfang 1946 eine neue Demokratische Partei (DP) gegründet. An der Spitze dieser Partei standen Celal Bayar und Adnan Menderes. Ihr Programm basierte auf folgenden Forderungen:¹⁴⁸

- ❖ Einschränkung der unternehmerischen Rolle des Staates;
- ❖ Unterstützung des Privatunternehmertums;
- ❖ Förderung von Investitionen des Auslandskapitals;
- ❖ Erhöhung des Agrarkreditfonds;
- ❖ eine tolerantere Haltung gegenüber Religion.

In den ersten Wahlen erhielt die neu gegründete Partei nur 62 von 465 Sitzen.¹⁴⁹ Ungeachtet dessen übte ihr Programm eine große Wirkung auf die herrschende Regierung aus. Zum Beispiel sprach Präsident İnönü, der gleichzeitig auch Vorsitzende der Volkspartei war, sogar von der Opferung kemalistische Prinzipien zugunsten neuer Reformen. In der CHP ging schon die Rede von der Wiedereinführung des Religionsunterrichts und von der Abschaffung der „Dorfinstitute“.¹⁵⁰

Am 14. Mai 1950 fanden Parlamentswahlen statt. Die Ergebnisse waren überraschend. Die DP erlangte 53,3 % der Stimmen, damit erhielt sie 415 Sitze in der Nationalversammlung, während sich die Volkspartei mit 69 Sitzen begnügen musste.¹⁵¹ Das Land emanzipierte sich nun von der kemalistischen Bürokratie, und die neuen Kader fingen an, eine andere Politik zu betreiben. Diese Wende charakterisierte sich als antibürokratisch, antielitär und antiintellektuell. Das alles bedeutete aber nicht die Abschaffung des Kemalismus.¹⁵² Die Ankunft neuer Machtkräfte wirkte positiv auf die Entwicklung der Wirtschaft. Es wurde zum Beispiel der Kreditfonds erhöht und Mindestpreise für Agrarwaren gewährleistet. Die

¹⁴⁷ http://www.chp.org.tr/en/?page_id=67

¹⁴⁸ http://www.politische-bildung.de/niedersachsen/weg_tuerkei.pdf, S.13

¹⁴⁹ <http://global.tbmm.gov.tr/index.php/DE/yd/icerik/12>

¹⁵⁰ http://www.politische-bildung.de/niedersachsen/weg_tuerkei.pdf, S.13

¹⁵¹ <http://global.tbmm.gov.tr/index.php/DE/yd/icerik/12>

¹⁵² http://www.politische-bildung.de/niedersachsen/weg_tuerkei.pdf, S.13

Landwirtschaft wurde schnell mechanisiert, Anbauflächen wurden ausgeweitet. Man erntete Rekordmengen, sodass die Türkei in der Zeit des Korea-Kriegs zu einem bedeutenden Getreideexporteur wurde.¹⁵³

In den 50er-Jahren fand, kann man sagen, eine „Reislamisierung“ statt, die Rolle dieser Religion wurde von der Politik stark aufgewertet. Zum Beispiel wurden im staatlichen Rundfunk die Gebete in arabischer Sprache sowie der Religionsunterricht in den Schulen wieder eingeführt. Man kann sagen, dass die Bedürfnisse der „schweigenden Mehrheit“ befriedigt wurden. Dadurch konnte die Demokratische Partei neuerlich die Wahlen gewinnen. 1954 erreichten sie 56,6 % der Stimmen.¹⁵⁴ Diese Reislamisierung kontrastierte mit den außenpolitischen Bestrebungen der Türkei, wo sie die Positionen des Westens zu ihren eigenen zu machen versuchten. Am 18. Februar 1952 wurde die Türkei offiziell NATO-Mitglied. Aber noch davor half die Türkei den USA im Krieg in Korea (Soldaten wurden dorthin entsandt), im Gegenzug erließen die USA der Türkei die Schulden aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs.¹⁵⁵ 1951 wurde auf dem Territorium der Türkei die erste amerikanische Base „Incirlik“ aufgebaut.¹⁵⁶ Diese Tatsache sowie die Teilnahme am Marshall-Plan ließ die türkischen Linken später die DP beschuldigen, dass sie das Land dem US-Imperialismus unterworfen hätten.¹⁵⁷ Darüber hinaus erkannte die Türkei Israel diplomatisch an (1952), unterstützte Großbritannien und Frankreich bei ihrem Einsatz in Suez (1956) und stimmte der amerikanischen Intervention im Libanon (1958) zu. Die französische Politik in Algerien wurde von der Türkei als NATO-Mitglied ebenfalls gebilligt. Mit Zypern aber wurde der Konflikt noch vertieft.¹⁵⁸

Die türkischen Linken kritisierten die Demokratische Partei auch wegen der Repressionen gegen die Arbeiter- und Studentenorganisationen sowie gegen die Opposition. Die DP hatte ihrer Meinung nach sogar die Absicht, die CHP zu verbieten. Sie kritisieren auch die wesentlichen Verschlechterungen der allgemeinen Wirtschaftslage.¹⁵⁹ Das Land wurde allmählich zu einer zivilen Diktatur.¹⁶⁰

Das Parteiensystem der 50er-Jahre, obwohl es schon mehrparteiisch war, war charakterisiert durch die enge Verflechtung zwischen den Parteien und der Staatsverwaltung. Aber jetzt

¹⁵³ Ebd., S.14

¹⁵⁴ http://www.politische-bildung.de/niedersachsen/weg_tuerkei.pdf, S.14

¹⁵⁵ <http://www.anarchismus.at/texte-antimilitarismus/630-militarismus-und-patriarchat-in-der-tuerkei>

¹⁵⁶ Ebd.

¹⁵⁷ <http://www.nadir.org/nadir/periodika/widerstand/turksol2.htm>

¹⁵⁸ http://www.politische-bildung.de/niedersachsen/weg_tuerkei.pdf, S.14

¹⁵⁹ <http://www.nadir.org/nadir/periodika/widerstand/turksol2.htm>

¹⁶⁰ Ebd.

hatten die jeweiligen Regierungsparteien die Hauptpositionen in der Macht. Im Falle von Koalitionsregierungen wurden die Posten nach den Anteilen zwischen den Regierungspartnern vergeben.¹⁶¹

Eine wichtige Besonderheit der Parteien in der Türkei ist die relativ weit fortgeschrittene Institutionalisierung der politischen Parteien. Dieses Merkmal kam schon in 50er-Jahren ans Licht. Frederick Frey meinte, dass es in der Türkei um nichts als um Parteipolitik gehe.¹⁶² Er hat folgende Aussage über die Charakteristik der türkischen Politik der 50er-Jahre veröffentlicht:

„Innerhalb des Machtgefüges der türkischen Gesellschaft stellt die politische Partei das bedeutendste inoffizielle Bindeglied zwischen der Regierung und den einzelnen größeren Bevölkerungsgruppen dar, die ihr gegenüberstehen. [...] Man könnte sagen, dass sich die Türkei in genau dieser Hinsicht, nämlich im Hinblick auf ihre großen, einflussreichen, gut organisierten und bürgernahen Parteien auch institutionell von den anderen Nationen des Nahen Ostens unterscheidet, mit denen wir sie so häufig vergleichen.“¹⁶³

Also kann man feststellen, dass in der Periode von 1946 bis 1960 in der Türkei ein Zweiparteiensystem herrschte. Die Republikanische Volkspartei sicherte die Industrialisierung und Modernisierung der Wirtschaft, danach schufen sie die Voraussetzungen für die Entwicklung des Mehrparteiensystems. Die Demokratische Partei setzte diese Entwicklung fort. Diese Periode war kompliziert, und die Politik dieser Zeit wurde nicht von allen befürwortet. Unter diesen Umständen gewannen die gesellschaftlichen Bewegungen immer mehr an Bedeutung, und die Organisationsfähigkeit des türkischen Volkes erhöhte sich. Diese langsamen qualitativen Änderungen äußerten sich später durch die Entwicklung eines ganzen Netzes von Parteien. Diese Periode endete mit den dramatischen Geschehnissen in der Geschichte der Türkei.

¹⁶¹ http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/archiv/duel_arbeitspapiere/ap_14_0306.pdf, S.2

¹⁶² http://www.kas.de/wf/doc/kas_386-544-1-30.pdf, S.46

¹⁶³ Ebd., S.46

4 Vierter Teil: Politische Parteien in dem Jahren 1960 bis 1980

Um die Entwicklung der Parteien in der Türkei in den 60er- bis 80er-Jahre analysieren zu können, muss man zunächst die wichtigsten Grundlagen und Sachverhalte im Land in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht schildern. Das Parteiensystem der Türkei ging in eine neue Phase ein, diese nimmt einen besonderen Platz in der türkischen Geschichte ein. Darüber hinaus lässt sich dieser Zeitraum als eine Brücke zu einem neuen Entwicklungsweg, den wir heutzutage beobachten, darstellen. Diese Periode zeichnet sich durch eine ganze Reihe interessanter Erscheinungen in der türkischen Gesellschaft aus. Darüber hinaus tauchen neue Parteien auf.

4.1 Die Ursachen des Machtwechsels

Die Zeit, als die DP unter der Führung von Adnan Menderes in den Jahren 1950 bis 1960 an der Macht war, schien zuerst positiv und vielversprechend zu sein. Die Landwirtschaft wurde modernisiert und im Bereich der Wirtschaft kam es zu wesentlichen Liberalisierungen. Das verursachte jedoch eine hohe Arbeitslosigkeit besonders auf dem Lande.¹⁶⁴ Die türkische Wirtschaft stagnierte langsam. Das gab den Anstoß zu sozialen Unruhen. Die Opposition kritisierte dies ebenso wie den prowestlichen Kurs der Demokratischen Partei. Außerdem wurden Abweichungen von der Politik des Laizismus konstatiert. Aufgrund der starken Urbanisierung und Industrialisierung wurden die türkischen Bürger, die der Mittelschicht angehörten, innerhalb des Landes umgesiedelt. Dies löste eine politische Krise aus.¹⁶⁵

Der neuen Technokraten Elite stand eine traditionelle Elite der zivilen und militärischen Bürokratie gegenüber. Aufgrund der Entwertung der Währung erlitten jene Bürger, die fixe Einkommen hatten, große Verluste. Der Lebensstandard wurde gesenkt. Betroffen davon waren vor allem die Offiziere, Lehrer und Verwaltungsbeamten.¹⁶⁶ Diese Mängel in der Wirtschaft machten die Popularität der Macht zunichte. Das Regime verlor seine Autorität und das Vertrauen. Darüber hinaus trat die Regierung mit autoritären Mitteln gegen die Opposition auf. Deswegen erhoben sich die Presse, die Studentenschaft und die Intelligenz zur Bewahrung der kemalistischen Ideale. Dies war der Anstoß zum Kampf für die „lebendigen Kräften“ der Gesellschaft und führte zu von Straßenschlachten begleiteten Demonstrationen. Das zwang das Militär, sich direkt in die Situation einzumischen. Dabei

¹⁶⁴ <http://www.cap-lmu.de/themen/tuerkei/geschichte/nach-atatuerk.php>

¹⁶⁵ http://www.politische-bildung.de/niedersachsen/weg_tuerkei.pdf, S.14

¹⁶⁶ http://www.politische-bildung.de/niedersachsen/weg_tuerkei.pdf, S.14

ist zu betonen, dass sich die Offiziere als die Beschützer des Atatürk-Erbes fühlten, sie hielten es für notwendig, seine Ideale zu verteidigen.¹⁶⁷ Das war der Anfang des Staatsstreichs.¹⁶⁸

4.2 Der Putsch des Militärs – die Situation in den 60er-Jahren

Am 27. Mai fand der Putsch gegen die Regierung statt. Dabei wurden der Staatspräsident Celal Bayar, der Ministerpräsident Adnan Menderes sowie alle anderen Minister und Mitglieder der Demokratischen Partei verhaftet. Die Große Nationalversammlung wurde aufgelöst.¹⁶⁹

Dann wurde ein Komitee für die nationale Einheit gegründet, geführt wurde es von Alpaslan Türkeş. Alle Befugnisse des vorherigen Parlaments gingen nach der gültigen Verfassung auf das Komitee über. Dieses versuchte, einen bevorstehenden Bürgerkrieg zu vermeiden. Die „Einheit“ war grundsätzlich in zwei Gruppen geteilt: Eine Gruppe wollte lange an der Macht bleiben, die andere Gruppe (die Generäle, die ihre Posten zu verlieren fürchteten) vereinigte sich in einer Union der Streitkräfte. Zweiter verfolgte das Ziel, die Macht der Junta zu beschränken und damit einen Putsch zu verhindern. Diese gemäßigten Militärkräfte bildeten die Mehrheit und arbeiteten eine liberale Verfassung aus. Zuerst stießen sie auf Schwierigkeiten, da die ersten Verfassungsentwürfe nicht angenommen wurden. Daher wurde ein konstituierendes Parlament gegründet, das einen neuen Entwurf erarbeiten sollte. Das konstituierende Parlament bestand aus den Mitgliedern des Komitees der nationalen Einheit und dem Repräsentantenhaus. Zum Repräsentantenhaus gehörten die Beauftragten des Komitees, einige Mitglieder der Republikanischen Volkspartei und die Republikanische Bauern-Volkspartei sowie die Vertreter verschiedener Berufsorganisationen.¹⁷⁰

Am 9. Juli 1961 wurde der Entwurf schließlich genehmigt und im September durch eine Volksabstimmung mit 61,17% angenommen.¹⁷¹

Man muss hinzufügen, dass sich die Militärjunta auf die kemalistischen Prinzipien der CHP stützte. Aber sie verlor in den Augen der Bürger ihre Autorität als parteigebundene nationale Institution. Doch die Verfassung von 1961 kann man sicher zu ihren Verdiensten zählen.¹⁷²

¹⁶⁷ [http://www.giga-](http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/archiv/duel_arbeitspapiere/ap_14_0306.pdf)

[hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/archiv/duel_arbeitspapiere/ap_14_0306.pdf](http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/archiv/duel_arbeitspapiere/ap_14_0306.pdf), S.3

¹⁶⁸ http://www.politische-bildung.de/niedersachsen/weg_tuerkei.pdf, S.14

¹⁶⁹ <http://global.tbmm.gov.tr/index.php/DE/yd/icerik/12>

¹⁷⁰ Ebd.

¹⁷¹ Ebd.

¹⁷² http://www.politische-bildung.de/niedersachsen/weg_tuerkei.pdf, S.14

Die neue Verfassung sicherte ein parlamentarisches System. Das Parlament hatte zwei Kammern und bestand aus der Nationalversammlung und dem Republikanischen Senat. Die gesetzgebenden Funktionen lagen in der Hand der Nationalversammlung, und der Republikanische Senat erfüllte die exekutiven Aufgaben, nicht der Präsident oder der Ministerrat. Die Verfassung sah auch die Gründung eines Verfassungsgerichtes sowie zahlreiche Grundrechte und Pflichten der Bürger vor. Die Verfassung von 1961 regulierte die ökonomischen und sozialen Rechte und Pflichten und bestätigte die demokratischen, sozialen Prinzipien.¹⁷³ Die Verfassung sah vor, dass in Zukunft kein Machtmonopol mehr entstehen könne. Dies waren gute Voraussetzungen für die Gründung der elf neuen Parteien, darunter solche Parteien wie die Neue Türkei und die Nationale Tätigkeit. Diese Parteien schafften es zwar nicht, die 5%-Hürde zu nehmen, aber sie erhielten viele Stimmen von ehemaligen DP-Anhängern. Die kommunistischen und religiösen Parteien waren nach der neuen Verfassung verboten.¹⁷⁴

In manchen Provinzen, den Hochburgen der Demokratischen Partei, wurde die Verfassung abgelehnt. Nach dem Referendum wurden drei Führer der alten Macht hingerichtet. Das verursachte unterschiedliche Reaktion in der Gesellschaft.¹⁷⁵ Die Militärherrscher betrieben eine loyale Politik, das half, einen Putsch zu vermeiden. Im März 1962 wurde noch ein Organ, der Rat für Nationale Sicherheit, gegründet. Es sollte neben der Regierung tätig sein bzw. sogar als deren Kontrollorgan agieren. Der Vorsitzende war der amtierende Staatspräsident, General Cemal Gürsel. Unter seiner Führung übten die Generäle und Minister eine beratende Funktion für die Regierung aus. Später wurde diesem Nationalen Sicherheitsrat eine wichtige Rolle in der Politik des Landes zugeschrieben.

Im Laufe der Zeit kehrte die Türkei zum geregelten Parlamentarismus zurück.¹⁷⁶ In den Wahlen 1961 obsiegte die CHP, die sich damals als „linkes Zentrum“ positionierte.¹⁷⁷ Sie hatte keine überlegene Mehrheit und sollte eine Koalition mit der Gerechtigkeitspartei (AP) bilden.¹⁷⁸ Dabei handelte es sich um eine Nachfolgerin der DP, ihr Vorsitzender war Süleyman Demirel. Nach ein paar Jahren mit verschiedenen Koalitionen hat schließlich die Gerechtigkeitspartei die Wahlen im Oktober 1965 gewonnen.

¹⁷³ <http://global.tbmm.gov.tr/index.php/DE/yc/icerik/12>

¹⁷⁴ <http://www.janda.org/ICPP/ICPP2000/Countries/7-MiddleEastNorthAfrica/78-Turkey/Turkey63-00.htm>

¹⁷⁵ http://www.politische-bildung.de/niedersachsen/weg_tuerkei.pdf, S.15

¹⁷⁶ Ebd., S.15

¹⁷⁷ http://www.chp.org.tr/en/?page_id=67

¹⁷⁸ <http://www.cap-lmu.de/themen/tuerkei/geschichte/nach-atatuerk.php>

Unter Demirel wurde keinen Neuerungen eingeführt: Seine Regierung setzte die Industrialisierung im Staat fort.¹⁷⁹ Dabei muss man präzisieren, dass die Wirtschaft vorwiegend importorientiert war, die meisten Industrieerzeugnisse wurden aus dem Ausland importiert. Man wollte nun etwas unternehmen, um die eigenen Produzenten auf dem Binnenmarkt zu schützen. Dank der starken und umfassenden Industrialisierung wurden viele Haushaltsgeräte in der Türkei bei einheimischen Betrieben erzeugt. Doch die Rohstoffe und Technologien wurden wie früher importiert. Exportieren konnte die Türkei nur die landwirtschaftlichen Produkte. Da der Bedarf an diesen Gütern jedoch zunehmend stagnierte, ergab sich in der Türkei schnell ein Zahlungsbilanzdefizit.¹⁸⁰ Der Ausweg aus dieser Situation fand sich unerwartet leicht. Die Türkei begann Arbeitskräfte „zu exportieren“. Das Land verfügte über diese Ressource im Überfluss, denn die Bevölkerungszahl wuchs rasch. 1963 wurde ein Abkommen von Ankara unterzeichnet, das die Grundlage der Arbeitsmigration der Türken legte. In erster Linie zogen die Arbeiter nach Deutschland, Frankreich, Dänemark und in andere entwickelte europäische Länder. Auf diese Weise wurde zugleich das Problem der Arbeitslosigkeit gelöst. Die im Ausland verdienten Mittel wurden zur Deckung des Zahlungsbilanzdefizits benutzt.¹⁸¹

Die Türkei entwickelte sich auch im Bereich der Kultur sowie in politischer Hinsicht. Als Beispiel dient die Tatsache, dass marxistische Literatur und linke Organisationen erlaubt wurden.¹⁸²

Immer noch wichtig war die Frage der strukturellen Unterentwicklung. Zur Lösung dieses und anderer sozialer Probleme setzte sich die Jugend aktiv ein, und zwar in Form von Protesten gegen Militarismus, den Vietnam-Krieg sowie gegen die NATO-Mitgliedschaft der Türkei. Es wurden radikale Jugendorganisationen gegründet; diese linken Strömungen in der Gesellschaft verursachten wiederum rechte Reaktionen der national orientierten Bürger. Das trug zur Entstehung der Nationalen Aktionspartei (MHP) bei, an deren Spitze Türke stand.¹⁸³ Von der rechten Seite wurde im Jahr 1970 die Nationale Ordnungspartei gegründet, diese war islamitisch und gilt als Vorgängerin der Nationalen Heilspartei (MSP) sowie der Wohlfahrtspartei (RP).¹⁸⁴ Der Führer der Partei war Necmettin Erbakan.

4.3 Die Entwicklung in den 70er-Jahren – die zweite militärische Einmischung

¹⁷⁹ http://www.politische-bildung.de/niedersachsen/weg_tuerkei.pdf, S.15

¹⁸⁰ http://www.politische-bildung.de/niedersachsen/weg_tuerkei.pdf, S.15

¹⁸¹ Ebd., S.15

¹⁸² Ebd., S.15

¹⁸³ Ebd., S.15

¹⁸⁴ Ebd., S.16

Ende der 60er-Jahre wurden die extremistischen Bewegungen immer aktiver. Aus diesem Grund mischten sich die türkischen Generäle wieder in die Politik ein. Eine ihrer Hauptforderung war eine starke und konsequente Regierung, um umfassende Reformen durchzuführen. Für den Fall, dass die Regierung versagen würde, würde das Militär wieder einen Staatsstreich organisieren. Unter diesen Umständen trat Demirel zurück, seine Stelle nahm Nihat Erim ein, ein konservativ-kemalistisch geprägter Politiker. Seine Regierung begann die existierende Verfassung zu ändern, am 12. März 1971 wurde die neue Verfassung angenommen, die bis 1980 in Geltung blieb.¹⁸⁵ Als Folge wurden viele demokratische Werte begrenzt oder abgeschafft, darunter die Freiheiten der Bürger, das Streikrecht der Arbeitnehmer, die Autonomie der Hochschulen, die Position des Verfassungsgerichts.¹⁸⁶ Darüber hinaus wurde die Verhängung des Kriegsrechtes auf den mit Kurden besiedelten Territorien verkündet. Danach wurden die Linken und die Liberalen verfolgt. Das Verfassungsgericht traf die Entscheidung, die islamistische Partei Erbakans aufzulösen. Im Juli 1971 wurde auch die sozialistische Arbeiterpartei (TIP) verboten.¹⁸⁷

Nach den Auseinandersetzungen innerhalb der Volkspartei verlor İnönü im Mai 1972 unter dem Druck von Bülent Ecevit, dem Kritiker der Militärmacht, die Kontrolle über seine Anhänger und verließ die Partei. Die CHP tendierte nun zunehmend in eine sozialdemokratische Richtung. Bei den Wahlen im Herbst 1973 bekam die Volkspartei die meisten Stimmen. Im selben Jahr wurde eine überraschende Koalition zwischen den Sozialdemokraten Ecevit und dem Islamisten Erbakan gebildet.¹⁸⁸ Man sprach in diesem Zusammenhang mit dieser Einheit von einem „historischen Kompromiss“, die zypriotische Krise machte diese jedoch wieder zunichte. Die Zypern-Frage war und blieb eine heikle in der türkischen Außenpolitik. Die orthodoxen Griechen hatten die Mehrheit auf der Insel und strebten einen Anschluss an Griechenland an. 1959 gelang unter Menderes eine provisorische Versöhnung zwischen der Türkei, Zypern und Großbritannien, und 1969 wurde Zypern unabhängig, wobei Großbritannien und die Türkei diesbezüglich eine Garantie abgaben. Dieser Frieden hielt nicht lange an. In den Konflikten von 1964 und 1967 zeigte die Türkei ihre Entschlossenheit, diesbezüglich einen Krieg gegen Griechenland zu entfesseln. Dank dem Einfluss der USA wagte es die Türkei jedoch nicht.

Nachdem die Regierung Makarios der zypriotischen Nationalgarde gestürzt worden war, reagierte die Türkei (Koalitionsregierung) blitzschnell und entschlossen: Im Juli 1974

¹⁸⁵ <http://global.tbmm.gov.tr/index.php/DE/yd/icerik/12>

¹⁸⁶ http://www.politische-bildung.de/niedersachsen/weg_tuerkei.pdf, S.16

¹⁸⁷ Ebd., S.16

¹⁸⁸ Ebd., S.16

landeten die türkischen Truppen auf der Insel und die Intervention begann.¹⁸⁹ Da Großbritannien sich passiv benahm und den Frieden nicht garantieren konnte, nutzte die Türkei diese Situation, um ihre Macht auf der Insel zu verfestigen. Zu jener Zeit versuchte Ecevit, vorzeitige Wahlen zu erzwingen, indem er die Koalition mit den Islamisten auflöste. Aber dieser Versuch schlug fehl, die anderen Parteien, die die Sozialdemokraten nicht unterstützt hatten, bildeten im Frühling 1975 eine Koalition unter der Bezeichnung „Nationalistische Front“, deren Führer Süleyman Demirel wurde.¹⁹⁰ Dieses Lager zeichnete sich vor allem durch seine Abneigung gegen eine Liberalisierung des politischen Lebens aus, vor allem den Kommunismus erachtete es als Gefahr für den Staat. Schon der Name „Nationale Front“ signalisierte ein Programm der Unterstützung und Stärkung der türkischen Kultur und Urwüchsigkeit.¹⁹¹ Es war sehr seltsam, dass die traditionell kemalistischen Eliten, die Offiziere und die zivile Bürokratie, mit der rechtskonservativen Vereinigung eine gemeinsame Sprache finden konnten.¹⁹²

Illegalen Organisationen, die nationalistisch oder antikommunistisch eingestellt waren, wurden vom Staat unterstützt. Außer den Linken litten auch die kurdischen Organisationen unter dieser Politik. Zu dieser Zeit wurde eine Doktrin der türkisch-islamischen Synthese entwickelt.¹⁹³ Diese sah die Versöhnung und Anpassung der Ansichten der islamistischen, panturkistisch-nationalistischen und kemalistisch-etatistischen Gruppierungen vor. Als Folge wurde ein „neokemalistisches“ Herangehen an die kulturellen und politischen Probleme des Landes gewählt. Die Richtlinien zur islamischen Solidarität wurden erlassen, diese Solidarität sollte zur Grundlage der nationalen Einheit werden.¹⁹⁴

Ende der 70er-Jahre begann im Land eine neuerliche politische Krise. Nach den Parlamentswahlen von 1977 waren die Abgeordneten nicht imstande, eine funktionsfähige Regierung zu bilden. Außerdem stand der Staat am Rande des „Defoltes“, es gab viele Terroranschläge, die Sicherheit im Staat war nicht mehr gewährleistet, und das Volk war mit der Tätigkeit der Politiker unzufrieden.¹⁹⁵ Diese Situation wurde dank der Geschehnisse entschärft, die im nächsten Teil erörtert werden.

Die Entwicklung des türkischen Parteiensystems in den 70er-Jahren war schon viel interessanter als jene in den vorhergehenden Perioden. Zusammenfassend ist bezüglich der

¹⁸⁹ Ebd., S.16

¹⁹⁰ Ebd., S.16

¹⁹¹ <http://www.cap-lmu.de/themen/tuerkei/geschichte/nach-atatuerk.php>

¹⁹² http://www.politische-bildung.de/niedersachsen/weg_tuerkei.pdf, S.16

¹⁹³ http://www.politische-bildung.de/niedersachsen/weg_tuerkei.pdf, S.16

¹⁹⁴ Ebd., S.16-17

¹⁹⁵ Ebd., S.17

Parteien Folgendes zu sagen: Ab diesem Jahrzehnt begann das Parteiensystem der Türkei institutionell zu verfallen, es fing auch an, sich zu fragmentieren und sich ideologisch zu polarisieren.¹⁹⁶ Das Verhalten der Wähler bei den Abstimmungen ließ sich schlecht voraussagen. Die Popularität der Parteien in der Gesellschaft schwankte sehr deutlich und mit großen Amplituden. Nach den Wahlen von 1973 und 1977 konnte man den Anschein eines fragmentierten Parlamentes bekommen. Keine Partei verfügte über eine Mehrheit, die zwei Parteien Republikanische Volkspartei und Gerechtigkeitspartei erhielten immer die meisten Stimmen.¹⁹⁷ Zusammen erreichten diese Parteien im Jahr 1973 63,1 %, und im Jahr 1975 78,8 % der Stimmen.

Die wichtigsten Merkmale des Parteiensystems der Türkei in den 70er-Jahren waren die Volatilität, die Fragmentierung und die ideologische Polarisierung. Der Begriff „Volatilität“ ist dem Bereich der Wirtschaft, und zwar dem Börsenwesen, entnommen. Verkürzt bezeichnet er die „durchschnittliche Stärke der Schwankungen von Wertpapier- und Devisenkursen, sowie Zinssätzen innerhalb eines bestimmten Zeitraums.“¹⁹⁸ Im Bereich der Politikwissenschaft versteht man unter Volatilität plötzliche Schwankungen der Stimmenanteile der Parteien im Vergleich zu den vorherigen Wahlen.¹⁹⁹

Eine genauere Vorstellung über die Parteien der Türkei der 70er-Jahre gibt uns der Fraktionalisierungsindex von Douglas Rae. Dieser trifft eine Aussage darüber, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass zwei zufällige Wähler nicht dieselbe Partei gewählt haben. Er lässt sich folgendermaßen berechnen: 1 minus die Summe aller quadrierten Anteile der Parteien im Parlament.²⁰⁰ Er gibt eine theoretische Wahrscheinlichkeit wieder und dient zur Charakteristik der Fragmentierung. Für ein Einparteiensystem würde er 0 betragen. Für die türkischen Parteien der 70er-Jahre lauten die Kennziffern wie folgt: Die Nationalversammlung von 1961 hat den Wert von 0,70; jene von 1965 einen Wert von 0,63; jene von 1969 einen Wert von 0,59; jene von 1973 einen Wert von 0,70 und jene von 1977 einen Wert von 0,60.²⁰¹ Diese Zahlen sind nicht sehr hoch und bezeichnen ein begrenztes gemäßigtes Mehrparteiensystem.

Eine weitere Entwicklung des Parteiensystems war die wachsende ideologische Polarisierung. Davon zeugt die Präsenz von Parteien wie der islamistischen Nationalen

¹⁹⁶ http://www.kas.de/wf/doc/kas_386-544-1-30.pdf, S.46

¹⁹⁷ Ebd., S.47

¹⁹⁸ <http://www.wissen.de/lexikon/volatilitaet?keyword=Volatilit%C3%A4t>

¹⁹⁹ http://www.kas.de/wf/doc/kas_386-544-1-30.pdf, S.47

²⁰⁰ http://www.ipw.unibe.ch/unibe/wiso/ipw/content/e2425/e2426/e93619/e95082/files101684/Armingeon-ParteienundVerbnde_ger.pdf, S.18

²⁰¹ http://www.kas.de/wf/doc/kas_386-544-1-30.pdf, S.47

Heilspartei und der ultranationalistischen Nationalen Aktionspartei.²⁰² Für jene Zeit war eine Reihe von kleineren, nicht dauerhaften und ideologisch zerstrittenen Koalitionen typisch. Diese waren nicht fähig, die politischen Richtlinien auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen und die Gewalt in der Gesellschaft und in der Politik zu verhindern. Dies führte zum Sturz des gesamten Systems.²⁰³

²⁰² Ebd., S.47

²⁰³ Ebd., S.48

5 Fünfter Teil: Die Entwicklung der Parteien in der Türkei nach 1980 bis heute:

5.1 „Neokemalistisches“ Wende und die Doktrin der türkisch-islamischen Synthese

Eine neuerliche Einmischung der Militärkräfte in die Staatsangelegenheiten erfolgte im Jahr 1980. Das war die logische Folge der unsicheren, gespannten und instabilen Politik der vorherigen Koalitionen. Dieser Eingriff entschärfte nicht nur die allgemeine Lage, sondern markierte auch eine gewisse Wende in der Geschichte der Türkei. Man spricht in diesem Zusammenhang von der „kemalistischen“ Wende. Sie zeichnete sich durch das Ziel der neuen Machthaber aus, in politisch-wirtschaftlicher Hinsicht weitere Anknüpfungen an die westliche Zivilisation zu verfolgen. Aber dies passierte nur nach außen hin, in Wirklichkeit verfolgte man weiterhin die Politik der „türkisch-islamischen Synthese“. ²⁰⁴

Der Putsch setzte die bestehende Verfassung außer Kraft. Die Parteien und die Regierung wurden aufgelöst, das Parlament hörte auf zu arbeiten. Vielen Politikern wurde es verboten, weiterhin ihre Posten zu bekleiden. ²⁰⁵ Die Militärführer veranstalteten eine provisorische „Konstituierende Versammlung“, diese bestand aus dem Nationalen Sicherheitsrat und der Beratenden Versammlung. Zwei Jahre lang bereiteten sie einen Entwurf für eine neue Verfassung vor, die schließlich am 7. November 1982 mit 91,37% der Stimmen angenommen wurde. ²⁰⁶

Diese Verfassung führte ein Einkammerparlament ein. Die exekutive Gewalt wurde verstärkt. Im Allgemeinen kann man das neue Grundgesetz mit der Verfassung von 1961 vergleichen und viel Gemeinsames finden. In der neuen Verfassung waren allerdings die Grundrechte und Pflichten noch deutlicher getrennt. ²⁰⁷

Die Türkei blieb eine Republik. Zu den wichtigsten Prinzipien des Staates gehörten die Gerechtigkeit, die Achtung der Menschenrechte, der Frieden der Gemeinschaft und die nationale Solidarität. Der Staat selbst sollte ein Rechtsstaat sein. In der Präambel stand, dass dieser demokratisch, laizistisch, sozial und, was wichtig ist, den Ideen von Atatürk treu sei. ²⁰⁸ Die Verfassung verkündete die Untrennbarkeit des Staatsgebietes und des Staatsvolkes, als Nationalsprache wurde die türkische bestimmt. Nationalflagge wurde die rote Flagge mit weißem Halbmond und Stern, und der „Unabhängigkeitsmarsch“ wurde zur

²⁰⁴ http://www.politische-bildung.de/niedersachsen/weg_tuerkei.pdf, S.17

²⁰⁵ <http://global.tbmm.gov.tr/index.php/DE/yd/icerik/12>

²⁰⁶ <http://global.tbmm.gov.tr/index.php/DE/yd/icerik/12>

²⁰⁷ Ebd.

²⁰⁸ Ebd.

Nationalhymne. Als Hauptstadt wurde Ankara bestimmt.²⁰⁹ Zu erwähnen ist auch, dass der islamische Religionsunterricht in den Schulen Pflicht wurde. Eines der Merkmale der Übergangsperiode war die Entpolitisierung des öffentlichen Lebens im Land. Alle der Regierung widersprechenden Parteien, Vereine, Gewerkschaften und Organisationen wurden verboten. Eine Ausnahme bildete der Gewerkschaftsbund Türk-İş. Alle Vereinigungen wie Berufskammern, Vereine und Stiftungen standen unter der starken Kontrolle der Behörden.²¹⁰ Ein starker bürokratischer, vom Staat wenig kontrollierbarer Apparat war entstanden,²¹¹ vor allem in den Bereichen des Hochschulwesens und der Medien. In den Schulen versuchte man die Kinder umzuerziehen: Man wollte bei den Menschen ein Gefühl des Patriotismus erzeugen, indem man die türkische Geschichte und Kultur betonte. Diese Propaganda vollzog sich auch in Form von Massenmedien. Dabei stand die Einheit des Nationalstaates an erster Stelle.²¹²

Das demokratische Potenzial war im Niedergang, die freiheitliche Ordnung im Land wurde langsam zerschlagen.²¹³ Das Parteileben wurde für einige Zeit ernstlich gebremst.

Die Militärputsche der 1960er- und vor allem der 1980er-Jahre waren mit ihrer Vernichtung des Parteiensystems und mit zahlreichen Beschränkungen Rückwärtsschritte in der Entwicklung der Parteien in der Türkei. Die Kontinuität dieses Prozesses wurde unterbrochen, aber nicht aufgehoben. Die Führer und Mitglieder der verbotenen oder aufgelösten Parteien versuchten immer wieder, neue Parteien zu gründen. Dabei benutzten sie zwar andere Namen, die Ideologien blieben aber dieselben.²¹⁴ Oft knüpften die neuen Parteien an bestimmte Führungspersonlichkeiten an. Dabei gilt als weitere Besonderheit der türkischen Parteien, dass viele aufgrund persönlicher Differenzen durch Abspaltungen von anderen Parteien gegründet wurden.²¹⁵

Das Regime führte viele Änderungen im Wahlsystem und im Parteiwesen ein, dies war Anlass für eine kleine Hoffnung auf die Wiedergeburt des echten Parlamentarismus in der Türkei. Aber um die Erweiterung und Entwicklung des Mehrparteiensystems ging es überhaupt nicht.

²⁰⁹ Ebd.

²¹⁰ <http://dergiler.ankara.edu.tr/dergiler/16/1121/13202.pdf>, S.42

²¹¹ <http://www.cap-lmu.de/themen/tuerkei/geschichte/nach-atauerk.php>

²¹² <http://global.tbmm.gov.tr/index.php/DE/ym/icerik/12>

²¹³ <http://dergiler.ankara.edu.tr/dergiler/16/1121/13202.pdf>, S.43

²¹⁴ <http://www.giga->

hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/archiv/duel_arbeitspapiere/ap_14_0306.pdf, S.3

²¹⁵ Cevat Kara. Die Entwicklung des Parteien- und Wahlsystems in der Republik Türkei. Studienarbeit. GRIN Verlag für akademische Texte., S.3

Der Übergangsartikel 4 der neuen Verfassung von 1982 verbot den ehemaligen Parteiführern, in den nächsten zehn Jahren in der Politik tätig zu sein. Dazu wurde die für die Türkei typische Tradition des Übertritts von einer Partei in eine andere verboten. Weiteres wurde vor der Wahl 1983 über die ehemaligen Parteigründer ein Veto verhängt, sie durften sich keinen Parteien anschließen. Dadurch schloss die Militärführung die Möglichkeit der Gründung einer Nachfolgerpartei einer bereits aufgelösten Partei aus.²¹⁶

Außerdem wurde ein Wahlgesetz verabschiedet, das das Verhältnissystem bei den Wahlen zwar weiterhin festschrieb, aber die Hürden drastisch erhöhte. So betrug die Kennziffer auf der nationalen Ebene 10 %, in den Wahlkreisen war diese noch höher, sie betrug je nach der Größe und der Wählerzahl zwischen 14,2 % und 50%.²¹⁷ Diese Einführung ließ den kleineren Parteien keine Chance, sich in der Nationalversammlung durchzusetzen. Die Absicht war, ideologisch ausgerichtete Parteien und andere kleinere, aber potenziell starke Konkurrenten aus dem Wahlrennen auszuschalten. Auf diese Weise wurde das Parteiensystem auf zwei bis drei Parteien begrenzt.²¹⁸

5.2 Die Parteien in der Periode von Özal

Die winzigen Errungenschaften der Militärmacht bargen trotzdem einen Schimmer demokratischer Ansätze. Der Demokratisierungsprozess war jedoch träge und dauerte viele Jahre.

Vor den Wahlen im Jahr 1983 wurden ein paar neue Parteien gegründet. Dabei sind in erster Linie die Nationalistisch Demokratische Partei, die Völkische Partei (populistische Partei, die nach der Meinung der Generäle oppositionell wirken sollte) und die Mutterlandspartei hervorzuheben. Am 6. November 1983 fanden die Wahlen statt.²¹⁹ Die Gewinnerin war die Mutterlandspartei mit Turgut Özal, einem zivilen Technokraten, an der Spitze Partei. Das Ergebnis waren 45% der Stimmen.²²⁰ Kenan Evren wurde zum neuen Staatspräsidenten. Die Mutterlandspartei vereinigte unter ihrem Flügel die Vertreter verschiedener ideologischer Lager: konservative, religiöse, nationalistische und wirtschaftsliberale.²²¹ Die Mutterlandspartei diente als Hochburg dieser Kräfte, bis die alten Politiker (solche wie

²¹⁶ [http://www.giga-](http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/archiv/duel_arbeitspapiere/ap_14_0306.pdf)

[hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/archiv/duel_arbeitspapiere/ap_14_0306.pdf](http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/archiv/duel_arbeitspapiere/ap_14_0306.pdf), S.3

²¹⁷ http://www.kas.de/wf/doc/kas_386-544-1-30.pdf, S.48-49

²¹⁸ Ebd., S.49

²¹⁹ <http://global.tbmm.gov.tr/index.php/DE/yd/icerik/12>

²²⁰ <http://www.turkdunya.de/de/tuerkei/verschiedenes/sehe.php3?site=parteiensystem>

²²¹ http://www.politische-bildung.de/niedersachsen/weg_tuerkei.pdf, S.17

Demirel, Ecevit, Erbakan, Türkeş) wieder ins politische Leben einstiegen. Das breite politische Spektrum deckte die Bedürfnisse der Wähler unter den Bedingungen des eingeschränkten Parlamentarismus.²²² Die Mutterlandspartei war eine liberal-konservative Partei (kurz: ANAP). Sie bildete die erste Regierung nach den Putschen der 60er- und 80er-Jahre. Die Mutterlandspartei hatte nach den politischen Säuberungen durch das Militär alle Trümpfe in der Hand, um ihre Politik durchzusetzen, weil es keine Opposition gab. Im Jahr 1987 wurden die politischen Verbote vom Militär wieder abgeschafft und damit kam es zu einer Wiedergeburt des Wettbewerbs des Parlamentarismus.²²³

Die Mutterlandspartei regierte fast zehn Jahre und zeichnete sich durch die Fortsetzung des neoliberalen Umbaus des Staates aus.²²⁴ Sie betrieb dieselbe Politik im Bereich der Ausgaben für die Löhne und die Subventionen der Landwirtschaft wie das Militärregime. Wichtige Reformen gelangen der ANAP hinsichtlich des Staatsapparats. Die institutionelle Umstrukturierung bedeutete den Verlust der starken Position der Bürokratie im Staat. Zugleich wurde die Rolle der exekutiven Organe immer bedeutsamer.²²⁵

Eines der Merkmale der Özal-Regierung war die spürbare Liberalisierung der Wirtschaft in der Türkei. Das ermöglichte es unter anderem, die Industrie in Richtung Export zu orientieren. Sie war also nicht mehr so stark von Importen abhängig. Die besten Chancen auf dem Weltmarkt hatte die Türkei damals in den Bereichen Textilien, Lederverarbeitung, Eisen und Stahl. Die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft blieb wie früher auf einem niedrigen Niveau. Aber die Schritte zur Verbesserung der Situation auf dem Land wurden in Gang gesetzt, und dank der entwickelten Stromerzeugungsnetze wurde die Industrialisierung sogar in den armen und desolaten Regionen des Landes durchgeführt. Dabei wurden wiederum Menschenrechte verletzt, und diese Tendenz nahm zu.

Sehr akut blieb das Problem der Kurden. Diese ethnische Gruppe lebte auf ihren ursprünglichen Territorien jahrhundertlang, sie führte eine nomadische Lebensweise und war in Stämme gegliedert. Ihre Gesamtzahl ist unklar, aber man schätzt, dass ca. 20 bis 40 Mio. Kurden in der Türkei leben. Die meisten von ihnen sind Muslime der sunnitischen Richtung (über 80%).²²⁶ Im 16. Jahrhundert versuchten die Safawiden die Kurden zu erobern, aber diese hielten sich an die sunnitischen Osmanen und gerieten auf diese Weise unter die Herrschaft dieses Reiches. Bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts kämpften die

²²² http://www.grundrisse.net/grundrisse30/Politik_der_AKP.htm

²²³ Ebd.

²²⁴ Ebd.

²²⁵ Ebd.

²²⁶ http://www.planet-wissen.de/politik_geschichte/voelker/kurden/index.jsp

Kurden mehrere Male für ihre Freiheit, aber vergeblich. Nach dem Ersten Weltkrieg unternahmen sie wiederum Versuche, einen unabhängigen Staat zu gründen, aber aufgrund der unklaren Positionierung des Völkerbundes und der Siegerstaaten kam es nicht zur Unabhängigkeit.²²⁷ In der Zeit von Atatürk hatten sie auch keinerlei Chancen, ihre nationalen Bestrebungen zu realisieren.

In den 80er-Jahren wurde der Kampf der kurdischen Aufständischen im Südosten des Landes noch intensiver. Die Kurden hatten ihre eigene Partei, deren Vorsitzender Abdullah Öcalan war. Die Partei hieß Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Diese Partei war nationalistisch und marxistisch eingestellt, ihr oberstes Ziel war die Gründung eines unabhängigen kurdischen Staates oder zumindest eines demokratischen autonomen Kurdistans innerhalb der Türkei, des Iraks und des Irans mit eigenen Verwaltungsorganen („nichtstaatlichen Administrationen“).²²⁸

1984 fassten die Anhänger dieser Bewegung einen historischen Beschluss: Die Befreiung Kurdistans sollte mit Waffengewalt erkämpft werden. Die bewaffneten Truppen trugen den Namen „Einheit zur Befreiung Kurdistans“. Dieser Name wies Parallelen mit der „Einheit zur Befreiung Vietnams“ auf. Damit postulierten die Aufständischen ihre Teilnahme am Kampf gegen globalen Imperialismus, Faschismus, Kolonialismus und ihr Eintreten für Demokratie, Sozialismus und Freiheit.²²⁹ Die Guerillabewegung zählte bereits nach ein paar Jahren über 30.000 Menschen. Blutige Kriege, in denen 35.000 Menschen getötet und 4000 Dörfer vernichtet wurden,²³⁰ führten dazu, dass die Existenz des kurdischen Volkes auf der ganzen Welt bekannt und bewiesen wurde. Wahrscheinlich hätte die Türkei im Laufe der Zeit diesen Aufstand mit eigenen Kräften unterdrücken können, aber damals stieß die Türkei auf die Abwehr des Westens, der eine politische Lösung dieser Frage forderte.

Außerdem wollte sich die Türkei den Weg zur Europäischen Gemeinschaft bahnen. Das zwang sie, sich den westeuropäischen Standards anzupassen. Als Beispiel dafür zeugt die Bereitschaft der Türkei, die irakischen Kurden nach dem Angriff mit chemischer Waffe im Jahr 1988 aufzunehmen.²³¹ Es lohnt sich zu erwähnen, dass sogar Özal selbst im Jahr 1991 für die Anerkennung kultureller Rechte der Kurden plädierte.²³² Der Zweck dieser Positionierung war es, die Türkei als eine Regionalmacht vorzustellen, die nach Frieden

²²⁷ http://www.planet-wissen.de/politik_geschichte/voelker/kurden/index.jsp

²²⁸ <http://doku.cc/pkk-arbeiterpartei-kurdistans.html>

²²⁹ <http://www.kurdmania.org/Content-Arbeiter-Partei-Kurdistans-PKK-item-63.html>

²³⁰ Ebd.

²³¹ http://www.politische-bildung.de/niedersachsen/weg_tuerkei.pdf, S.17

²³² Ebd., S.17

strebt. Das Kurden-Dilemma erschütterte jedoch weiterhin die Entwicklung des modernen türkischen Staates und wirkte auch auf die sozialen Schattierungen im Land.

Die 80er-Jahre waren reich an wichtigen Entwicklungen des Parteiensystems. Das politische Tauwetter begünstigte die Entstehung neuer Parteien, und die Entwicklung des Parteilebens wurde wieder in Gang gesetzt. Trotz der Herrschaft der Mutterlandspartei betraten neue Parteien die politische Bühne:

❖ Die Sozialdemokratische (Volks-)Partei (Führer: İsmet İnönü): Die Sozialdemokratische Partei kann als die Nachfolgepartei der Republikanischen Volkspartei betrachtet werden. Sie ist aus dem Zusammenschluss der Sozialen Demokratie-Partei (SODEP) und der Populistischen Partei (HP) entstanden.²³³

❖ Die Partei des Rechten Weges (oder nach anderen Quellen – die Partei des Richtigen Weges):²³⁴ Die konservativ-liberale Partei unter der Führung von Süleyman Demirel stand in der Tradition der Ideen der Gerechtigkeitspartei.²³⁵

❖ Die islamistische Wohlfahrtspartei (RP) vereinigte die Anhänger der Nationalen Heilspartei (MSP) von Necmettin Erbakan.

Diese Parteien nahmen an den Kommunalwahlen 1984 teil. Eine weitere Partei gründete 1985 die Frau von Bülent Ecevit, Rahsan Ecevit, und zwar die Partei der Demokratischen Linken (DSP).²³⁶ Erwähnenswert ist außerdem die Nationalistische Arbeiterpartei (Vorsitzender: Alparslan Türkeş).

Die Wahlen von 1987 waren ein wichtiger Schritt hinsichtlich der Erweiterung und Bereicherung des Parteiensystems der Türkei. Als Anregung dazu diente die Volksabstimmung am 6. September 1987, durch die das Parteienverbot für alte Parteien und ihre Führungspersonen aufgehoben wurde.²³⁷ Das ermöglichte die Rückkehr der populären Politiker der 70er-Jahre, aber auch die neu gegründeten Parteien gewannen immer mehr an Kraft, auch wenn sie zunächst nicht an den Wahlen teilnahmen.

²³³ http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/archiv/duel_arbeitspapiere/ap_14_0306.pdf, S.3-4

²³⁴ <http://www.zeit.de/1984/14/tuerkei-oezals-sieg-ueber-die-alten-parteien>

²³⁵ <http://www.turkdunya.de/de/tuerkei/verschiedenes/sehe.php3?site=parteiensystem>

²³⁶ http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/archiv/duel_arbeitspapiere/ap_14_0306.pdf, S4

²³⁷ <http://global.tbmm.gov.tr/index.php/DE/yd/icerik/12>

Die Mutterlandspartei erreichte 36% der Stimmen und wurde wieder die Nummer 1 im Parlament. Die Sozialdemokratische Volkspartei mit 25% und die rechtsliberale, konservative Partei des Rechten Weges mit 19% der Stimmen gingen in die Opposition.²³⁸ Die anderen Parteien schafften es nicht, die 10%-Hürde zu überwinden, darunter die Wohlfahrtspartei (WP) mit 7,2%, die Demokratischen Linken (PDL) mit 8,5% sowie die NAP mit 2,9%.²³⁹ Man konnte hier schon sehr klar die Überlegenheit der konservativ ausgerichteten Parteien in der Nationalversammlung sehen.²⁴⁰

5.3 Die politische Situation in den 90er-Jahren

In den 90er-Jahren erlebte das türkische Parteiensystem weitere Änderungen und verfolgte seinen dornigen Weg zur demokratischen Vervollkommenung. Dazu trugen einige Änderungen der Verfassung von 1982 bei. Im Jahr 1992 erlaubte das Parlament allen früheren, nicht durch die Verfassung verbotenen Parteien die Teilnahme am politischen Leben.²⁴¹ Also durften sich ehemalige Parteimitglieder einer neuen Partei anschließen. Innerhalb eines Jahres reichten neun Parteien einen Antrag auf Zulassung ein. Die Gerechtigkeitspartei wurde ein Teil der Partei des Rechten Weges; die Mitglieder der Partei der Nationalen Bewegung traten der Partei der Nationalen Arbeit bei, die ihrerseits ihren Namen in Partei der Nationalen Bewegung änderte. Die Republikanische Volkspartei wählte als neuen Vorsitzenden Deniz Baykal.²⁴²

Beschreibt man die Verfassungsänderungen, die die Entwicklung der politischen Parteien in der Türkei beeinflusst haben, sollte man auch die Änderung von 1995 erwähnen. Es wurde nämlich das Wahl- und Mitgliedsalter in den Parteien von 21 auf 18 Jahre gesenkt.²⁴³ Erlaubt wurde außerdem die Zusammenarbeit der Parteien mit Frauen-, Jugend- und Auslandsorganisationen, auch Lehrer und Studenten wurden zu den Parteien zugelassen. Wichtig war die Aufhebung des Verbotes des Parteientransfers von Abgeordneten. Von großer Bedeutung war auch, dass die Regel abgeschafft wurde, nach der die Parteimitglieder nach dem Verbot ihrer Partei nicht mehr Mitglieder des Parlamentes sein durften. Die Abgeordneten hatten gelernt, die Transferhindernisse zu umgehen, das Schema sah so aus: Ein Parlamentarier verließ eine Partei, gründete eine neue, löste diese wieder auf und schloss

²³⁸ <http://www.turkdunya.de/de/tuerkei/verschiedenes/sehe.php3?site=parteiensystem>

²³⁹ http://www.kas.de/wf/doc/kas_386-544-1-30.pdf, S.50

²⁴⁰ <http://www.turkdunya.de/de/tuerkei/verschiedenes/sehe.php3?site=parteiensystem>

²⁴¹ http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/archiv/duel_arbeitspapiere/ap_14_0306.pdf, S.4

²⁴² Ebd., S.4

²⁴³ http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/archiv/duel_arbeitspapiere/ap_14_0306.pdf, S.5

sich dann einer beliebigen Partei an. Auf diese Weise sind Mitglieder der Partei des Rechten Weges, der Partei der Demokratischen Linken sowie der Wohlfahrtspartei noch vor den Wahlen ins Parlament gekommen. Diese Methode nutzten die prokuridischen Abgeordneten, um das Verbot zu umgehen.²⁴⁴

Zur Charakterisierung der 90er-Jahre kann man folgenden Spruch verwenden: „Nichts ist in der Türkei so stabil wie die innenpolitische Instabilität“.²⁴⁵ Das Ende des 20. Jahrhunderts kennzeichnete sich durch die anhaltende Instabilität und die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen auf der politischen Bühne. Im April 1993 starb Turgut Özals. Danach verschärfte sich die Konfrontation zwischen den islamistischen und laizistischen Anhängern. Anlass zu weiteren Feindlichkeit lieferte der Konflikt in Sivas im Juli 1993, als über 30 Menschen beim Angriff von Islamisten auf eine Gruppe um den Schriftsteller Aziz Nesin ums Leben kamen.²⁴⁶

Außerdem war die Bevölkerung aufgrund der hohen Inflation und der wirtschaftlichen Stagnation wütend auf die Regierung von Tansu Çiller. Die Bürger hofften auf eine Verbesserung ihrer Situation durch die Wohlfahrtspartei; diese trat populistisch gegen eine Annäherung an den Westen auf. Die Kommunalwahlen 1994 bezeugten die reislamistischen Einstellungen der türkischen Bevölkerung. Die Mutterlandspartei gewann wiederum mit einer Mehrheit von 21%. Die islamistische Partei erreichte 19 % der Stimmen, bedeutsam war dabei vor allem ihr Sieg in den größten Städten des Landes – in Ankara und Istanbul.²⁴⁷ Zur Sanierung der Wirtschaft führte die Regierung Maßnahmen ein, die die Bürger schwer trafen, was zum Erfolg der Wohlfahrtspartei von Erbakan in den nächsten Parlamentswahlen im Dezember 1995 beitrug. Die Islamisten erreichten 21,4 %, die Mutterlandspartei 19,7%, die Wahrheitspartei 19,2%, die Partei der demokratischen Linken 14,6%, die Nationalistische Partei 8,2%, die Republikanische Volkspartei 10,7%.²⁴⁸ Die Wohlfahrtspartei bildete somit die größte Fraktion im Parlament.

Im Jahr 1996 bildete Erbakan zusammen mit der Partei des Rechten Weges (unter der Führung von Tansu Çiller) eine Koalitionsregierung. Die Zeit der islamischen Renaissance in der Türkei hatte begonnen: Man wollte diverse proislamische Projekte durchführen, wie zum Beispiel den Bau einer Moschee am Taksim-Platz in Istanbul oder die Zulassung der Muslimen für Gebete im Museum Hagia Sophia, der Ministerpräsident knüpfte Kontakte mit

²⁴⁴ Ebd., S.5

²⁴⁵ Ebd., S.5

²⁴⁶ http://www.politische-bildung.de/niedersachsen/weg_tuerkei.pdf, S.18

²⁴⁷ http://www.politische-bildung.de/niedersachsen/weg_tuerkei.pdf, S.18

²⁴⁸ http://www.kas.de/wf/doc/kas_386-544-1-30.pdf, S.50

islamischen Ländern wie Iran, Syrien und Libyen und besuchte diese. Die Haltung gegenüber Europa war eine abgekühlte.²⁴⁹

Aber diese Neuerungen hielten sich nicht lange. Im November 1996 ereignete sich ein Verkehrsunfall, der Verbindungen zwischen Personen aus dem Staatsapparat, Sicherheitsorganen und rechtsradikalen Terroristen ans Licht brachte. Das führte zu landweiten Protesten für eine „saubere Gesellschaft“. Die Generäle im Nationalen Sicherheitsrat forderten Erbakan auf, sich auf die Ideen Atatürks zurückzubedenken, sie kontinuierlich zu schützen und eine Säuberung der Macht von den Islamisten durchzuführen.²⁵⁰ Erbakan willigte ein, da er diese Forderungen nicht ignorieren konnte. Im Lager der Islamisten hoffte man dagegen auf vorzeitige Wahlen und eine Wiederauflage des promuslimischen Kurses. Diese heikle Situation führte zum Zerfall der Regierung; Erbakan fand sich mit seiner Niederlage ab und trat zurück.

Die neue Regierung wurde von Mesut Yılmaz gebildet, der neue Präsident Demirel ernannte ihn zum Ministerpräsidenten. Er bildete im Juli 1997 eine Koalition mit der Demokratischen Linkspartei von Ecevit. Yılmaz hatte unter anderem vor, die Demokratie weiter auszubauen, die Menschenrechte zu verteidigen und eine unabhängige Justiz zu schaffen sowie die „ethische Degeneration“ der Politiker zu beseitigen. Der neue Regierungschef verbot die islamischen Klassen in den Schulen, dies war sein erster Schritt zum Wiederaufbau der kemalistischen Ordnung. Weiteres frischte er die Beziehungen zu Europa auf, die stark gelitten hatten. Die Regierung von Mesut Yılmaz unternahm Anstrengungen, um die Außenpolitik der Türkei zu erneuern, dieses Unterfangen gestaltete sich jedoch schwierig. In Luxemburg wurde im Dezember 1997 der Türkei auf einem EU-Gipfel der Status als Beitrittskandidat aberkannt.²⁵¹ Die Ursachen waren wohl Demokratisierungsdefizite und die Verletzung von Menschenrechten. Ein Mitgrund war wohl auch eine neue Kurdenkrise, die im März 1992 durch Demonstrationen, bei denen des Toten gab, ans Licht gekommen war. Dieser folgten die Bestrafung der Abgeordneten der DEP-Partei und das Verbot dieser Partei 1994, wodurch sich das Verhältnis mit Europa weiter verschlechterte.

Diese negativen Tendenzen setzten sich im Jahr 1998 weiter fort. Die Kontakte mit der Europäischen Union wurden abgebrochen. Damals forderte der Westen die Politiker und Generäle auf, das Problem rund um die kurdische PKK endlich zu lösen. Öcalans einseitiger

²⁴⁹ http://www.politische-bildung.de/niedersachsen/weg_tuerkei.pdf, S.18

²⁵⁰ Ebd., S.18

²⁵¹ http://www.politische-bildung.de/niedersachsen/weg_tuerkei.pdf, S.18

Waffenstillstand wurde von der Regierung nicht akzeptiert.²⁵² In der Außenpolitik verstärkte die Türkei die Konflikte mit den Nachbarn und anderen strategischen Akteuren der Geopolitik. Die Türkei drohte Syrien wegen ihrer feindlichen Pläne, unter anderem beschuldigte sie den Nachbarn, die kurdischen Aufständischen zu unterstützen. Danach versprach Syrien, Abdullah Öcalan, den PKK-Parteichef, zu vertreiben und die kurdischen Zentren auf seinem Territorium zu liquidieren. Diese Entwicklung um Öcalan führte zur Verschlechterung der Beziehungen zu mehreren europäischen Ländern (Italien, Deutschland, Griechenland usw.) Mit Unterstützung der USA gelang es der Türkei, den Führer der PKK 1999 festzunehmen, dies war eine große Errungenschaft der Regierung im Kampf gegen den kurdischen Guerilla und verlieh den kemalistisch-nationalistischen Kräften Aufschwung.²⁵³

Die Wahlen zum Parlament im April 1999 brachten neue Ergebnisse. Den größten Erfolg hatte die Partei der Demokratischen Linken (an der Spitze stand Bülent Ecevit), sie erhielt 22,2% der Stimmen. An zweiter Stelle behauptete sich die Nationale Bewegungspartei, regiert von Devlet Bahçelis (18%). Die Nummer drei wurde die islamistische Tugend-Partei (15,4%)²⁵⁴. Daraus entstand eine neue ungewöhnliche Koalition zwischen Ecevit, Bahçeli und Yılmaz. Eines der wichtigsten Probleme der neuen politischen Spieler war die Beherrschung und Lösung der starken Unterschiede und Feindlichkeit im türkischen Volk aufgrund des Kurden-Konflikts.²⁵⁵ Die Regierung sollte es weiteres schaffen, die Sicherheit im Staat zu gewährleisten. Wirtschaftlich litt die Türkei zudem unter den Krisen in Asien und Russland. Die Regierung verhandelte mit dem Internationalen Währungsfonds einen Kredit aus, daneben wurden Reformen durchgeführt, die zulasten des Volks gingen.

Eine natürliche Katastrophe – das Erdbeben im Sommer 1999 – stellte die Fähigkeit der Regierung, die Ordnung im Land zu bewahren und sich mit den echten Problemen auseinanderzusetzen, auf die Probe. Die Bevölkerung war überzeugt, dass der kemalistische Staat nicht die erwartete Effizienz zeigen würde, gleichzeitig waren die zivilgesellschaftlichen Organisationen sehr einflussreich und effektiv.²⁵⁶ Eine Überraschung war auch die Bereitschaft der bisher feindlich eingestellten Nachbarstaaten (Griechenland, Bulgarien, Armenien), schnelle Hilfe für die Betroffenen zu leisten. Diese Katastrophe führte zu einer Umerziehung des ganzen Volkes und besonders der führenden Elite. Man fing an, viele Dinge in Politik und Wirtschaft differenzierter zu betrachten. Zum Beispiel

²⁵² Ebd., S.19

²⁵³ Ebd., S.19

²⁵⁴ http://www.kas.de/wf/doc/kas_386-544-1-30.pdf, S.50

²⁵⁵ http://www.politische-bildung.de/niedersachsen/weg_tuerkei.pdf, S.19

²⁵⁶ http://www.politische-bildung.de/niedersachsen/weg_tuerkei.pdf, S.19

wurden die Beziehungen zu Griechenland verbessert.²⁵⁷ Es wurde auch klar, dass die Bevölkerung durch die zivilgesellschaftlichen Organisationen einen wesentlichen Einsatz im gesellschaftlichen Leben und für die Entwicklung einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaftsordnung leisten kann. Die türkisch-europäischen Beziehungen wurden auch besser und bekamen neues Leben eingehaucht. Im Dezember 1999 wurde in Helsinki die Türkei offiziell als EU-Beitritts-Kandidat anerkannt.²⁵⁸ Diese Tatsache lässt hoffen, dass, selbst wenn die Türkei in der kommenden Zukunft nicht der EU beitrifft, die Demokratisierung des Landes dennoch voranschreiten wird.

In den 1990er-Jahren hat das Parteiensystem der Türkei eine gewisse Reife erreicht. Trotz der Instabilität und der zahlreichen Konflikte im Land lohnt es sich, dieses Jahrzehnt in den Fokus zu nehmen, um allgemeine Tendenzen in der Entwicklung des türkischen Parteiensystems zu definieren. Stellt man sich dieses System als lebendige Person vor, so kann man sagen, sie wurde in den 90er-Jahren erfahren und erwachsen und wies interessante Charakterzüge auf.

Manche Wissenschaftler (Keyder) nennen diese Epoche „verlorene Dekade“. Dabei stellen sie wahrscheinlich die politische Instabilität und die wirtschaftlichen Krisen ins Zentrum. Typisch für diesen Zeitraum der türkischen Politik waren die Entinstitutionalisierung, die Fragmentierung und die Polarisierung. Man verfolgte die Schwächung der politischen Mitte und die Stärkung der religiösen und ultranationalistischen Parteien.²⁵⁹ Die ökonomische Instabilität ging einher mit der politischen Instabilität. Ausschlaggebend waren in jener Zeit die Änderungen der Verhältnisse zwischen dem Staat und der Wirtschaft. Unter dem Schleier der Demokratisierung des Parteiensystems konnte man immer noch die autoritären Merkmale in der Staatsverwaltung erkennen.²⁶⁰

Das wesentliche Hindernis zur Beschleunigung der Demokratisierung wurde die kurdische Frage. Die Rolle des Militärs in der Politik blieb sehr wichtig, dies führte zu Verfolgungen und innerstaatlichen Repressalien. Die Eigenschaften des Systems der 80er-Jahre kamen noch zum Vorschein, und der Übergang zu einer Normalisierung des Parteiensystems, wie man es auch nennt, verlief schwierig. Das Modell der Implementierung der Erlasse des Staatspräsidenten durch die Gesetze mittels des Parlamentes und durch die Regierung wurde noch praktiziert.²⁶¹ Den politischen Parteien der 1990er-Jahre schreibt man einen

²⁵⁷ Ebd., S.19

²⁵⁸ Ebd., S.19

²⁵⁹ http://www.grundrisse.net/grundrisse30/Politik_der_AKP.htm

²⁶⁰ Ebd.

²⁶¹ http://www.grundrisse.net/grundrisse30/Politik_der_AKP.htm

„institutionellen Verfall“ zu. Es war fast unmöglich, das Verhalten der Wähler vorausszusehen. Autoritäre Führungsstile wurden typisch für die meisten Parteien, so kann man feststellen, dass es in jener Zeit vor allem an einem demokratischen Schema innerhalb der Parteien mangelte.²⁶²

Die 10%-Hürde beschränkte weiterhin den Zugang der kleineren Parteien zur Nationalversammlung, insofern war die Öffnung des politischen Systems in Wirklichkeit nur eine scheinbare. Die Wahlprogramme der Parteien zeigten fast keine Unterschiede in ökonomischer Hinsicht, die Wirkung des Neoliberalismus wurde umfassend. Letztendlich ging es um den Prozess der Zentralisierung der Macht der exekutiven Organe.²⁶³

Charakteristisch für das Parteisystem der Türkei waren die zunehmende Volatilität und dessen Unberechenbarkeit. Das unterschied das Parteisystem der Türkei klar von anderen europäischen Ländern. Die Ursachen dafür waren die militärischen Einmischungen in der Politik sowie die Tatsache, dass die türkischen Parteien in der Zivilgesellschaft schwach verwurzelt waren.²⁶⁴ Die starken Schwankungen im Wählerverhalten zeugten vom Fehlen der Stabilisierung und der demokratischen Konsolidierung des Systems. Ein weiterer Trend war die Schwächung der rechten und linken Mitte. Das konnte man am Beispiel der Wahlen von 1995 beobachten. Die rechtszentristischen Parteien erhielten insgesamt 38,9 % der Stimmen, die Parteien der linken Mitte 25,4 %. Die Popularität der ultraeingestellten Parteien wuchs hingegen schnell. Die islamische Wohlfahrtspartei mit 21,4% der Stimmen, die nationalistische NAP mit 8,18 % sowie die prokurdische Volksdemokratische Partei (VDP) mit 4,17 % bestätigten das.²⁶⁵ Schon die Tatsache, dass drei extremistische Parteien über ein Drittel aller Stimmen gewannen, demonstriert die entsprechende Einstellung des Volkes.

Die Wahlen von 1999 verliefen ähnlich. Die Ultraparteien der linken und rechten Seite zusammen mit den kleineren Trabanten erzielten ein Gesamtergebnis von 41,2%. Das zeigte die fortschreitende Polarisierung und Radikalisierung der türkischen Politik.²⁶⁶ Die starken Differenzen waren ein Resultat der immer präsenten religiösen und ethnischen Fragen in den Ideologien. Fragen dieser Art lassen sich nicht so schnell lösen wie soziale oder wirtschaftliche Probleme. Die zahlreichen Befragungen geben uns eine Vorstellung über das Ausmaß der Polarisierung in der türkischen Gesellschaft. So ordneten sich im Jahr 1991 50%

²⁶² Ebd.

²⁶³ Ebd.

²⁶⁴ http://www.kas.de/wf/doc/kas_386-544-1-30.pdf, S.50

²⁶⁵ Ebd., S.51

²⁶⁶ Ebd., S.51

der Befragten der Mitte zu, 20% der linken Mitte, 18% der rechten, und 8% waren rechtsradikal. Eine ähnliche Umfrage von 1997 zeigte folgendes Bild: 7% radikale Linke, 14% linke Mitte, 35% eigentliche Mitte, 23% rechte Mitte und 20% Rechtsradikale. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass die Tendenz klar aus der Mitte in beide Richtungen ging, allerdings gewannen die Rechtsextremen an Bedeutung.²⁶⁷

Neben die Erscheinungen aus den 70er-Jahren in der türkischen Politik – Volatilität, Fragmentierung und Polarisierung – traten noch die Schwäche der Organisation der Parteien und ihre Bindungen hinzu.²⁶⁸ Diese Entwicklung ist charakteristisch für sich entwickelnde Länder, wenn es keine positiven Tendenzen gibt. Die sich anhäufenden Probleme und die Unmöglichkeit, diese zu lösen, führen zum Verlust des Vertrauens bei den Wählern, die für eine Partei nur noch stimmen, damit die anderen Parteien nicht ins Parlament kommen.²⁶⁹

Ein wichtiges Merkmal des politischen Bildes war der Wunsch nicht nur der Politiker, sondern auch des Volkes, sich für eine Weiterentwicklung der Demokratie einzusetzen. Unter den Umständen der instabilen 90er-Jahre befürworteten diverse Parteien die Beibehaltung dieser Staatsform. Dabei ist zu präzisieren, dass das Demokratieverständnis der verschiedenen Parteien nicht gleich war – besonders mit Blick auf die radikalen linken und rechten Parteien.²⁷⁰

Der Zerfall der Sowjetunion hat die ideologische Basis der linken Parteien erschüttert, als Folge rückten sie an die Peripherie des Politikums. Die Nationalistische Partei wurde gemäßiger und systemtreuer. Allgemein gab es für die Form der Demokratie keine sichtbare Konkurrenz, sodass sie zum Ziel der Gesellschaft wurde.²⁷¹ Als Hauptursache dafür gilt, dass die autoritären politischen Systeme in Europa ihre führenden Rollen verloren hatten, somit gab es keine Alternative zur Demokratie mehr.

Ein weiteres Merkmal der türkischen Parteien ist die Passivität ihrer Mitglieder. Fast alle Parteien luden die Bürger ein, um einen Masseneffekt zu erzielen. Das sollte Eindruck auf die Gesellschaft machen und die Position dieser Parteien in der Politik stärken. In Wirklichkeit waren die Parteimitglieder funktionsunfähig und dienten nur dem Anschein einer großen Mitgliederzahl der Partei. Wenn man die Parteien der 90er nach ihrer Aktivität beurteilt, zeigt sich, dass die Mitglieder der Nationalistischen Parteien am aktivsten und die

²⁶⁷ http://www.kas.de/wf/doc/kas_386-544-1-30.pdf, S.52

²⁶⁸ Ebd., S.52

²⁶⁹ Ebd., S.52

²⁷⁰ Ebd., S.52

²⁷¹ Ebd., S.52

der Parteien der rechten Mitte am passivsten waren. Die Wohlfahrtspartei und die Parteien der mitten Linken positionierten sich dazwischen.²⁷² Insgesamt war die Partizipationsdichte in der türkischen Bevölkerung sehr hoch. 1999 war jeder dritter Bürger, der das Wahlrecht hatte, Mitglied einer Partei. Insgesamt zählte man 12 Millionen Parteimitglieder, das waren 31,5% aller Wahlberechtigten.²⁷³ Aber das Verhältnis zwischen Mitgliederzahl und Wahlergebn korrelierte im Jahr 1999 nicht miteinander: Die Mutterlandspartei erzielte 3,2 Mio., die Republikanische Volkspartei 1,8 Mio., die Partei der Demokratischen Linken 0,2 Mio. die Partei des Rechten Weges 3,7 Mio. die Tugendpartei (ehemalige Wohlfahrtspartei) 2 Mio., die Partei der Nationalen Bewegung 0,39 Mio. und andere Parteien erhielten 0,71 Mio. Stimmen.²⁷⁴

Diese schwache Anknüpfung an die Parteien lässt ahnen, dass die Mitglieder keine regelmäßigen Beiträge zur ihrer Unterstützung zahlten. Also mussten sie andere Finanzquellen finden. Ab 1971 wurden die Parteien auch vom Staat finanziert. Die Höhe dieser Zuschüsse wurde nach dem erreichten Stimmenanteil bemessen. Sehr wichtig für die Existenz der Parteien waren und sind bis heute die privaten Beiträge.²⁷⁵ Sehr oft wurden die Mitgliederbeiträge nicht richtig angegeben, das wurde zwecks einer möglichen Verschleierung der wahren Erträge (vielleicht auch illegale) einer Partei gemacht.²⁷⁶

Wenn man einen Blick auf die Vergangenheit des türkischen Parteiensystems wirft, wird noch eine wichtige Besonderheit klar: Als dieses System sich in ein Zweiparteisystem verwandelte, bestand ein Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie. Die Demokratische Partei verkörperte die Peripherie und die Republikanische Volkspartei den zentralistischen, bürokratischen Apparat. Die Politikwissenschaftler sind der Meinung, dass das türkische Parteiensystem wahrscheinlich in dieser Auseinandersetzung seinen Anfang fand. In den 90er-Jahren war diese Konfrontation bereits beendet. Es fehlte eine Partei der Elite, die das Zentrum der Parteilandschaft unter Kontrolle hielt, das konnten die Massenparteien nicht vermitteln.²⁷⁷

²⁷² Ebd., S.54

²⁷³ http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/archiv/duel_arbeitspapiere/ap_14_0306.pdf, S.11

²⁷⁴ http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/archiv/duel_arbeitspapiere/ap_14_0306.pdf, S.11

²⁷⁵ http://www.kas.de/wf/doc/kas_386-544-1-30.pdf, S.55

²⁷⁶ http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/archiv/duel_arbeitspapiere/ap_14_0306.pdf, S.13

²⁷⁷ http://www.kas.de/wf/doc/kas_386-544-1-30.pdf, S.55

Das Parteiensystem der Türkei hatte die Umrisse eines parteizentrierten Gemeinwesens. Das heißt, dass das System nicht vorwiegend von den gesellschaftlichen Gruppen abhing, es stützte sich auch nicht auf das Bürgertum.²⁷⁸ Und wirklich, die Verbindungen der Parteien mit den anderen Organisationen der Zivilgesellschaft waren ziemlich schwach.

Die Organisationsweise der Parteien war teilweise demokratisch (die Führungen wurden auf den Versammlungen dieser Parteien gewählt, somit hatte jedes Mitglied Einfluss auf die innerparteilichen Wahlen) und zugleich autoritär (es bestand der Trend zur Oligarchie).²⁷⁹ Die türkischen Parteien zeichneten sich durch eine zentrale Organisation aus. Das bedeutet, dass die Zentralverwaltung die Provinzfürher entließ und diese selbst wurde sehr selten gewechselt.

Wichtig ist es, die Funktionen der Parteien der neuen Periode zu erläutern. In erster Linie wurde von den Parteien eine Elite ausgesucht. Die Spitzenpersonen wählten die Kandidaten für die Parlamentswahlen. Dieses Verfahren war sehr zentralistisch und fand keine vergleichbaren Verfahren in anderen europäischen Ländern.²⁸⁰ Diese oligarchische Prozedur hatte aber auch einen Vorteil: Begabte Neulinge, die zum Erreichen der Popularität bzw. Unterstützung der Kollegen einige Zeit gebraucht hätten, konnten sofort durch das Komitee der Partei um ein paar Stufen steigen und auf solche Weise ins Parlament gelangen.

Dank der Parteiaktivitäten – durch Vereine, Werbungen vor Ort von Aktivisten usw. – wurde die Bevölkerung politisch mobilisiert. Diese Methoden unterschieden sich von den Werbungen in den Massenmedien, die zur Stärkung der Oligarchie in den Parteien führten, da nur die Spitzenpersonen der Parteien figurierten.²⁸¹

In den 90er-Jahren erfolgte ein weiterer Niedergang in organisatorischer Hinsicht. Die Motivation der Helfer der Parteien war aufgrund des niedrigen Lohns sehr schwach und brachte keine Ergebnisse. Nur die Wohlfahrtspartei wandte die alte Herangehensweise an potenzielle Wähler an: Sie schickte die Vertreter zu jedem Haus zwecks Propaganda für ihre Partei. Interessant ist die Tatsache, dass diese Aktivitäten nicht auf die Vorwahlperiode beschränkt wurden, sondern auch danach gesetzt wurden. Man muss hinzufügen, dass Frauen zu solchen Aktionen nicht zugelassen wurden.²⁸²

²⁷⁸ Ebd., S.56

²⁷⁹ Ebd., S.56-57

²⁸⁰ http://www.kas.de/wf/doc/kas_386-544-1-30.pdf, S.58

²⁸¹ Ebd., S.59

²⁸² Ebd., S.59

Bezeichnend für die 1990er war die öffentliche Haltung gegenüber den Parteien im Hinblick auf ihre Lösungskompetenz bei gesellschaftlichen Probleme. Gemäß einer Umfrage von 1996 glaubten 50,7% der Wähler nicht, dass eine Partei die Rechte der Unterdrückten schützen könne; 30,6 % glaubten daran. Das Vertrauen in die eigene Partei war höher, entsprechend hofften 85,6 % der Anhänger der Wohlfahrtspartei, dass ihre Partei die Probleme der Unterdrückten lösen könne. Die Kennziffer lag bei der Partei der Demokratischen Linken bei 88,4 %, bei der Republikanischen Volkspartei bei 81,2 %, bei der Volksdemokratischen Partei bei 85,3 %, bei der Nationalen Bewegung bei 45,3 % und bei der Mutterlandspartei bei nur 37,8 %.²⁸³ Sehr bemerkenswert war die Umfrage bezüglich des Vertrauens der Bürger in die politischen Parteien insgesamt im Vergleich zu anderen öffentlichen Institutionen. Der Vertrauensindex wurde auf solche Weise ermittelt: Die Zahl der Bürger, die kein oder geringeres Vertrauen in die Parteien haben, wurde von der Zahl der Bürger, die den Institutionen vertrauen, abgezogen. Im Jahr 1997 wurde diese Kennziffer für die Parteien auf einem Niveau von ca. -40% festgestellt. Das war das schlechteste Ergebnis unter allen anderen Institutionen. So erhielten zum Beispiel die Streitkräfte einen Vertrauensindex von 88%, die Polizei hatte einen Wert von 44%, die Gerichte -43 %, die religiösen Institutionen -40 %, die öffentliche Verwaltung -36%.²⁸⁴ Daraus lässt sich schlussfolgern, dass das Vertrauen in die politischen exekutiven und gesetzgebenden Organe in den 90er-Jahren wesentlich gesunken war.

Seit den 80er-Jahren, besonders nach dem Untergang der UDSSR, wurde die Rolle der Parteien für die Lösung der Probleme immer kleiner. Das resultierte in einem gewissen Maß aus den Streitigkeiten zwischen Linken und Rechten über den wirtschaftlichen Entwicklungsweg. Alle Parteien unterstützten mehr oder weniger die freie Marktwirtschaft und das Privateigentum.²⁸⁵ Diese Periode war charakterisiert von der Verschärfung der Auseinandersetzungen zwischen den prowestlichen und proislamischen Gruppen. Die erste Geige darin spielte die WP, die folgerichtig und zielbewusst mit solchen heiklen Themen wie „gerechte Ordnung“ und „nationale und moralische Werte“ operierte.²⁸⁶ Weniger Aufmerksamkeit schenken die Parteien dem wirtschaftlichen Wohlstand und einer fairen Regierung. Diese Mängel an Sachlichkeit bei der Lösung der wichtigen pragmatischen Fragen spiegelt eine weitere Tendenz sämtlicher Parteien in der Türkei wider, und zwar die Konzentration auf Einzelpersonen.²⁸⁷ Für die türkischen Wähler sind die persönlichen Züge eines Spitzenkandidaten wichtiger als die Haltung seiner Partei gegenüber den Problemen

²⁸³ Ebd., S. 59-60

²⁸⁴ Ebd., S.60

²⁸⁵ http://www.kas.de/wf/doc/kas_386-544-1-30.pdf, S.60

²⁸⁶ Ebd., S.60

²⁸⁷ Ebd., S.60

der Gegenwart. Gerade diese Konzentration auf die Gestalt der Person in einer Parteiführung führte zur Aufspaltung der Mitte-Links- und Mitte-Rechts-Strömungen.²⁸⁸ Die Konfrontationen zwischen Yilmaz und Çiller aus der rechten Seite und der zwischen Ecevit und Baykal aus der linken Seite bestimmten diese Polarisierung.

Noch eine wichtige Besonderheit der türkischen Parteien kam in den 90er-Jahren klar ans Licht: die starke Disziplin innerhalb der Parteien.²⁸⁹ Zu bemerken war dies bei den Wahlen: Mitglieder, die abweichende Positionen geäußert hatten, tauchten selten auf, und wenn es doch einmal vorkam, wurden solche Personen aus der Partei ausgeschlossen. Diese Disziplin wurde dadurch möglich, dass die Strukturen der Parteien, wie schon erwähnt, sehr zentralistisch und autoritär waren. Außerdem waren die Positionen der führenden Personen, wie oben beschrieben, in den Parteien sehr stark. Die innere Einheit der Parteien verdankte sich auch dem Regierungssystem, weil das Verhalten der Parteien im Parlament das Schicksal der Regierung bestimmte.²⁹⁰ Dieser Zusammenhalt ist für das parlamentarische System typisch, im Gegensatz zum präsidentiellen System. Es liegt auf der Hand, dass eine starke Partei auch eine funktionsfähige Regierung bilden kann, im Fall von Koalitionen ist es jedoch sehr schwierig, die Positionen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Eine starke Verbindung innerhalb der Parteien war sehr wichtig, weil eine Schwächung zur Bildung von Parteiflügel führen konnte. Diese Erscheinung war ebenfalls charakteristisch für die türkischen Parteien.²⁹¹

Die Tendenzen der Entwicklung der türkischen Parteien am Ende des 20. Jahrhunderts kann man mithilfe der Parteimodelle charakterisieren. Es gibt vor allem vier wichtige Parteimodelle:

- ❖ die Kaderpartei (oder Elitepartei) – die Organisation ist hierarchisch und zentralistisch, die Mitgliedschaft vollzieht sich unter der starken Kontrolle der Kader;
- ❖ die Massenpartei kennzeichnet sich durch eine große Mitgliederzahl und verfügt über einen breiten Parteiapparat sowie Organisationsstrukturen;
- ❖ die Volkspartei stellt ab auf ein breites politisches Themenspektrum²⁹²;
- ❖ die Kartellpartei.

²⁸⁸ Ebd., S.61

²⁸⁹ Ebd., S.61

²⁹⁰ Ebd., S.61

²⁹¹ Ebd., S.61

²⁹² <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17992/partei>

Zusammenfassend kann man den Parteien in der Türkei grob die Eigenschaften einer Kader- und Volkspartei mit Elementen einer Kartellpartei zuschreiben.²⁹³

Das Kartellmodell beinhaltete folgende Elemente: 1) es setzte sich als Ziel die Professionalisierung; 2) die Tätigkeit der Parteien erfolgte im Wahlkampf und in der Arbeit mit aktiven Kapitaleinlagen; 3) die Parteien waren abhängig von staatlichen Zuschüssen.²⁹⁴ Als Schlussfolgerung kann man resümieren, dass ein Teil des Staates den Staat vertrat. Der Entwicklungsweg der Parteien in der Türkei ging vom Kadermodell zum Volksmodell oder dem Kartellmodell. Dabei wurde die Etappe der Massenparteien ausgelassen.²⁹⁵ Doch es gibt eine Ausnahme – die Wohlfahrtspartei (später Tugendpartei) unter der Führung von Erbakan.²⁹⁶

Anfang der 90er-Jahre fand bei manchen Parteien ein Generationenwechsel statt: Und zwar in der Mutterlandspartei (neuer Vorsitzende: Mesut Yilmaz), in der Republikanischen Volkspartei (Deniz Baykal) und in der Partei des Rechten Weges (Tansu Ciller). Diese Parteien zeichneten sich durch Patronage- und Klientelsysteme aus; es bestand ein Netz aus regionalen und ethnischen Organisationen. Als Beispiel kann man Sedat Bucak (Partei des Rechten Weges) anführen, der der Führer eines kurdischen Klans war.²⁹⁷ Oft kam es vor, dass die Mitglieder dieser drei Parteien Ziele verfolgten, die Vorteile für sie, ihre Familien oder für die lokale Heimatgemeinde darstellten. Die Netzwerke und Flügel wurden von der Parteiführung als Mittel gegen die innere Konkurrenz genutzt.²⁹⁸

Die Partei der Nationalen Bewegung vervollkommnete sich zu einer Kaderpartei unter der Führung von Devlet Bahçeli. Die Partei der Demokratischen Linken nannte man „Zweieinhalb-Personen-Partei“. Sie galt als eine Führungspartei. Ihre Gründer waren Bülent Ecevit, seine Frau Rahşan und der stellvertretende Vorsitzende, Hüsamettin Özkan. Die innerparteilichen Fraktionen waren völlig unter Kontrolle von Bülent Ecevit, sodass die lokalen Netzwerke keine Möglichkeit für unabhängige Positionen hatten.²⁹⁹

²⁹³ http://www.kas.de/wf/doc/kas_386-544-1-30.pdf, S.62

²⁹⁴ Ebd., S.62

²⁹⁵ Ebd., S.62

²⁹⁶ <http://www.giga->

hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/archiv/duel_arbeitspapiere/ap_14_0306.pdf, S.11

²⁹⁷ Ebd., S.11

²⁹⁸ Ebd., S.12

²⁹⁹ Ebd., S.12

Auffallend war für die Türkei Ende der 1990er-, Anfang der 2000er-Jahre der Klientelismus. Günes-Ayata erklärt diesen Begriff als die Möglichkeit einer Person, bei günstigen Umständen bzw. Beziehungen alles zu erreichen.³⁰⁰ Sie erklärt weiter den Klientelismus in einer traditionellen Gesellschaft als „eine Pflege persönlicher Beziehungen, die einmal der gegenseitigen Reputation dient und zum anderen durch ihre emotionalen Bindungen ein Gegengewicht zur unpersönlichen und undurchschaubaren Bürokratie darstellt.“³⁰¹

Für einen türkischen Wähler spielt die Reputation eines Mandatsträgers hinsichtlich seiner Fähigkeit, die nützlichen Gesetze durchzusetzen, weniger Rolle als die Verbindungen in der Partei. Auf solche Weise kann der Parlamentarier für viel Nutzen zugunsten seiner Klienten sorgen. Die Abgeordneten und die Klienten unterstützen einander.³⁰² Die Beurteilung der Arbeit eines Abgeordneten erfolgte entsprechend der Loyalität seiner Wähler ihm gegenüber. Der Klientelismus stellt ein Hindernis zur Entwicklung der Institutionalisierung der Parteien dar.

Jetzt lohnt es sich noch zu beobachten, wie die ethnischen und religiösen Gruppen die Parteilandschaft der Türkei in den 90er-Jahren beeinflusst haben.

1990 wurde die Volksarbeiterpartei von ehemaligen Mitgliedern der Sozialdemokratischen Volkspartei (sechs von ihnen hatten diese aus Protest wegen ihrer kurdischen Herkunft verlassen) gegründet. Da die Volksarbeiterpartei keine Mittel und wenig Popularität im Volk besaß, bot die Sozialdemokratische Volkspartei den ehemaligen Mitgliedern Plätze im Parlament an, im Gegenzug sollten sie ihre neue Partei verlassen und wieder in die Mutterpartei eintreten. Unter den 86 Abgeordneten der Sozialdemokratischen Volkspartei in der Nationalversammlung waren also tatsächlich 22 Mitglieder der kurdischen Partei.

Es gab auch die im Mai 1994 gegründete Volksdemokratiepartei, diese schaffte es aber nicht, ins Parlament zu kommen.

Zirka 20% der Bevölkerung der Türkei sind Alewiten. Zu ihnen gehören türkisch-, kurdisch- und arabischsprachige Bürger. Sie versuchten ebenfalls, eine Partei zu gründen, allerdings ohne bemerkenswerte Erfolge.³⁰³ Der alawitische Glaube ist eine unorthodoxe und synkretische muslimische Glaubensrichtung. Die Alewiten traten für die säkulare Staatsform

³⁰⁰ http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/archiv/duel_arbeitspapiere/ap_14_0306.pdf, S.27

³⁰¹ Ebd., S.27

³⁰² Ebd., S.27

³⁰³ Ebd., S.13

auf, weil sie darin den Schutz ihrer Glaubensfreiheit sahen. Daher unterstützten sie auch die neue Ordnung. Neben den Kurden gab es auch mit den Alewiten Konflikte, es ist daher kein Wunder, dass in der kurdischen Partei auch Alewiten waren.³⁰⁴

Die Alewiten verfolgten eine eigene Präsenz im türkischen Parlament seit den 60er-Jahren (Unionspartei, Unionspartei der Türkei), aber ohne Erfolg. 1995 unternahm Ali Haydar Velioglu einen Versuch, die Demokratie- und Friedensbewegung durchzusetzen, doch noch im selben Jahr wurde sie aufgelöst. Im März 1996 entstand eine Friedenspartei, doch bei den Wahlen von 1999 erhielt sie nur 0,18% der Stimmen und löste sich wieder auf.³⁰⁵

Diese Bewegungen und parteipolitischen Versuche zeigen, dass, wenn man über die Parteien in der Türkei spricht, es nicht nur um die Türken geht, sondern auch um andere Nationalitäten und ethnische Minderheiten.

5.4 Die parteipolitische Landschaft der Türkei im 21. Jahrhundert

Die Tendenzen und Besonderheiten des Parteiensystems der Türkei der 90er-Jahre kommen auch in den 2000er-Jahren vor. Die entsprechenden Merkmale können auch bei den modernen Parteien gefunden werden. Zu präzisieren sind vor allem jene Schwerpunkte, nach denen sich die Parteiprogramme unterscheiden. Zunächst lohnt es sich, die Übergangszeit, die Periode der Nationalversammlung von 1999 bis 2002, zu betrachten.

Die wichtigsten Konfliktlinien zwischen den Parteien in der Türkei waren: Der Laizismus (Säkularismus) auf der einen Seite stand dem Islamismus auf der anderen Seite gegenüber; die Anhänger der freien Marktwirtschaft standen dem kemalistischen Etazismus gegenüber; die Vertreter des gesellschaftlichen Pluralismus (die ethnischen Minderheiten gehörten auch dazu) wurden konfrontiert mit den Nationalisten, die für eine Türkei als das Land der Türken auftraten.³⁰⁶ Im Allgemeinen bestimmte die Positionierung hinsichtlich dieser drei kemalistischen Schwerpunkte – Laizismus, Nationalismus und Etazismus – die Programme der Parteien. Es gab drei Hauptfragen, die in der Türkei besonders kompromisslose gesellschaftspolitische Debatten verursachten:

³⁰⁴ Ebd., S.14

³⁰⁵ [http://www.giga-](http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/archiv/duel_arbeitspapiere/ap_14_0306.pdf)

[hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/archiv/duel_arbeitspapiere/ap_14_0306.pdf](http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/archiv/duel_arbeitspapiere/ap_14_0306.pdf), S.14

³⁰⁶ Ebd., S.14-15

❖ Das Kopftuchtragen der Frauen: Wo darf man es in der Öffentlichkeit tragen? Soll es überhaupt erlaubt sein? 1999 erschien z.B. die Vertreterin der Vertrauenspartei Merve Kavakci zur Eröffnung des Parlaments mit einem Kopftuch, was Unzufriedenheit hervorrief und sie ihr Mandat kostete.³⁰⁷

❖ Die Frage der Privatisierung: Der Internationale Währungsfonds verlangte die Privatisierung staatlicher Unternehmen, dies verursachte eine Regierungskrise im Jahr 2000.

❖ Die Frage der kurdischen Sprache: Darf diese Sprache in den Massenmedien erlaubt werden? ³⁰⁸

Die Partei der Demokratischen Linken vertrat die Prinzipien Laizismus, Etazismus und Nationalismus aus dem Blinkwinkel der kemalistischen Doktrin. In der Frage des Kopftuches verlangte sie ein Verbot an den Universitäten, eine Privatisierung lehnte sie ab. Bezüglich der Kurdenfrage war sie nicht konsequent, sie trat für einen begrenzten Gebrauch des Kurdischen in den Massenmedien ein.³⁰⁹

Die Partei der Nationalen Bewegung vertrat bezüglich des Nationalismus und des Etazismus ähnliche Ansichten wie die Partei der Demokratischen Linken. Sie lehnte ebenfalls die Privatisierung ab und trat gegen den Gebrauch der kurdischen Sprachen im Fernsehen und im Rundfunk auf. Bezüglich Laizismus befürwortete sie eine türkisch-islamische Synthese. Vor den Wahlen 1999 versprach sie, das Kopftuchverbot an den Lehranstalten aufzuheben.³¹⁰

Die Mutterlandspartei trat ein für eine freie Marktwirtschaft und Privatisierung. Da sie den EU-Beitritt der Türkei unterstützte und für den Schutz der Rechte der ethnischen Minderheiten plädierte, war sie auch für die kurdische Sprache in den Massenmedien. Die Partei befürwortete zunächst das Kopftuchtragen in den Lehranstalten, doch der Vorsitzende Yilmaz änderte diese Linie zugunsten der Koalition mit der Partei der Nationalen Bewegung und der Partei der Demokratischen Linken auf den Status quo.³¹¹

³⁰⁷ Ebd., S.15

³⁰⁸ Ebd., S.15

³⁰⁹ http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/archiv/duel_arbeitspapiere/ap_14_0306.pdf, S.15-16

³¹⁰ Ebd., S.16

³¹¹ Ebd., S.16

Die Partei des Rechten Weges war ideologisch der Mutterlandspartei sehr nah. Sie unterstützte die freie Marktwirtschaft bzw. Privatisierung und trat für den EU-Beitritt der Türkei ein, woraus auch die Erlaubnis des Kurdischen in den Medien resultierte. Bezüglich der Kopftuchfrage plädierte sie so wie die Mutterlandspartei für eine teilweise Erlaubnis des Kopftuches an den Universitäten und Schulen.³¹²

Die Glückspartei war nicht gegen die EU-Mitgliedschaft der Türkei, jedoch gegen eine freie Marktwirtschaft und Minderheitenrechte. Aber in der Kopftuchfrage war sie eindeutig gegen das Verbot. Diese Partei stammte aus dem konservativen Flügel der Tugendpartei. Allerdings war die Übereinstimmung des Programms der Glückspartei mit ihren tatsächlichen Handlungen fraglich.³¹³

Das Parlament hatte zu dieser Zeit keine echte Opposition. Die Rolle der Opposition könnte man dem damaligen Staatspräsidenten Sezer zuschreiben, der gegen viele Gesetzentwürfe der Koalition sein Veto einlegte.³¹⁴

Von großer Bedeutung ist Kontinuität der Parteien und ihrer Führer. Wenn eine Partei ins Parlament einziehen möchte, verfasst sie ein Programm, das sehr oft die provokativen und heiklen Fragen eindeutig beantwortet. Nach dem Einzug in die Nationalversammlung müssen die Parteien zwecks Koalitionsbildung vielfach Kompromisse eingehen und einige der eigenen Positionen opfern. Weites können die Vertreter einer Partei, wenn sie an die Regierungshebel gelangen, wesentlich von ihren Wahlprogrammen abweichen.

Als Beispiele kann man die Partei der Demokratischen Linken nehmen (z.B. Änderung der Position zur Privatisierung), die Volksdemokratiepartei hatte in ihrem Programm keine separatistischen Einstellungen, das Programm der Wohlfahrtspartei beinhaltete keine islamischen Anschauungen.³¹⁵ Zwei letzte Beispiele veranschaulichen, wie die Verfassung und die Parteigesetze zu Beschränkungen für die Parteiprogramme werden und wie Politiker sich angepasst haben, um diese Begrenzungen zu umgehen. Dieser Trend stammt noch aus den 90er-Jahren. Große Wirkung auf das Volk haben öffentliche Reden von Politikern. Zusammen mit den Programmen und Wahlplattformen stellen sie die ideologische Grundlage einer Partei dar. Aber auch dies wird, wie die Geschichte zeigt, oft von den Rednern nicht eingehalten (1995 versprach etwa Erbakan, eine gerechte islamische Ordnung

³¹² Ebd., S.16

³¹³ Ebd., S.17-18

³¹⁴ Ebd., S.18

³¹⁵ http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/archiv/duel_arbeitspapiere/ap_14_0306.pdf, S.18

einzuführen und islamische Werte zu verteidigen, aber schon 1996 sollte er anerkennen, dass die Wohlfahrtspartei tatsächlich den Laizismus, die Demokratie und die Privatisierung unterstütze).³¹⁶

Aus dem oben Beschriebenen ergibt sich die Frage, wie konsequent die politischen Parteien in der Türkei agieren.

Das Ende des Jahrhunderts war auch das Ende der Wohlfahrtspartei. Wegen der Verwürfe der RP gegen die Wohlfahrtspartei wurde gegen diese ein Verfahren eingeleitet, das schließlich zum Verbot führte. Im März 2000 wurde der Vorsitzende Necmettin Erbakan verhaftet und zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.³¹⁷ Nach einem Jahr wurde auch die Nachfolgerin der RP, die Tugendpartei, verboten.

Die Krise von 2001 erschütterte das Land massiv. Sie selbst sowie die nachfolgende Restrukturierung führten zur Unzufriedenheit der Bevölkerung. Die regierenden Parteien versagten dabei, einen Ausweg aus der Krise zu finden. Sie konnten keine weitere wirtschaftliche Entwicklung sichern, den Einfluss der Krise auf die Bürger nicht beseitigen und die Korruption nicht reduzieren.³¹⁸ Das alles führte zum Erfolg einer neuen Partei in den Wahlen 2002. Viele Beobachter sind der Meinung, dass der Sieg der Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) dank der Proteste der Anhänger der etablierten Regierungsparteien geschah.³¹⁹ An der Spitze stand Tayyip Erdogan.

Ungeachtet dessen, dass diese Partei islamische Wurzeln hat (sie ist Nachfolgerin der verbotenen Tugendpartei), präsentierte sie eine ganz neue politische Erscheinung in der Parteigeschichte der Türkei – sie war eine Protestpartei. In ihrem Programm war die AKP weit von den islamistischen Prinzipien der Tugendpartei entfernt. Sie trat für eine freie Marktwirtschaft und für den EU-Beitritt der Türkei ein und war auch nicht gegen die Privatisierung und die kurdische Sprache in den Massenmedien. In der Kopftuchfrage neigte die AKP zur Erlaubnis des Tragens an den Schulen von Imam-Hatip.³²⁰

³¹⁶ Ebd., S.19

³¹⁷ http://home.icsmedia.de/~hag/Schueleraustausch_HAG_Lengerich-DS_Istanbul/Schuelermaterialien/politik.htm#Laizismus

³¹⁸ http://www.grundrisse.net/grundrisse30/Politik_der_AKP.htm

³¹⁹ http://www.kas.de/wf/doc/kas_19452-544-1-30.pdf?100427150927, S.89

³²⁰ http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/archiv/duel_arbeitspapiere/ap_14_0306.pdf, S.17

Das Fehlen einer echten (linken) Opposition war auch eine der Ursachen des Erfolges der AKP.³²¹ Die Politikwissenschaftler bezeichnen diesen Sieg auch als „politischen Erdbeben“ und als den „Beginn der neuen politischen Ära“.³²² Ungeachtet der niedrigen Wahlbeteiligung wurde die Wahl wirklich zur Wende in der Geschichte der modernen Türkei. Die AKP erzielte 34,31% der Stimmen und erhielt 363 Sitze im Parlament. Die einzige Oppositionspartei, die es schaffte, in die Nationalversammlung einzuziehen, erwarb 19,4% der Stimmen und damit 178 Sitze.³²³ Die AKP war imstande, allein eine Regierung zu bilden.

Trotz der Krise fing Erdogan an, eine neoliberale Politik zu betreiben. Aus seinem konsequenten marktwirtschaftlichen Reformkurs resultierte ein echter Wirtschaftsboom. Die Wachstumsziffer überraschten alle: Im Jahr 2002 beobachtete man ein Wirtschaftswachstum von 7,9 %, 2003 wuchs die Wirtschaft um 5,9 %, 2004 um 9,9 %, 2005 um 7,6 % und im Jahr 2006 um 6,9 %. In den Jahren 2002 bis 2008 stieg das Bruttoinlandsprodukt der Türkei von 230 auf 742 Mrd. US-Dollar.³²⁴ Hier sollte man präzisieren, dass diese Besserung ungleichmäßig verteilt wurde und nicht alle Schichten der Bevölkerung davon profitierten. Am meisten profitierte die neue Wirtschaftselite von der AKP-Politik.³²⁵ Doch es ist der AKP gelungen, die Wirtschaft völlig umzustrukturieren. In den 90er-Jahren war die Landwirtschaft vorrangig für die Türkei, jetzt aber machte plötzlich der Dienstleistungsbereich 60% des Bruttoinlandsproduktes und die Industrie 30% des BIPs aus.³²⁶ Jetzt sagt die türkische Wirtschaft wie eine moderne Volkswirtschaft aus. Die Inflationsrate wurde reduziert, was zur Stabilisierung der Wirtschaft und zur Erhöhung des Vertrauens der Unternehmen führte.³²⁷

Trotz Kritik ist die Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei schon fast elf Jahre an der Macht. Sie symbolisiert eine ungewöhnlich lange Periode der Stabilität und Berechenbarkeit. Das passiert in der Geschichte der Türkei zum ersten Mal.³²⁸ Die Regierung von Erdogan setzte die von der vorherigen Regierung angefangenen Reformen fort. Darüber hinaus hat die AKP diese Reformen vertieft. In erster Linie geht es um die Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung in der Wirtschaft.³²⁹ In der politisch-gesellschaftlichen Sphäre beobachtete

³²¹ http://www.grundrisse.net/grundrisse30/Politik_der_AKP.htm

³²² http://www.kas.de/wf/doc/kas_1226-544-1-30.pdf, S.81

³²³ Ebd., S.81

³²⁴ http://www.kas.de/wf/doc/kas_19452-544-1-30.pdf?100427150927, S.86

³²⁵ Ebd., S.87

³²⁶ Ebd., S.88

³²⁷ Ebd., S.88

³²⁸ Ebd., S.90

³²⁹ Ebd., S.90

man eine ganze Reihe an Änderungen. Diese Verbesserungen wie die Sicherung der Meinungs- und Pressefreiheit, die Aufhebung der Todesstrafe, die Maßnahmen gegen Machtmissbrauch im Verwaltungsapparat, die Reformierung des Nationalen Sicherheitsrats, die Begrenzung der Befugnisse der Streitkräfte, die Anpassung der Gesetzgebung der Türkei an die EU-Standards usw. untermauern die klaren EU-Bestrebungen der neuen Regierung. Das war eigentlich eines der zentralen Ziele der AKP.³³⁰ Dieses Ziel galt auch als Rechtfertigung in den Debatten mit der Opposition. Als im Oktober 2005 die Europäische Union schließlich die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufnahm, bedeutete das einen Triumph für die AKP. Damals unterstützten 70% der Bevölkerung den EU-Beitritt. Aber im Rahmen dieses Prozesses wird die Türkei noch viel ändern müssen, um die Kriterien von Kopenhagen in die Praxis umzusetzen.

Die AKP repräsentiert die Wünsche unterschiedlicher gesellschaftlicher Schichten, die einen Umbau des politischen und ökonomischen Systems anstreben. Das sind vorwiegend die konservativen und liberalen Kräfte, die soziale Verbesserungen und wirtschaftliche Stabilität erwarten. Dafür sehen sie die AKP als richtige Wahl. Das erklärt den Erfolg der AKP. Diese Regierungspartei findet bei verschiedenen Interessengruppen gemeinsamen Ziele und vereinigt diese erfolgreich im Rahmen ihrer Projekte. Dabei ist zu sagen, dass die AKP bei der Erreichung demokratischer Ziele durchaus durch autoritäre Züge aufweist. Innerparteilich kann man in der AKP kulturell-konservative, ökonomisch-liberale und politisch-autoritäre Kräfte finden. Das bestätigt die Tatsache, dass die AKP-Regierung die Neoliberalisierung auf Kosten der Bevölkerung durchführt und sie mit der Vertiefung des Konservatismus verbindet. Als Beispiel für eine konservative Position kann man die Positionierung zum Ehebruch nennen.³³¹

Der wirtschaftliche Aufschwung in den 2000er-Jahren hat dazu beigetragen, dass die Türkei nun den G-20 angehört. Das unterstreicht die wichtige geopolitische Rolle der Türkei in der Welt und gibt Hoffnung, dass die Türkei bald zu einer regionalen Mittelmacht wird.³³²

Auch die Wahlen im Jahr 2007 gewann die AKP mit 46,6% der Stimmen. Die Republikanische Volkspartei erzielte 20,9% und die Partei der Nationalen Bewegung 14,3% der Stimmen.³³³

³³⁰ http://www.kas.de/wf/doc/kas_19452-544-1-30.pdf?100427150927, S.90

³³¹ http://www.grundrisse.net/grundrisse30/Politik_der_AKP.htm

³³² http://www.kas.de/wf/doc/kas_19452-544-1-30.pdf?100427150927, S.89

³³³ <http://www.turkstat.gov.tr/PreTabloArama.do>

Im Juli 2008 hat das Verfassungsgericht den Verbotsantrag gegen die AKP abgelehnt. Dabei stimmten sechs von elf Richtern für das Verbot der Partei. Das war eine klare Warnung für die AKP, und sie verzichtete auf die Hälfte der staatlichen Zuschüsse. Es gab auch Forderungen hinsichtlich eines Verbots der politischen Tätigkeit für Führungspolitiker der AKP.³³⁴ Das Urteil vom Verfassungsgericht war positiv für die Türkei, weil damit eine innenpolitische Krise vermieden und die Stabilität im Land bewahrt werden konnten.

Es wurde ein Paket angenommen, das eine Reihe an Maßnahmen zur Entschärfung der kurdischen Frage beinhaltete. Es wurden Sendungen in kurdischer Sprache erlaubt, der Sprachunterricht an Privatschulen eingeführt und an den Universitäten wurden Institute für die kurdische Sprache gegründet, die kurdischen Dörfer und Städte erhielten ihre Ursprungsnamen, und gegen die Bürger, die an den prokurdischen Demonstrationen teilnahmen, wurde das Antiterrorgesetz nicht angewendet usw.³³⁵ Damit sicherte sich die AKP auch die Unterstützung des Großteils der Bevölkerung des Landes.

Die Wahlen von 2011 zeigten wiederum eine überzeugende Überlegenheit der Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei. Diesmal erzielte sie 49,8% der Stimmen. Die anderen ins Parlament einziehenden Parteien waren: die Republikanische Volkspartei mit 26%, die Partei der Nationalen Bewegung mit 13%.³³⁶

Die Popularität der AKP ist kein Wunder mehr, sondern zum Alltag geworden. Die Erfolge dieser Partei lassen sich in Zahlen wiedergeben. Nach der spürbaren Verminderung des Bruttoinlandproduktes pro Kopf in den Jahren 2008 (-0,6%) und 2009 (-6,1%) machte die türkische Wirtschaft einen neuen Sprung in den Jahren 2010 bis 2011 (7,7% und 7,4 % Wachstum). Die aktuelle Wachstumskennziffer für das Jahr 2012 beläuft sich auf 1%.³³⁷

Doch die Wahlen von 2011 brachten für die AKP nicht das erhoffte Ergebnis, Erdogan hatte auf mehr gehofft. Er plante, über 330 Sitze im Parlament zu erhalten, um damit eine neue Verfassung verabschieden zu können. Eines seiner Ziele war die Umwandlung des parlamentarischen Systems der Türkei in ein präsidentielles, wie es z.B. in Frankreich Anwendung findet.³³⁸ Aber die Opposition in der Nationalversammlung würde dies nicht zulassen. Darunter befinden sich außer der Republikanischen Volkspartei (134 Sitze, Vorsitzender ist Kemal Kiliçdaroglu) die rechte ultranationalistische Partei der Nationalen

³³⁴ http://www.kas.de/wf/doc/kas_19452-544-1-30.pdf?100427150927, S.91

³³⁵ http://www.kas.de/wf/doc/kas_19452-544-1-30.pdf?100427150927, S.92

³³⁶ <http://www.turkstat.gov.tr/PreTabloArama.do>

³³⁷ <http://www.turkstat.gov.tr/UstMenu.do?metod=temelist>

³³⁸ <http://www.spiegel.de/politik/ausland/erdogans-wahlsieg-triumph-mit-schoenheitsfehlern-a-768150.html>

Bewegung (52 Sitze) und die 35 unabhängigen Abgeordneten, die auch prokurdische Positionen vertreten.³³⁹

Heute befasst sich die AKP mit neuen Projekten. Bemerkenswert ist die von ihr erarbeitete Vision 2023, in der sie die progressiven und demokratischen Prinzipien für den Staat in zehn Jahren sieht. In der politischen Sphäre sieht die AKP die vorrangige Rolle der Parteien als Institutionen, die den Willen der Bürger aus verschiedenen Schichten und Gruppen widerspiegeln, vor. Die AKP erklärt, die Uniformorganisation der politischen Parteien zu überwältigen, den freien Ausdruck der Ansichten für die Parteien einführen sowie einen breiteren und freien politischen Bereich sichern zu wollen. Die AKP will weitere Reformen im Parteiensystem basierend auf demokratischen Standards durchführen.³⁴⁰

Die Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei sieht sich als konservative demokratische Massenpartei, die sich im Zentrum des politischen Spektrums positioniert. Sie verkörpert die konservativ-demokratische Identität, die die AKP mit den Praktiken des Konservatismus in der Welt verbindet. Dieses konservativ-demokratische Verständnis trägt wesentlich zur Entwicklung der demokratischen Erfahrung bei. In der Türkei, als einem vorwiegend muslimischen Land, soll der Konservatismus, nach der AKP, alle Versuche eines Autoritarismus verhindern und soziale Dynamik vermitteln. Kritisches Denken, behavioristischer Pluralismus, Grundrechte und Freiheiten, politische Ideen, die auf einer zivilisierten Herangehensweise und Toleranz basieren, sollen den Konservatismus in der demokratischen Form bestimmen.³⁴¹

Es scheint, dass die Türkei schon seit langem solche tatsächlich zentrischen Parteien braucht. Es ist sehr spannend, wie sich das Land mit solchen Bestrebungen und Politikern weiterentwickeln und welchen Platz es unter den europäischen und asiatischen Staaten in z.B. zehn Jahren einnehmen wird. Vielleicht wird die Türkei doch einmal ein EU-Mitglied?

³³⁹ http://www.tbmm.gov.tr/develop/owa/milletvekillerimiz_sd.dagilim

³⁴⁰ http://www.akparti.org.tr/english/akparti/2023-political-vision#bolum_

³⁴¹ http://www.akparti.org.tr/english/akparti/2023-political-vision#bolum_

6 Politische Parteien im Parlament im Jahr 2013

6.1 Sitzverteilung nach Parteien im Parlament

<u>Parteiename</u>	<u>Abgeordnetenzahl</u>
Adalet Ve Kalkınma Partisi	327
Cumhuriyet Halk Partisi	134
Milliyetçi Hareket Partisi	52
Barış Ve Demokrasi Partisi	29
Parteilos Abgeordnete	6
Total	548

342

6.2 Politische Parteien im Jahr 2013 in die Türkei

Adalet ve Kalkınma Partisi (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung):



343

<u>Parteivorsitzender</u>	Recep Tayyip Erdoğan
<u>Generalsekretär</u>	Haluk İpek
	Hayati Yazıcı,
	Mehmet Necati Çetinkaya,
	Edibe Sözen,
<u>Stellvertreter</u>	Nükhet Hotar Göksel,
<u>Vorsitzender</u>	Nihat Ergün,
	Nazım Ekren,
	Şükrü Ayalan,
	Bülent Gedikli,
	Reha Denemeç
<u>Landesschatzmeister</u>	Bülent Gedikli
<u>Gründung</u>	14. August 2001
<u>Gründungsort</u>	Ankara
	Ceyhun Atıf Karsu Cad. No: 120
<u>Hauptsitz</u>	Balgat
	Ankara/Türkei

³⁴³ <http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:AKP.svg&filetimestamp=20070922155131&>

<u>Ausrichtung</u>	Konservatismus, Wirtschaftsliberalismus	
<u>Farbe(n)</u>	orange, weiß	
<u>Parlamentsmandate</u>		
<u>Staatliche Zuschüsse</u>	141.216.258,00 (2007)	YTL
<u>Frauenanteil</u>	14,06 % ^[4]	
<u>Europapartei</u>	Europäische (Beobachter)	Volkspartei
<u>Website</u>	www.akparti.org.tr	

344

³⁴⁴ http://de.wikipedia.org/wiki/Adalet_ve_Kalk%C4%B1nma_Partisi

Cumhuriyet Halk Partisi (Republikanische Volkspartei)



345

	Kemal Kılıçdaroğlu
<u>Parteivorsitzender</u>	Vorherige Vorsitzende: Mustafa Kemal Atatürk İsmet İnönü Bülent Ecevit Hikmet Çetin Altan Öymen Deniz Baykal
<u>Generalsekretär</u>	Bihlun Tamaylıgil
<u>Gründung</u>	7. September 1919 (als Widerstandsorganisation) 9. September 1923 (als politische Partei)
<u>Gründungsort</u>	Ankara
<u>Hauptsitz</u>	Ceyhun Atıf Karsu Cad. No: 120 Balgat Ankara/Türkei

³⁴⁵ http://upload.wikimedia.org/wikipedia/de/e/ef/Cumhuriyet_Halk_Partisi_Logo.svg

<u>Ausrichtung</u>	Sozialdemokratie, Kemalismus	
<u>Farbe(n)</u>	Rot, Weiß	
<u>Parlamentsmandate</u>	135 / 550	
<u>Staatliche Zuschüsse</u>	79.874.759,00 (2007)	YTL
<u>Frauenanteil</u>	14,11 % ^[2]	
<u>Internationale Verbindungen</u>	Sozialistische Progressive Allianz	Internationale,
<u>Europapartei</u>	Sozialdemokratische Partei Europas (SPE/PES)	
<u>Website</u>	www.chp.org.tr	

346

³⁴⁶ http://de.wikipedia.org/wiki/Cumhuriyet_Halk_Partisi

Miliyetci Hareket Partisi (Partei der Nationalistischen Bewegung)



347

<u>Parteivorsitzender</u>	Devlet Bahçeli		
<u>Gründung</u>	1969 durch Alparslan Türkeş		
<u>Ausrichtung</u>	Rechtsextremismus,	islamischer	
	Nationalismus		
<u>Farbe(n)</u>	rot, weiß		
<u>Staatliche</u>	26.547.814,00	YTL	
<u>Zuschüsse</u>	(2007)		
<u>Website</u>	www.mhp.org.tr		

348

³⁴⁷ http://commons.wikimedia.org/wiki/File:MHP_flag.svg

³⁴⁸ http://de.wikipedia.org/wiki/Milliyet%C3%A7i_Hareket_Partisi

Baris ve Demokrasi Partisi (Partei des Friedens und der Demokratie)



349

Parteivorsitzender Selahattin Demirtaş

Stellvertretender
Vorsitzender Gültan Kışanak

Gründung

2008 durch Mustafa Ayzit

Vorgänger:

Halkın Emek Partisi/HEP

Özgürlük ve Eşitlik

Partisi/ÖZEP

Demokrasi Partisi/DEP

Halkın Demokrasi

Partisi/HADEP

Demokratik Halk

Partisi/DEHAP

Demokratik Toplum

Partisi/DTP

Hauptsitz

Barış Manço Cadd. No: 37

Balgat

Ankara /Türkei

Ausrichtung

Demokratische Autonomie^[1]

(gemäß Parteiprogramm)

Sozialdemokratisch

<u>Farbe(n)</u>	gelb, grün, rot
<u>Internationale Verbindungen</u>	Sozialistische Internationale (assoziiert)
<u>Website</u>	<u>www.bdp.org.tr</u>

350

Schlussfolgerungen

Als wichtiger geopolitischer Spieler zwischen Europa und Asien gewinnt die Türkei immer mehr an Bedeutung. Aufgrund seiner strategischen geografischen Lage, seiner großen Bevölkerungszahl und seinem großen Territorium ist das Land für die ganze Welt interessant. Die Türkei ist NATO-Mitglied, gehört zu den G-20-Staaten, ist EU-Beitrittskandidat und liegt dabei an sechster Stelle.

Das Wissen über die geschichtliche und politische Entwicklung der Türkei ist unentbehrlich für jeden Spezialisten im Bereich internationaler Beziehungen sowie für Politikwissenschaftler. Um das Verhalten dieses Akteurs auf der politischen Weltbühne zu verstehen und besser voraussagen zu können, muss man sein politisches System kennen.

Die Parteien als die organisierten Zusammenschlüsse gleichgesinnter Staatsbürger und die wichtigsten Verbindungsglieder zwischen den Bürgern und einem demokratischen Staat sind sehr wichtige Elemente eines politischen Systems. Ihr Charakter und ihre Philosophie bestimmen die politische Mentalität eines Staates, spiegeln sein Wesen wider. Die Parteien erfüllen eine Reihe von Funktionen im Staat, unter anderem eine Rekrutierungsfunktion, eine Aggregationsfunktion, eine Legitimationsfunktion sowie informative, sozialisierende, identifizierende, mobilisierende, regierungsbildende und sozialintegrierende Funktionen. Das Gefüge der Parteien stellt das Parteiensystem dar.

Die Grundlagen des heutigen Parteiensystems der Türkei sind tief im 19. Jahrhundert im Osmanischen Reich verwurzelt. Die Forderungen jener Zeit verlangten von der absoluten Monarchie, sich zu entwickeln und sich zu modernisieren, und so verwandelte sich das Osmanische Reich in eine konstitutionelle Monarchie. Unter den schwierigen autoritären Rahmenbedingungen entstanden langsam Bestrebungen in Richtung einer Demokratie. Davon zeugen die ersten Demonstrationen der Studenten in Istanbul 1876. Im selben Jahr wurde die erste Verfassung in Kraft gesetzt, im Jahr 1877 wurde das erste Parlament gegründet. Seine zwei Kammern hießen Abgeordnetenhaus und Senat. Das Parlament erfüllte tatsächlich eine partielle Rolle in der Staatsverwaltung. Nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg und dem Zerfall des Osmanischen Reichs wurde der Kampf für die Freiheit gegen die Nachbarstaaten weiter geführt. Das schuf einen fruchtbaren Boden für die Entstehung nationalistischer Ideen und führte zur Gründung der Republik und zur Abschaffung des Kalifates. Der Mensch, der diese historische Wende für die Türkei verwirklichte, hieß Mustafa Kemal Pascha, den das dankbare Volk „Atatürk“ nannte. Dank

seiner Tätigkeit wurde die Große Nationalversammlung der Türkei verkündet und 1921 eine neue Verfassung angenommen, die die Grundlagen des türkischen Staates legte. Nach der Republikgründung (1923) bildete Atatürk die erste Partei in der Geschichte der Türkei – die Volkspartei (CHP), die bis heute besteht. Diese Partei war eine Partei der Elite, sie verkörperte die Ideen von Kemal, die in den sechs Prinzipien des „Kemalismus“ – Republikanismus, Nationalismus, Populismus, Etazismus, revolutionärer Reformismus und Laizismus – ausgedrückt wurden. Diese Postulate bestimmten die nachfolgenden Perioden der Entwicklung des türkischen Parteiensystems und beeinflussen sogar die heutige Situation. Später wurde die Partei von Kemal in Republikanische Volkspartei umbenannt. Die durchgeführte „kemalistische Kulturrevolution“ modernisierte die traditionellen Werte im Staat, darunter war der Laizismus, die Trennung der Religion vom Staat, eine der wichtigsten Ideen. Nach Atatürks Politik wurde in der Türkei ein autoritäres politisches System mit „europäischem Aussehen“ eingeführt. Der Staat hat sich in der Weltgemeinschaft als prinzipieller und angesehener Partner gefestigt.

Die Regierung der Republikanischen Volkspartei ließ im Großen und Ganzen eine Opposition nicht zu. Im November 1924 entstand die Fortschrittliche Republikanische Partei aus den ehemaligen Mitgliedern der Volkspartei, aber schon im nächsten Jahr wurde sie verboten. Die nächste Alternative stellte die 1930 gegründete Liberale Republikanische Partei dar. Sie wurde zwecks Reduzierung der Unzufriedenheit des Volkes zugelassen, existierte allerdings nur drei Monate, unter Druck erklärte sie ihre Selbstaflösung. Die CHP herrschte ohne Konkurrenz bis 1945 und symbolisierte damit eine Epoche des Einparteiensystems.

Der tatsächliche Übergang zum Mehrparteiensystem erfolgte nach dem Zweiten Weltkrieg. Im Juli 1945 entstand die Nationale Entwicklungspartei – möglich wurde dies dank der Demokratisierungstendenzen im Land. Im Jahr 1946 erschien auf dem politischen Horizont die Demokratische Partei (DP) unter der Führung von Celal Bayar und Adnan Menderes, die in ihrem Programm vor allem die Einschränkung der unternehmerischen Rolle des Staates, die Unterstützung des Privatunternehmertums, die Förderung von Investitionen des Auslandskapitals und eine tolerantere Haltung gegenüber Religion deklarierte.

In den Wahlen von 1950 erlitt die CHP eine schwere Niederlage, während die DP 53,3% der Stimmen erhielt. Die neue Regierungspartei bedeutete nicht gleich die Abschaffung des Kemalismus, es wurden nur die kemalistische Bürokratie und Elitenmacht eingeschränkt. Das hatte eine positive Wirkung auf die türkische Wirtschaft. Ungeachtet dessen, dass in der

türkischen Politik die Zeit der Reislamisierung gekommen war, passte sich die Türkei stärker den westlichen Strukturen an (z.B. wurde sie 1952 NATO-Mitglied, stimmte der USA-Politik zu). In den Jahren 1946 bis 1960 herrschte in der Türkei ein Zweiparteiensystem, das von Diktaturmerkmalen gekennzeichnet war. Damals wurden die sich entwickelnde Institutionalisierung der Parteien sowie deren Verflechtung mit der Staatsverwaltung bemerkbar. Das Bestehen von Koalitionsregierung ist zum Alltag geworden. Wie die Wissenschaftler jener Zeit unterstrichen, charakterisierte sich die Türkei dank ihrer parteilichen Institutionalisierung sowie dank der Rolle der türkischen Parteien als wichtigste Bindeglieder zwischen der Regierung und der großen Bevölkerungsgruppen. Dabei wuchs auch die Fähigkeit der Bürger, solche politischen Organisationen zu bilden und durch sie eigene Bedürfnisse zu realisieren.

Der zweite bemerkenswerte Abschnitt in der politischen Geschichte der Türkei dauerte von 1960 bis Anfang der 80er-Jahre. Ende der 50er-Jahre verschlimmerte sich die Situation im Staat, die kemalischen Ideale wurden stark vernachlässigt. Unter den Unzufriedenen waren nicht nur Studenten, die Intelligenz und Journalisten, sondern auch das Militär, das Verfechter der Ideen von Atatürk war. Die Streitkräfte mischten sich in die gespannte Situation im Land ein. Die meisten Minister wurden verhaftet, das Parlament aufgelöst. Nach organisatorischen Änderungen wurde ein vorübergehendes konstituierendes Parlament gegründet, das 1961 eine neue Verfassung erarbeitete. Das Parlament wurde wieder aus zwei Kammern gebildet: aus der Nationalversammlung und dem Republikanischen Senat. Die Verfassung sollte kein Machtmonopol im Staat zulassen.

Das begünstigte die Entstehung einer Reihe neuer Parteien. Aber die kommunistischen und religiösen Parteien wurden verboten. In den Wahlen siegte die CHP, im Jahr 1965 die Gerechtigkeitspartei, die Nachfolgerin der Demokratischen Partei (mit dem Vorsitzenden Süleyman Demirel). Die Bevölkerung war unzufrieden wegen der NATO-Mitgliedschaft und wegen des Militarismus in der Welt. Die Aktivitäten der Linken führten zu Reaktionen vonseiten der Nationalisten. Aus dieser Auseinandersetzung entstanden mehrere Parteien: die Nationale Aktionspartei (MHP), die Nationale Ordnungspartei (die Vorgängerin der Nationalen Heilspartei (MSP) und die Wohlfahrtspartei (RP). Ende der 60er-Jahre war eine Eskalation des Extremismus zu beobachten, und das Militär wagte einen zweiten Staatsstreich. 1971 wurde eine neue Verfassung angenommen, die viele demokratische Werte aufhob. Die Kurden, die Linken und die Liberalen wurden verfolgt. Die Volkspartei wurde sozialdemokratisch, 1973 bildete sie nach den Wahlen eine Koalition mit den Islamisten von Erbakan, was als historischer Kompromiss bezeichnet wurde. Der

Vorsitzende der Sozialdemokraten, Bülent Ecevit, versuchte vorzeitige Wahlen zu veranstalten. Aber seine Gegner vereinigten sich und bildeten 1975 die neue Koalition „Nationalistische Front“, diese war vorwiegend gegen die Kurden und Linke gerichtet. Zu jener Zeit wurde die Doktrin türkisch-islamische Synthese herrschend, diese sah eine Verbindung der islamistischen, nationalistischen und kemalistischen Gruppen vor. Die 70er-Jahre zeichneten sich durch eine steigende Volatilität und eine hohe Fragmentierung, was schon von der gravierenden ideologischen Polarisierung des Parteiensystems zeugte, aus. Typisch für diese Epoche waren Koalitionen gegensätzlicher ideologischer Parteien, die die Politik der „türkisch-islamischen Synthese“ fortsetzten. So konnte jedoch keine Ordnung und Stabilität gesichert werden, und es kam zum dritten Putsch durch das Militär und damit zur Auflösung aller Parteien. In dieser Übergangsperiode bereitete die „Konstituierende Versammlung“ eine neue Verfassung vor, die im November 1982 angenommen wurde und trotz zahlreicher Änderungen noch bis heute in Kraft ist. Ungeachtet der progressiven Bestimmungen in der Verfassung herrschten dennoch antidemokratische Tendenzen in der Türkei. Die Entwicklung des Parteiensystems wurde gebremst und erlebte einen Stillstand. Die Verfassung normierte zahlreiche Hindernisse zur Gründung früher verbotener Parteien und ihre Nachfolgerinnen. Mit der Annahme des neuen Wahlgesetzes wurde die Hürde zum Einzug ins Parlament auf 10% erhöht, wodurch tatsächlich nur mehr zwei bis drei Parteien der Zugang zum Parlament offenstand. Im Jahr 1983 beteiligten sich bereits mehrere Parteien am Wahlkampf, Gewinner der Wahl war die Mutterlandspartei von Turgut Özal. Diese liberal-konservative Partei bestimmte das politische Leben des Staates fast zehn Jahre lang. Die Volkswirtschaft wurde institutionell umstrukturiert und liberalisiert. Die Türkei fand sogar Möglichkeiten, Waren zu exportieren. Zu einem großen Problem wurde die kurdische Frage. Die Kurden versuchten mittels der Arbeiterpartei Kurdistans und mittels anderer Parteien inoffiziell ihre Ziele durchzusetzen. Das half jedoch nicht, den Krieg zu verhindern.

Das politische Tauwetter der 80er-Jahre war sehr günstig für die Entstehung neuer Parteien, die wichtigsten von ihnen waren die Partei des Rechten Weges, die Wohlfahrtspartei, die Partei der Demokratischen Linken und die Nationalistische Arbeiterpartei. 1987 wurde das Parteienverbot für alte Parteien und ihre Spitzenpersonen aufgehoben. Das bedeutete die Rückkehr der ehemaligen Politiker und belebte spürbar den Parlamentarismus.

Die Änderungen der Verfassung in den 90er-Jahren trugen positiv zur Entwicklung des Parteiensystems der Türkei bei (Senkung des Mitgliedsalters in den Parteien, die Erlaubnis für vorher verbotene Parteien, wieder politisch zu handeln, der Parteientransfer von

Abgeordneten wurde erlaubt). Die Instabilität des Systems war auch in den 90er-Jahren vorherrschen. Die von Özal verursachte hohe Inflation und die wirtschaftliche Stagnation verleiteten die Wähler, für die proislamische Wohlfahrtspartei (deren Führer war Erbakan) zu stimmen. Zusammen mit der Partei des Rechten Weges bildete sie jene Koalition, die die proislamische Politik im Staat einführte. Aber nach dem Skandal rund um einen Verkehrsunfall im November 1996 sollte Erbakan zurücktreten. Im Juli 1997 fing die Koalition zwischen der Mutterlandspartei (Mesut Yilmaz) und der Demokratischen Linkspartei (Bülent Ecevit) an, die Politik in Richtung Demokratisierung zu leiten. Dabei wurde der Islamisierungsprozess gestoppt und die kemalistische Ordnung wieder aufgebaut. Die Regierung versuchte vor dem Hintergrund der sich verschlechternden Beziehungen zu Europa weiterhin, das Problem der Kurden mit Waffen zu lösen, indem beispielsweise der Führer der Arbeiterpartei Kurdistans festgenommen wurde.

Außer den Kurden gibt es in der Türkei viele andere Ethnien, und neben Muslimen und Christen auch andere Religionsrichtungen. 20% der Bevölkerung der Türkei sind Alewiten. Versuchten sich die Kurden vor allem als ethnische Gruppe parteipolitisch durchzusetzen, so verfolgten die Alewiten dieses Ziel als religiöse Gruppe, aber ohne Erfolg. Aufgrund der vielen Unterschiede in der Bevölkerung wird in dieser Diplomarbeit nicht einfach der Begriff des „türkischen“ politischen Systems verwendet, sondern jener des politischen Systems „in der Türkei“.

Nach den Wahlen von 1999 bildete sich eine Koalition dreier Kräfte: der Nationalen Bewegungspartei, der Demokratischen Linkspartei und der Mutterlandspartei. Die Krisen in Russland und Asien, die Bürger belastende Reformen und das Erdbeben im Sommer 1999 offenbarten jedoch die Ineffizienz dieser Koalition. Zugleich wurden die türkisch-europäischen Beziehungen verbessert, nachdem die Türkei offiziell EU-Beitrittskandidat wurde. Die Epoche der 90er-Jahre offenbarten den Wissenschaftlern eine Reihe der wichtigsten Charakteristika des Parteiensystems in der Türkei, die auch heute noch zu erkennen sind. Zu nennen sind dabei in erster Linie die Entinstitutionalisierung, die Fragmentierung, die ideologische Polarisierung, die steigende Volatilität sowie die Schwächung der politischen Mitte und die Stärkung der religiösen und ultranationalistischen Parteien. Hinter den Kulissen einer Demokratisierung fanden sich weiterhin autoritäre Elemente. Die großen Unterschiede in den Wahlergebnissen zeigten die Instabilität und das Fehlen der demokratischen Konsolidierung des Parteiensystems. Weiteres zu erwähnen ist die Schwächung der rechten und linken Mitte, dagegen gewannen die extremistisch eingestellten Parteien an Einfluss (bei den Wahlen von 1995 erhielten sie ein Drittel der

Stimmen). Die Befragungen jener Zeit zeugen von der Verschiebung der Wählerunterstützung von der Mitte zur rechten und linken Seite des ideologischen Spektrums. Nach dem Niedergang der Sowjetunion haben die linken Parteien ihre Basis verloren, die Demokratie wurde zum Ziel der Gesellschaft. Ein wichtiges Merkmal der Parteien in der Türkei war die Passivität der Mitglieder, vor allem bezüglich der Finanzierung bedeutete dies, dass die Beiträge der Mitglieder kein wichtiges Finanzierungsmittel darstellten. Jede Partei wurde vom Staat sowie von inoffiziellen privaten Quellen unterstützt.

Bemerkenswert ist noch eine Besonderheit des türkischen Parteiensystems der 90er-Jahre: der Konflikt zwischen dem politischen Zentrum und der Peripherie. Die Verbindungen der Parteien zu den zivilgesellschaftlichen Organisationen waren schwach, das Parteiensystem war also parteizentrisch. Die Organisation der Parteien erfolgte zentral, autoritär und teilweise auch demokratisch. Der Zusammenhalt und die Disziplin der Parteien in der Türkei waren hoch. Sehr bemerkenswert sind die Kennziffern hinsichtlich des Vertrauens, das die Bürger in die Parteien bei der Lösung verschiedener Probleme im Staat haben. Im Jahr 1997 betrug der Vertrauensindex für die Parteien –40%, für die anderen Institutionen lag er im Bereich von 40%, für die Streitkräfte sogar bei –88%.

Wenn man die Entwicklung der Parteien in der Türkei nach Modellen betrachtet, so verlief sie vom Kadermodell zum Volksmodell bzw. zum Kartellmodell. Eine der Massenparteien war die Wohlfahrtspartei (dann Tugendpartei). Charakteristisch für die türkischen Parteien war der Klientelismus (die Pflege persönlicher Beziehungen). Eine große Rolle spielte auch die Gebundenheit der Parteien an ihre Führer und die Identifizierung der Parteien mit den Persönlichkeiten. Es ist wichtig, in der Zusammenfassung auch die Unstimmigkeit der Programme der Parteien mit ihren tatsächlichen Aktivitäten in der Regierung zu erwähnen. Dabei spielen die Reden ihrer Führer eine große Rolle. Die wichtigsten Debatten drehten sich um folgende Konfliktlinien: Laizismus (Säkularismus) gegen Islamismus; freie Marktwirtschaft gegen kemalistischen Etazismus; gesellschaftlicher Pluralismus gegen Nationalismus. Besonders umstrittene Fragen in den 90er-Jahren waren: die Frage des Kopftuchverbotes, die Frage der Privatisierung und der Erlaubnis der kurdischen Sprache.

Nach der Krise wurde die Lage im Staat schwierig, die Koalition erfüllte die Hoffnungen der Bürger nicht. Bei den Wahlen von 2002 stimmten die meisten Wähler für eine neue Partei – die Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) mit Tayyip Erdogan an der Spitze. Damit ist ein neuer Typ von Partei entstanden – die Protestpartei. Die Bürger wählten

nicht „pro“, sondern eher „kontra“, die Wahlergebnisse kann man insofern als Rache an den regierenden Parteien interpretieren. Die Nachfolgerin der verbotenen Tugendpartei überraschte alle mit ihren effektiven Regierungsmethoden und positiven Ergebnissen in allen Bereichen. Es wurde vom Beginn einer neuen politischen Ära gesprochen. Ein echter Wirtschaftsboom hatte in der Türkei begonnen, die Wirtschaft wurde umstrukturiert und stabilisiert, die Inflationsrate reduziert, das Vertrauen der Unternehmen erhöht, und 2005 begannen die Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der EU. Diese Errungenschaften sicherten der AKP den Sieg bei den nächsten zwei Wahlkämpfen von 2007 und 2011. Die AKP bezeichnet sich als konservative demokratische Massenpartei und sieht sich im Zentrum des politischen Spektrums. Vielleicht hatte bislang eine Partei dieser Art gefehlt, um eine Stabilität des politischen Systems in der Türkei zu erreichen. Erdogan plante bereits, eine neue Verfassung zu erlassen und das parlamentarische System durch ein präsidentielles zu ersetzen. Dafür hatte er jedoch nicht genug Unterstützung. Doch die AKP hat sehr ambitionierte Pläne für die Zukunft, zu finden sind diese in ihrem Projekt 2023.

Die Herrschaft der AKP bildet eine Zusammenfassung der Geschichte des Parteiensystems in der Türkei in den 90ern. Diese Geschichte setzt sich mit den neuen Herausforderungen auseinander. Trotzdem besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass diese AKP-Periode den Grundstein für eine neue Ebene der Entwicklung des Parteiensystems der Türkei legen wird. Und die Wissenschaftler werden die AKP-Zeit in 50 bis 60 Jahren wahrscheinlich als neue Etappe in der Geschichte der Türkei bezeichnen. Sie könnte auch eine richtige Wende darstellen, würde die Türkei tatsächlich ein EU-Mitglied werden. Welche Probleme/Bedürfnisse würden dann die Parteien in die Nationalversammlung treiben?

Die Parteien und gesellschaftlichen Bewegungen der Türkei können große Erfahrungswerte und Lehren aus der Geschichte des Parteiensystems ziehen. Diese Geschichte kann den neuen Generationen von Politikern nicht nur in der Türkei, sondern auch in anderen Übergangsländern sehr nützliche Informationen liefern. Das Parteiensystem in der Türkei wird sich weiterentwickeln und neue Erscheinungsformen hervorbringen, die den Forderungen der Zeit angepasst sind. Die wichtigsten Themen der türkischen Geschichte sind wahrscheinlich die Eindämmung sozialer Kollisionen, die Verhinderung von Kriegen sowie die Fähigkeit, eine gemeinsame Sprache zugunsten einer stabilen und funktionsfähigen Koalition zu finden. Diese Punkte sind sehr wichtig für die über 70 Millionen Menschen in der Türkei und für hunderte Millionen Menschen in all den Ländern der Region zwischen Europa und Asien.

Literaturverzeichnis

Bücher und Zeitschriften:

Cevat Kara. Die Entwicklung des Parteien- und Wahlsystems in der Republik Türkei. Studienarbeit. GRIN Verlag für akademische Texte.

Dirsch, F.: Authentischer Konservatismus, LIT Verlag, Münster, 2012

Eisfeld, J.: Liberalismus und Konservatismus, Mohr Siebeck, Tübingen, 2006

Engels, F.: Anti-Dühring, in Weber, H. (Hsg.): Das Prinzip Links, Ch. Links, Berlin, 1992

Ermacora, F.: Grundriss einer Allgemeinen Staatslehre, Duncker & Humblot, 1979

Fenske, H. et al.: Geschichte der politischen Ideen, Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 2000

Günter Seufert/Christopher Kubaseck. Die Türkei. Politik, Geschichte, Kultur. 2. durchgesehene aktualisierte Auflage. Verlag C.H.Beck oHG, München 2006.

Hayek, F.A.: Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung, Mohr Siebeck, Tübingen, 2002

Jäger, W.: Politische Partei und parlamentarische Opposition, Duncker & Humblot, Berlin, 1971

Mises, L.: Liberalismus, The Ludwig von Mises Institute, Alabama, 2010

Mayer, T.: Sozialismus, VS Verlag, Wiesbaden, 2008

Naßmacher, H.: Politikwissenschaft, Oldenburg, München, 2010

Niedermayer, O.: Handbuch Parteienforschung, Springer DE, 2013

Pelinka, A.: Grundzüge der Politikwissenschaft, Böhlau Verlag, Köln, 2004

Schubert, K., Klein, M.: Konservatismus in: Das Politiklexikon, Dietz, Bonn, 2011, online unter <http://www.bpb.de/wissen/KM023X>

<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17794/liberalismus>

<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/18235/sozialismus>

Straßner, E. Ideologie – Sprache – Politik, Walter de Gruyter, Tübingen, 1987

Tepe, P.: Ideologie, Walter de Gruyter, Berlin/Boston, 2012

Wimmer, H.: Die Modernisierung politischer Systeme. Staat, Parteien, Öffentlichkeit. Böhlau Verlag, Wien, 2000

Internetquellen

<http://www.akparti.org.tr/>
<http://www.anarchismus.at/>
<http://www.auswaertiges-amt.de/>
<http://www.britannica.com/>
<http://www.bpb.de/>
<http://www.cap-lmu.de/>
<http://www.chp.org.tr/>
<http://dergiler.ankara.edu.tr/>
<https://www.destatis.de/>
<http://doku.cc/>
<http://www.europa-digital.de/>
<http://www.factmonster.com/>
<http://www.giga-hamburg.de/>
<http://global.tbmm.gov.tr/>
<http://www.grundrisse.net/>
<http://home.icsmedia.de/>
<http://home.muenster.net/>
<http://www.ipw.unibe.ch/>
<http://www.janda.org/>
<http://www.kas.de/>
<http://www.kurdmania.org/>
<http://www.laender-lexikon.de/>
<http://www.nadir.org/>
<http://www.planet-wissen.de/>
<http://www.politik-lexikon.at/>
<http://www.politische-bildung.de/>
<http://www.spiegel.de/>
<http://www.tbmm.gov.tr/>

<http://www.turkdunya.de/>

<http://turkishpress.de/>

<http://www.turkstat.gov.tr/>

<http://www.wissen.de/>

<http://welttrends.de/>

<http://www.zeit.de/>

Abstract (Deutsch)

Meine Diplomarbeit behandelt das Thema politische Parteien und im Speziellen die Parteien in der Türkei. Diese Arbeit ist sehr aktuell, die Diskussionen über den Platz der Türkei in der Geopolitik hören nicht auf. Die Entwicklung der politischen Parteien kann dabei eine Vorstellung über die Grundlagen der türkischen Nation, ihre Mentalität, Probleme und Richtlinien vermitteln. Damit leistet diese Arbeit einen Beitrag zur besseren Analyse der Bereitschaft der Türkei, sich völlig in die europäischen Strukturen zu integrieren.

Diese Arbeit wirft beim Leser Fragen auf wie: Inwiefern ist die Türkei demokratisch? Wie kann sich die Türkei weiterentwickeln mit Rücksicht auf den schon durchlaufenen Weg? Lohnt es sich, dieses Land bei seinen europäischen Bemühungen zu unterstützen? Welche Lehre können die Übergangsländer in der ganzen Welt sowie die schon etablierten entwickelten europäischen Staaten aus diesem Entwicklungsweg ziehen? Diese Fragen stellen kein zusätzliches Ziel der Arbeit auf aber sie entstehen logisch aus dieser Forschungsarbeit.

Abstract (English)

My thesis deals with the topic of political parties and in particular the political parties in Turkey. This work is very up to date, the debates on the role of Turkey in the geopolitics will not cease. The development of political parties may have an idea about the basics of the Turkish nation, convey their mentality, problems and policies. So does this work contribute to a better analysis of Turkey's readiness to fully integrate into European structures?

This work leads the reader to ask questions such as: How can I say Turkey is democratic? How can Turkey progress with regard to the already traversed path? Is it worth to assist this country in its efforts to join the European Union? What lessons can be gained by the transition countries in the world, as well as the already developed European countries, how can they benefit from this development path? These questions do not constitute an additional aim on this work but they arise logically from this research.

LEBENS LAUF

Ayca Nur Atakli

Geburtsdatum: 09.03.1984
 Familienstand: Ledig
 Nationalität: Türkin
 E-Mail: anatakli@yahoo.com
 Anschrift: Sonnleitnetgasse 44/4/8 1100 Wien
 Tel: +90 533 253 45 30
 +43 699 171 892 71



Ausbildung

09/2012-2015 Politikwissenschaft Universität Wien (Masterstudium)

Masterarbeit: Entstehung und Entwicklung der politischen Parteien in der Türkei Eine Modernisierungsgeschichte

09/2010-07/2012 Politikwissenschaft Universität Wien (Bachelorstudium)

09/2004-07/2010 Politikwissenschaft Universität Wien (Diplomstudium)

09/2002-07/2004 Deutschkurs (Vorstudiumlehrgang)

09/1996-06/2002 Englisch Sprachiges Gymnasium Buyuk Kolej Ankara Türkei

09/1996-06/1997 Englisch Vorbereitungsklasse Buyuk Kolej Ankara Türkei

Berufserfahrung

10/2014-12/2014 Park Samdan & The Bar Les Ottomans

Arbeitet als Organisation und Veranstaltungsmanagement Spezialist

02/2014-08/2014 TEMA Stiftung Internationale Beziehungen Leiterin Projektleiterin bei EU unterschut Project ENV.net

2011 Wien Zeitung Yeni Hayat schreibt als Freelance Writer

07/2010-08/2010 Haber Turk Praktikum

2007 Republic of Turkey Prime Ministry Undersecretaries of Treasury Ankara/Turkey

Sprach Kenntnisse

Turkish Mutter Sprache

Englisch fließend

Deutsch fließend

Computer Kenntnisse

Office Programs, Photoshop, Stata und SPSS, Mac OS und andere Mac Produkte

Weitere Fähigkeiten und Interessen

Budgetplanung

Event-Organisation und Programmierung

Nachrichten sammeln und Website aktualisieren

Vorbereiten und schreiben Projekte für EU

Gesichte (Ottoman, Europa, Welt und Mythologie)

Eislaufen (Mittelstufe), Ski, Snow Board, Schwimmen, Tennis, Basketball,

Formel 1, Snooker

Musicals, Oper, Kino, Klassische Musik, Pop Musik, House Musik

Kunst (Visuelle Künste)

Seminare und Kurse

2014 TEMA Stiftung Sozial Media Schulung

2014 ENV.net e-learning Program "Sozial Media, Activism und Partizipation "

2014 ENV.net Schulung über Umwelt in der Europäischen Union: Fondsmechanismus und politische Prozesse

2010 Privat 30 Std Diktion Kurse (Privat)

2004 Deutsch Kurse bei Wiener Internationale Hochschulkurse

2002 Deutsch Kurse bei der IKI (3 Monate Stufe 1B, 2A, 2B)

1996 Englisch Sommerkurse bei Embassy Educational Services Orlanda
Florida USA